



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
25.09.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 20:25 Uhr
21:10 Uhr bis 22:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Katja Müller	Vorsitzende des Stadtrates, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) Oberbürgermeister
Dr. Bernd Wiegand	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Henrik Lange	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme von 14:00 Uhr - 19:00 Uhr und 21:15 Uhr - 22:00 Uhr
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 14:18 Uhr
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 21:58 Uhr
Dr. Christoph Bergner	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:16 Uhr
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Mario Schaaf	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme ab 18:00 Uhr
Jan Döring	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Rebecca Plassa	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Teilnahme bis 21:50 Uhr
Johannes Ernst	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Donatus Schmidt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
René Schnabel	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Hans-Dieter Sondermann	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr.med. Detlef Wend	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 14:13 Uhr
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 21:50 Uhr
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle, Teilnahme bis 20:30 Uhr
Andreas Wels	Fraktion Hauptsache Halle
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale), Teilnahme bis 18:00 Uhr
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Olaf Schöder	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Johannes Menke	Stadtrat
Gernot Nette	Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier	Beigeordneter für Finanzen und Personal
René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent des Oberbürgermeisters
Martin Heinz	Leiter Fachbereich Immobilien
René Simeonow	amt. Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Maik Stehle	Protokollführer

Gäste

Matthias Lux	Geschäftsführer Stadtwerke Halle GmbH
--------------	---------------------------------------

Entschuldigt fehlten:

Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Dr. Regina Schöps	Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

zu **Einwohnerfragestunde**

Frau Müller eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu **Herr Thomas zu Stadtwäldern und städtischen Bäumen**

Herr Thomas fragte, warum die Verwaltung an den Abholzungen am Universitätsring festhält.

Herr Rebenstorf antwortete, dass das Thema im letzten Jahr umfangreich in den Fachausschüssen beraten wurde. Die Planungen wurden daraufhin überarbeitet. Im Fachausschuss wurde jeder einzelne Baum besprochen, nur wenige unausweichliche Fällungen finden statt.

Herr Thomas fragte, warum die Verwaltung keine Bedingungen hinsichtlich des Erhalts der Bäume im Charlottenviertel festgeschrieben habe.

Herr Rebenstorf antwortet, dass der Investor das Angebot eines städtebaulichen Wettbewerbes unterbreitet hat. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Die Ergebnisse werden der Verwaltung vorgestellt.

Herr Thomas fragte, ob die Bäume hinter dem Opernhaus auch abgeholzt werden sollen, weil es zu wenige Parkplätze im Bereich gibt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass es zum jetzigen Zeitpunkt keine Planungen gibt.

zu **Frau Dr. Pfeifer zur Nachhaltigkeit von Vorhaben der Stadtverwaltung**

Frau Dr. Pfeifer sagte, dass nachhaltige Interessen der Bürgerinnen und Bürger stärker berücksichtigt werden sollten und nicht die großer Baufirmen und Investoren.

zu **Herr Wolf zum Thema Finanzen**

Herr Wolf fragte, warum die Schulden in Halle (Saale) nicht abgebaut werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass die Altschulden vor seiner Amtszeit entstanden sind. Die Stadt hat in den vergangenen sieben Jahren die Gesamtverschuldung um 53 Millionen Euro verringert. Die der Stadt von Bund und Land übertragenen Ausgaben sind jedoch insgesamt nicht ausfinanziert. Aufgrund vieler unterschiedlicher Faktoren ist ein gesamter Schuldenabbau ohne Unterstützung der Kommunen nicht möglich.

zu Herr Rietz zum TOP 7.20

Bezugnehmend zum Tagesordnungspunkt 7.20 fragte **Herr Rietz**, welche Gründe gegen die Aufhebung des Bebauungsplanes sprechen, um dort dem Aldi die Möglichkeit der Erweiterung und dem KIK des Neubaus zu ermöglichen.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Verwaltung die Vorhaben befürwortet und keine Schädigung für die Innenstadt annimmt. Die Entscheidung liegt nun beim Stadtrat.

Herr Rietz appellierte an die Stadträtinnen und Stadträte, dem Beschluss zuzustimmen, um den Menschen in Halle-Ammendorf weiterhin die Möglichkeit zu geben, fußläufig Geschäfte zu erreichen und einkaufen gehen zu können.

zu Herr Oswald zu Gewerbegebieten

Herr Oswald fragte, ob Halle (Saale) einen neuen Gewerbepark benötigt oder ob nicht die derzeitigen Industriebrachen genutzt werden können.

Frau Ernst antwortete, dass Halle (Saale) weitere Gewerbeflächen benötigt. Der Wirtschaftsausschuss hat sich am gestrigen Tag das RAW-Gelände angeschaut. Dieses wird die Stadt auch bei der Expo Real vorstellen. Des Weiteren liegt dem Rat heute eine Beschlussvorlage der Verwaltung vor, die Planungen für einen neuen Gewerbepark in Tornau nicht weiter zu verfolgen.

zu Herr Vierkant zur Interkulturellen Woche

Herr Vierkant fragte, warum die Interkulturelle Woche nicht vollständig auf dem Marktplatz stattfindet, wo zur Auftaktveranstaltung viele Zelte auf dem Markt errichtet wurden.

Herr Paulsen sagte, dass dies aus organisatorischen und finanziellen Gründen nicht möglich ist. Das Programm der Interkulturellen Woche wird zudem durch eine Vielzahl an Trägern und Vereinen gestaltet, die an unterschiedlichen Orten ihre Veranstaltung durchführen möchten.

zu Herr Zimmer zur Kreuzung Richard-Paulick-Straße/ An der Feuerwache sowie zum Gimmritzer Damm

Herr Zimmer fragte, ob die Verkehrssituation an der Kreuzung Richard-Paulick-Straße / An der Feuerwache überprüft werden kann. Des Weiteren entwickelt sich der Gimmritzer Damm zur Hauptrettungsgasse für Krankenfahrzeuge, welche bei Stauaufkommen nicht weiter fahren können. Er fragte, ob hier Abhilfe geschaffen werden kann oder zumindest der Radweg zum Vorbeifahren benutzt werden kann.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Rettungsfahrzeuge bei der einspurigen Fahrbahn den Radweg benutzen können, um an dem Stau vorbeizukommen. Der Bereich Richard-Paulick-Straße werde überprüft.

zu **Herr Fritz zu partizipativen Verfahren**

Herr Fritz fragte, ob die Verwaltung im November eine Einwohnerdialogkonferenz zu partizipativen, politischen Werkzeugen veranstalten möchte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass in den vergangenen sieben Jahre viele Beteiligungsformate mit Bürgerinnen und Bürgern stattfanden, unter anderem im Rahmen von Zukunftswerkstätten. Jede wichtige Entscheidung wurde vorab mit den Bürgern besprochen.

Er sagte, dass jederzeit über neue Beteiligungsformate diskutiert werden könne.

zu **Herr Prof. Deising zum Gewerbegebiet Tornau**

Herr Prof. Deising fragte nach den ökologischen Gründen, warum das Gewerbegebiet Tornau nicht weiter verfolgt werden soll.

Herr Rebenstorf antwortete, dass eine Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes geplant ist, wo die Frage geklärt wird, welche Flächen welche Möglichkeiten bieten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bot Herrn Prof. Deising an, in diesem Beratungsprozess mitzuwirken.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 2. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde von der Vorsitzenden, **Frau Katja Müller**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 51 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten (89,47%) fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Müller schlug vor, folgende Punkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 7.17

Vergabe der 2 neuen Straßennamen Reinickestraße und Zum Böllberger Ufer

Vorlage: VI/2019/05245

→ **Verwaltung zieht Vorlage zurück**

TOP 8.6

Antrag der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger) zur verbesserten Information der Öffentlichkeit bei Baumfällungen im Stadtgebiet

Vorlage: VI/2019/05217

→ **Vorschlag: vertagen**

→ **im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vertagt**

TOP 8.7

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Beschluss des IT-Konzeptes für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) mit dem Titel „IT macht Schule“

Vorlage: VI/2019/05228

→ **Vorschlag: vertagen**

→ **Behandlung im AWWSD erst im Oktober**

TOP 8.8

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ – Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im halleschen Stadtgebiet

Vorlage: VI/2018/04529

→ **Vorschlag: vertagen**

→ **im Planungsausschuss vertagt**

TOP 8.9

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Begrünung der Dächer hallescher Bus- und Straßenbahnhaltstellen

Vorlage: VII/2019/00034

→ **Vorschlag: vertagen**

→ **in den Fachausschüssen vertagt**

TOP 8.10

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der Einrichtung eines Ressourcenpools für Vereine und ehrenamtliche Initiativen

Vorlage: VI/2019/04766

- **Vorschlag: vertagen**
- **im Hauptausschuss vertagt**

TOP 8.12

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aufstellung öffentlicher Toiletten

Vorlage: VI/2019/05189

- **Vorschlag: vertagen**
- **in den Fachausschüssen vertagt**

Herr Rebenstorf sagte, dass der Tagesordnungspunkt

TOP 7.20

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 112.1 Nahversorgungszentrum Ammendorf – Merseburger Straße 1. Änderung – Aufstellungsbeschluss

Vorlage: VI/2019/05238

erneut im Planungsausschuss diskutiert werden sollte, da der Verwaltung neue Erkenntnisse aus dem Auswirkungsgutachten vorliegen. Er beantragte die entsprechende Verweisung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Frau Müller machte auf den

Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion Halle (Saale) zur Umbesetzung im Aufsichtsrat der EVH GmbH

Vorlage: VII/2019/00354

aufmerksam. Eine Einbringung zur Dringlichkeit erfolgte nicht. **Frau Müller** bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung und ließ das Stimmverhalten auszählen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit
→ Behandlung unter TOP 9.24

Weiterhin machte sie auf den

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Freie Demokraten, CDU, MitBürger & Die PARTEI zum Haushaltskonsolidierungskonzept

Vorlage: VII/2019/00398

aufmerksam. **Herr Dr. Meerheim** begründet die Dringlichkeit. Das Konsolidierungskonzept wurde dem Stadtrat erst zur Stadtratssitzung August vorgelegt. Eine vorherige Auseinandersetzung konnte nicht erfolgen. Erst im Zuge der Diskussionen im Finanzausschuss wurde klar, dass dem Konzept in der Form nicht zugestimmt werden kann und daher der nun vorliegende Dringlichkeitsantrag. Er bat um Zustimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass die Vorlage von der Verwaltung fristgerecht eingereicht wurde.

Herr Raue wies darauf hin, dass das Konsolidierungskonzept von der Stadtverwaltung im Auftrag des Stadtrates fristgerecht vorgelegt wurde. Der Stadtrat hätte beschließen können, dass das Konzept vor der Kommunalwahl vorgelegt werden hätte müssen, ein entsprechender Antrag der AfD-Fraktion lag dem Stadtrat vor. Eine Dringlichkeit für den heutigen Antrag bestünde daher nicht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung der Dringlichkeit zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
mit 2/3 Mehrheit
→ Behandlung unter TOP 9.25

Zuletzt machte **Frau Müller** auf den

Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes zur Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften
Vorlage: VII/2019/00400

aufmerksam. **Herr Dr. Meerheim** begründet die Dringlichkeit. Gemäß der Beanstandungsverfügung vom 05. September 2019 ist ein Widerspruch nur innerhalb von vier Wochen möglich. Um die Frist zu wahren, liegt dem Rat der vorliegende Dringlichkeitsantrag vor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass eine Dringlichkeit nicht gegeben ist, da die Entscheidung des Landesverwaltungsamtes rechtmäßig ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung der Dringlichkeit zur Aufnahme auf die Tagesordnung. Sie ließ das Abstimmungsverhalten auszählen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
bei 33 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen
8 Enthaltungen

Frau Müller machte im Weiteren auf folgende Änderungen und Ergänzungen aufmerksam:

TOP 7.14

Gewerbegebiet Halle-Tornau

Vorlage: VII/2019/00008

- hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle vor
- Behandlung unter TOP 7.14.1

TOP 7.15

Baubeschluss EFRE-Maßnahme Freiflächengestaltung Holzplatz

Vorlage: VI/2019/05262

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor**
- **Behandlung unter TOP 7.15.1**

TOP 7.19

Bebauungsplan Nr. 196 Wohnbebauung am Reideanger - Aufstellungsbeschluss

Vorlage: VI/2019/05138

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag des Planungsausschusses vor**
- **Behandlung unter TOP 7.19.1**

TOP 8.1

Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Fluthilfemaßnahme 266 - Riveufer

Vorlage: VI/2019/05177

- **Beschlussvorschlag geändert**
- **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle vor, Behandlung unter TOP 8.1.1**

TOP 8.13

Antrag der Fraktion der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) zur Schaffung von Mehrzweckbereichen in Straßenbahnen

Vorlage: VII/2019/00123

- **Beschlussvorschlag geändert**

TOP 9.1

Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion zur Förderung des Carsharing

Vorlage: VII/2019/00300

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI vor, Behandlung unter TOP 9.1.1**
- **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Freien Demokraten vor, Behandlung unter TOP 9.1.2**

TOP 9.13

Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Realisierbarkeit eines Videokunstprojekt Halle im Wandel

Vorlage: VII/2019/00290

- **hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI vor, Behandlung unter TOP 9.13.1**

TOP 9.19

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Trinkbrunnen im Stadtgebiet

Vorlage: VII/2019/00131

- **Beschlussvorschlag geändert**

Herr Eigendorf sagte, dass der Tagesordnungspunkt

TOP 8.7

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Beschluss des IT-Konzeptes für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) mit dem Titel „IT macht Schule“

Vorlage: VI/2019/05228

5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
 - 7.1. ICAN-Städteappell zum Verbot von Atomwaffen
Vorlage: VII/2019/00291
 - 7.2. Wahl des Kreisjägermeisters und der Mitglieder des Jagdbeirates der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05341
 - 7.3. Jahresabschluss 2018 der Stadtwerke Halle GmbH und Konzernabschluss
Vorlage: VII/2019/00024
 - 7.4. Jahresabschluss 2018 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: VII/2019/00027
 - 7.5. Jahresabschluss 2018 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: VII/2019/00239
 - 7.6. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2018
Vorlage: VI/2019/05356
 - 7.7. Entlastung des Geschäftsführers und der Mitglieder des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2018
Vorlage: VII/2019/00022
 - 7.8. Wirtschaftsplan 2020 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: VII/2019/00023
 - 7.9. Verbunderweiterung in Sachsen-Anhalt 2019
MDV-Satzungsänderung vom 27. Mai 2019 URNr. 907/10 M
Vorlage: VII/2019/00038
 - 7.10. Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00170

TOP 9.25 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Freie Demokraten, CDU, MitBürger & Die PARTEI zum Haushaltskonsolidierungskonzept
 - 7.11. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im FB Bauen, Bereich Bauordnung
Vorlage: VII/2019/00045
 - 7.12. Antragstellung Städtebaufördermittel - Programmjahr 2020 – Aufnahme zusätzlicher Maßnahmen zur Beschlussvorlage VI/2019/05298
Vorlage: VII/2019/00185
 - 7.13. Gestaltungsbeirat 2019 – 2021
Vorlage: VII/2019/00013

- 7.14. Gewerbegebiet Halle-Tornau
Vorlage: VII/2019/00008
- 7.14.1 Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Beschlussvorlage Gewerbegebiet Halle-Tornau
Vorlage: VII/2019/00396
- 7.15. Baubeschluss EFRE-Maßnahme Freiflächengestaltung Holzplatz
Vorlage: VI/2019/05262
- 7.15.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum "Baubeschluss EFRE-Maßnahme Freiflächengestaltung Holzplatz" (VI/2019/05262)
Vorlage: VII/2019/00342
- 7.16. Verzicht auf Variantenbeschluss für die Instandsetzung der Peißnitzbrücke (BR 047)
Vorlage: VI/2019/05320
- 7.17. Vergabe der 2 neuen Straßennamen Reinickestraße und Zum Böllberger Ufer
Vorlage: VI/2019/05245
- 7.18. Bebauungsplan Nr. 73 Wohngebiet Bennstedter Straße/Granau - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/05246
- 7.19. Bebauungsplan Nr. 196 Wohnbebauung am Reideanger - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/05138
- 7.19.1 Änderungsantrag des Planungsausschusses zur Vorlage Bebauungsplan Nr. 196 Wohnbebauung am Reideanger - Aufstellungsbeschluss (VI/2019/05138)
Vorlage: VII/2019/00339
- 7.20. Vorhabenbezogener Bebauungsplan 112.1 Nahversorgungszentrum Ammendorf – Merseburger Straße 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/05238
- 7.21. Einziehung von Verkehrsflächen in Heide-Nord (TG 1) Dreizahnstraße, Schafschwingelweg, Waldmeisterstraße
Vorlage: VI/2019/05325
- 7.22. Einziehung von Verkehrsflächen in Heide-Nord (TG 2+3) Dreizahnstraße
Vorlage: VI/2019/05326
- 7.23. Einziehung von Verkehrsflächen in Heide-Nord (TG 4) Kolkturng, Dreizahnstraße, Schafschwingelweg
Vorlage: VI/2019/05327
- 7.24. Aufstellung der Plastik Reitersturbild von Hermann Grüneberg
Vorlage: VII/2019/00005
- 7.25. Aufstellung der Bronzeplastik Joseph von Eichendorff von Professor Bernd Göbel
Vorlage: VII/2019/00007

8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Fluthilfemaßnahme 266 - Riveufer
Vorlage: VI/2019/05177
- 8.1.1. Änderungsantrag Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Fluthilfemaßnahme 266 - Riveufer
Vorlage: VII/2019/00389
- 8.1.2. Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, MitBürger & Die PARTEI und DIE LINKE zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Fluthilfemaßnahme 266 – Riveufer (VI/2019/05177)
Vorlage: VII/2019/00409
- 8.2. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erarbeitung einer Richtlinie zur Namensvergabe für die der Öffentlichkeit gewidmeten Einrichtungen und Bauwerke
Vorlage: VI/2019/05047
- 8.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausstattungsvergütungen für bildende Künstler*innen
Vorlage: VI/2019/05095
- 8.4. Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle zur Vermeidung der Einbürgerung von Ausländern mit fehlender dauerhafter eigenständiger Sicherung des Lebensunterhalts
Vorlage: VI/2019/05197
- 8.5. Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle auf regelmäßige Überprüfung der Aufenthaltsberechtigung EU-Ausländern bei der Beantragung und Verlängerung von Sozialleistungen nach SGB II
Vorlage: VI/2019/05208
- 8.6. Antrag der Stadträtin Dr. Regina Schöps (Fraktion MitBürger) zur verbesserten Information der Öffentlichkeit bei Baumfällungen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2019/05217
- 8.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Beschluss des IT-Konzeptes für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) mit dem Titel „IT macht Schule“
Vorlage: VI/2019/05228
- 8.8. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ – Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im halleschen Stadtgebiet
Vorlage: VI/2018/04529
- 8.9. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Begrünung der Dächer hallescher Bus- und Straßenbahnhaltestellen
Vorlage: VII/2019/00034
- 8.10. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung der Einrichtung eines Ressourcenpools für Vereine und ehrenamtliche Initiativen
Vorlage: VI/2019/04766
- 8.11. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bau eines Freibades in Halles Süden
Vorlage: VI/2019/05187

- 8.12. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aufstellung öffentlicher Toiletten
Vorlage: VI/2019/05189
- 8.13. Antrag der Fraktion der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) zur Schaffung von Mehrzweckbereichen in Straßenbahnen
Vorlage: VII/2019/00123
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion zur Förderung des Carsharing
Vorlage: VII/2019/00300
- 9.1.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion zur Förderung des Carsharing (VII/2019/00300)
Vorlage: VII/2019/00406
- 9.1.2. Änderungsantrag der Freien Demokraten zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion zur Förderung des Carsharing(Vorlage VII/2019/00300)
Vorlage: VII/2019/00408
- 9.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erarbeitung eines Sporthallenkatasters
Vorlage: VII/2019/00268
- 9.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Entwicklung einer autofreien Altstadt
Vorlage: VII/2019/00276
- 9.4. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beteiligung der Bürger*innen an Entscheidungsprozessen
Vorlage: VII/2019/00277
- 9.5. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der Marktsatzung
Vorlage: VII/2019/00278
- 9.6. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements
Vorlage: VII/2019/00283
- 9.7. Antrag der CDU Fraktion zur Erarbeitung eines Dürreschutzkonzeptes zum Erhalt von Stadtgrün, Baum- und Gehölzbeständen, der Vegetation auf Sport- und Erholungsstätten sowie zur Sicherung ökologisch bedeutsamer Areale im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2019/00320
- 9.8. Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm
Vorlage: VII/2019/00321
- 9.9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherung des städtischen Grüns
Vorlage: VII/2019/00293

- 9.10. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Einsatz von organisierten ehrenamtlichen Ersthelfergruppen (First Responder - Voraushelfer) in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00286
- 9.11. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Berufung von sachkundigen Einwohnern
Vorlage: VII/2019/00287
- 9.12. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Entschärfung der Unfallgefahren für Linksabbieger im Bereich „Büschdorfer Mitte“
Vorlage: VII/2019/00288
- 9.13. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Realisierbarkeit eines Videokunstprojekt Halle im Wandel
Vorlage: VII/2019/00290
- 9.13.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Realisierbarkeit eines Videokunstprojekt Halle im Wandel
Vorlage: VII/2019/00403
- 9.14. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Aufstellung von Parkbänken an den Wegen der sogenannten „Hundewiesen“ an der Rigaer Straße
Vorlage: VII/2019/00292
- 9.15. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion auf kostenfreie Besuche von städtischen Museen für Schulklassen
Vorlage: VII/2019/00297
- 9.16. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufstellung von Bänken am Heidensee
Vorlage: VII/2019/00304
- 9.17. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Aufhebung des Gestaltungsbeschlusses „Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft“ (VI/2014/00022) und Überarbeitung der Planung
Vorlage: VII/2019/00331
- 9.18. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Marktbegrünung
Vorlage: VII/2019/00329
- 9.19. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Trinkbrunnen im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2019/00131
- 9.20. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Förderung eines Pilotprojektes ‚Fahrradhäuschen‘
Vorlage: VII/2019/00130
- 9.21. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einrichtung eines 24 h-Dienstes der städtischen Ordnungskräfte an sieben Tagen in der Woche
Vorlage: VII/2019/00303
- 9.22. Antrag der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zur touristenfreundlichen Beschilderung
Vorlage: VII/2019/00330

- 9.23. Antrag der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zum touristenfreundlichen ÖPNV
Vorlage: VII/2019/00328
- 9.24. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion Halle (Saale) zur Umbesetzung im Aufsichtsrat der EVH GmbH
Vorlage: VII/2019/00354
- 9.25. Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Freie Demokraten, CDU, MitBürger & Die PARTEI zum Haushaltskonsolidierungskonzept
Vorlage: VII/2019/00398
- 10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 10.1. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Integration von Migrant*innen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00269
- 10.2. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Neuausrichtung des "Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität- für Toleranz und Integration"
Vorlage: VII/2019/00270
- 10.3. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Nahverkehrsplan
Vorlage: VII/2019/00275
- 10.4. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur öffentlichen Anwohnerversammlung zum Thema "Lärmbelästigung am Bebelplatz"
Vorlage: VII/2019/00284
- 10.5. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
Vorlage: VI/2018/04548
- 10.6. Anfrage der CDU-Fraktion zum Wiederaufbau der Wörlitzer Kirche
Vorlage: VII/2019/00306
- 10.7. Anfrage der CDU-Fraktion zur Einsatzorganisation der Feuerwehr
Vorlage: VII/2019/00307
- 10.8. Anfrage der CDU-Fraktion zur Erfassung von Verstößen und zur Wirksamkeit von Kontrollen von Gewerbeanmeldungen zur Verhinderung von Sozialbetrug
Vorlage: VII/2019/00308
- 10.9. Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zum Alkoholverzehr im öffentlichen Raum - Nachfrage zu VII/2019/00096
Vorlage: VII/2019/00309
- 10.10. Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Anwohnerparksituation am ERDGAS Sportpark
Vorlage: VII/2019/00310
- 10.11. Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zu Bußgeldern
Vorlage: VII/2019/00311

- 10.12. Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Gefahrenabwehrverordnung
Vorlage: VII/2019/00312
- 10.13. Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zum Planfeststellungsbeschluss zum Bau eines neuen Gimritzer Dammes
Vorlage: VII/2019/00313
- 10.14. Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zu sogenannten Umweltdelikten
Vorlage: VII/2019/00314
- 10.15. Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU-Fraktion) zum Zustand der Brücken in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00099
- 10.16. Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU-Fraktion) zur Auslandsunterbringung (HzE)
Vorlage: VII/2019/00315
- 10.17. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Verkehrsunfällen mit Straßenbahnen vor der Büschdorfer Mitte
Vorlage: VII/2019/00316
- 10.18. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Abwasserentsorgung in Planena
Vorlage: VII/2019/00317
- 10.19. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Förderung der Fassadenbegrünung
Vorlage: VII/2019/00318
- 10.20. Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Errichtung von Fußwegen im Stadtteil Ammendorf
Vorlage: VII/2019/00319
- 10.21. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Fahrgastzahlen der HAVAG in der Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: VI/2019/05198
- 10.22. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Brunnengalerie in Halle-Neustadt
Vorlage: VII/2019/00295
- 10.23. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umgestaltung des August-Bebel-Platzes
Vorlage: VII/2019/00298
- 10.24. Anfrage des Stadtrates Wolfgang Aldag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu Baumfällungen und Baumpflanzungen im Stadtgebiet in 2018/2019
Vorlage: VII/2019/00073
- 10.25. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Werbekampagne "Ab an die Saale ihr Wasserratten"
Vorlage: VII/2019/00301

- 10.26. Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Errichtung einer Großmoschee in Halle-Neustadt
Vorlage: VII/2019/00305
- 10.27. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Einsatz der finanziellen Mittel zum
Unterhalt von Radwegen und Fußwegen im Haushalt 2019
Vorlage: VII/2019/00125
- 10.28. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Einsatz von ESAS 2002
„Empfehlungen für das Sicherheitsaudit von Straßen“ in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00126
- 10.29. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Markierung und Entfernung von
Fahrrädern im Bereich des Hauptbahnhofs und zu Einnahmen durch Versteigerungen
Vorlage: VII/2019/00127
- 10.30. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Unfällen unter Beteiligung von
Radfahrerinnen und Radfahrern in der August-Bebel-Straße
Vorlage: VII/2019/00128
- 10.31. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Unfällen unter Beteiligung von
Radfahrer(inne)n in der Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: VII/2019/00129
- 10.32. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Datenerfassung und Datensicherheit
bei Anrufen in der städtischen Leitstelle/Funkzentrale
Vorlage: VII/2019/00294
- 10.33. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Gesprächen der Stadtverwaltung
zum Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale) (Vorlage VII/2019/00170) mit dem
Landesverwaltungsamt
Vorlage: VII/2019/00296
- 10.34. Anfrage der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zum Konzept der Märkte
Vorlage: VII/2019/00327
- 10.35. Anfrage der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zur Baumaßnahme Osendorf -
Fritz-Kießling-Straße/Wilhelm-Grothe-Straße
Vorlage: VII/2019/00326
- 10.36. Anfrage der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zur Stromversorgung von
Elektrotankstellen
Vorlage: VII/2019/00325
- 10.37. Anfrage der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zur Hundesteuer
Vorlage: VII/2019/00324
- 10.38. Anfrage des Stadtrates Johannes Menke (FREIE WÄHLER) an die Verwaltung der
Stadt Halle (Saale) zur Ausstattung der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen
Feuerwehren der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00332
11. Mitteilungen
- 11.1. Quartalsbericht I/2019 Stadtbahnprogramm Halle der Maßnahmeträgerin HAVAG
Vorlage: VI/2019/05282

12. mündliche Anfragen von Stadträten
13. Anregungen
- 13.1. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Stärkung der Städtepartnerschaften und -freundschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00302
- 13.2. Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Bewässerung von Grünflächen auf Sportanlagen
Vorlage: VII/2019/00299
14. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.07.2019

Frau Müller erinnerte an die Einwendung der AfD-Stadtratsfraktion zur Niederschrift vom 03.07.2019 im Tagesordnungspunkt 14.

Einwendung:

„Beim Lesen der Niederschrift zum TOP 14 besteht die Gefahr, dass beim interessierten Dritten der Eindruck entsteht, dass sämtliche Zugriffsrechte auf den jeweiligen Ausschussvorsitz per Losvergabe erfolgten. Dies entspricht nicht dem tatsächlichen Geschehen. Tatsächlich wurde die Reihenfolge des Zugriffs auf die Ausschussvorsitze entsprechend § 5 Abs. 6 der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) nach d'Hondt durchgeführt. Das Losverfahren kam nur in den Fällen zur Anwendung, in denen nach der d'Hondt-Methode Fraktionen gleiche Quotienten erzielten und somit keine Klarheit darüber bestand, welche Fraktion als nächstes ihr Zugriffsrecht wahrzunehmen hatte. Wir bitten die Niederschrift an diesem Punkt so zu präzisieren, dass sich dieser Sachverhalt interessierten Dritten erschließt.“

Frau Müller ließ den Einwand abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Niederschrift vom 03.07.2019. **Frau Müller** bat um Bestätigung dieser mit dem Hinweis, dass der stattgegebene Einwand der Niederschrift als Nachtrag beigefügt wird.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 28.08.2019

Herr **Streckenbach** sagte, dass der Wortbeitrag in der Niederschrift vom 28.08.2019 im Tagesordnungspunkt Einwohnerfragen beim Fragesteller Herr Gadde nicht vollständig wiedergegeben wurde.

Einwendung der CDU-Stadtratsfraktion Halle

Herr Gadde fragte nach dem weiteren Verfahren zum Orgacid-Gelände, speziell zur Grundwasserreinigungsanlage **und ob die Stadt Erkenntnisse über gesundheitliche Schäden und Spätfolgen im Zusammenhang mit dem Orgacid-Gelände bei Anwohnern hat? Außerdem fragte er, ob es Studien dazu gibt?**

Herr Rebenstorf antwortete, dass eine gutachterliche Untersuchung beauftragt wird. Die Ergebnisse werden frühestens im Frühjahr 2020 vorliegen.

Herr Johannemann ergänzte, dass die Grundwasserreinigungsanlage auf dem Grundstück des Orgacid-Geländes steht, weil diese Fläche verfügbar war. Dort wird das chlorkohlenwasserstoffhaltige Grundwasser gereinigt.

Frau Müller ließ diesen Einwand abstimmen. Der Rat gab diesem Einwand statt.

Frau Müller wies auf einen weiteren Einwand von **Frau Krischok** zum Tagesordnungspunkt 12.1 – Anfrage Frau Krischok zu Beschwerden im Bereich „Am Grünen Feld“ hin.

Einwendung der Stadträtin Frau Krischok

Punkt 12.1 am Anfang bitte ergänzen:

Frau Krischok zog die Anfrage zurück, da die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung erfolgt ist und dieser damit am 12. September 2019 stattfindet.

Frau Müller ließ diesen Einwand abstimmen. Der Rat gab diesem Einwand statt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Niederschrift vom 28.08.2019. **Frau Müller** bat um Bestätigung dieser mit dem Hinweis, dass die beiden stattgegebenen Einwendungen der Niederschrift als Nachtrag beigefügt werden.

Abstimmungsergebnis: **bestätigt**

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 28.08.2019 Vorlage: VII/2019/00388

Frau Müller sagte, dass die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Stadtrates vom 28.08.2019 vor dem Sitzungssaal ausgehängt und damit öffentlich bekannt gegeben sind.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass am 30. August mehr als 700 Schüler und Lehrer die Eröffnung der Schule am Holzplatz gefeiert haben. Am 24. September fand das Richtfest der benachbarten Turnhalle statt. Die Fertigstellung ist für das zweite Quartal 2020 vorgesehen. Die Kosten betragen 5 Millionen Euro. Insgesamt werden in Schule, Turnhalle, Planetarium, DLRG-Zentrum und Freifläche rund 50 Millionen Euro investiert.

Am 6. September fand auf dem August-Bebel-Platz auf Anregung einer Anwohnerinitiative und der Verwaltung ein Gedankenaustausch statt. Anwohner hatten sich wegen des häufigen nächtlichen Lärms und Vermüllung an die Stadt gewandt. Es fand zuvor am 27. August eine Anwohnerversammlung im Puschkinhaus statt. Die Stadt hat sich mit den Anwohnern dabei auf Maßnahmen zur Einhaltung der Nachtruhe verständigt. So weist u. a. ein Schild auf dem August-Bebel-Platz auf die Einhaltung der Nachtruhe hin. Ordnungskräfte kontrollieren verstärkt die Einhaltung.

Am 9. September haben die Stadt Halle (Saale) und der Saalekreis, die beide zum Mitteldeutschen Braunkohlerevier gehören, eine Kommission zur Gestaltung des Kohleausstiegs gegründet. Gemeinsam soll nach Verabschiedung des Strukturstärkungsgesetzes ein Konzept für den Strukturwandel in der Region Halle-Saalekreis entwickelt werden.

Weiter informierte er zur Begrünung des Marktplatzes: Am 10. September wurden elf bis zu fünf Meter hohe Ulmen in Pflanzkübeln auf dem Markt aufgestellt. Im Frühjahr werden weitere zehn Bäume folgen. Hallenserinnen und Hallenser hatten bei den beiden Zukunftswerkstätten zur Marktplatzgestaltung eine Begrünung angeregt.

Das Interesse an der ersten Zukunftswerkstatt Saaletourismus am 10. September war sehr groß. Diese fand in der Großen Siedehalle der Saline statt. Das Saline-Museum soll für 16,3 Millionen Euro bis März 2022 umgebaut und saniert werden. Es wurden die geplanten Tourismus- und Bauprojekte entlang der Saale vorgestellt.

Am 13. September fand der Jahreskongress der Deutsch-Französischen Gesellschaften in den Franckeschen Stiftungen statt. 200 Gäste aus Deutschland und Frankreich haben drei Tage Halle (Saale) besucht. Im Stadthaus fand der festliche Empfang mit der französischen Botschafterin Anne-Marie Descôtes und dem Bürgermeister aus Grenoble statt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass am 17. September eine Bronzetafel im Stadthaus angebracht wurde. Diese erinnert an die Stadtverordneten, die während der beiden deutschen Diktaturen verfolgt, unterdrückt, aus dem Mandat gedrängt oder ermordet wurden. Auf Beschluss des Stadtrates hat der halesche Bildhauer Martin Roedel die Tafel gestaltet.

Am 18. September wurde der Erweiterungsbau des Fraunhofer-Kompetenz-Zentrums für angewandte Elektronenmikroskopie und Mikrostrukturdiagnostik eröffnet. Besonderer Fokus liegt auf den Aktivitäten rund um das autonome Fahren. Im Erweiterungsbau befinden sich Labore, Büros, Seminar- und Besprechungsräume. Die Investitionssumme beträgt 9 Millionen Euro.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Stadt Halle (Saale) um den Leopoldina-Präsidenten trauert. Der Altpräsident der Leopoldina, Prof. Dr. Benno Parthier, ist am 25. August mit 87 Jahren gestorben. Professor Parthier war von 1990 bis 2003 Präsident der Leopoldina, welche 1974 in die Deutsche Akademie der Naturforscher aufgenommen wurde. Vor allem während dieser Jahre hat sich der Wissenschaftler große Verdienste um die Leopoldina und die Stadt Halle (Saale) erworben. Man werde Professor Dr. Benno Parthier ein ehrendes Andenken bewahren.

Am 17. September haben der Geschäftsführer der HWG, Jürgen Marx, und Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand als Vorsitzender des HWG-Aufsichtsrates die freiwillige Selbstverpflichtung „Bezahlbare Mieten und soziale Wohnungsversorgung“ unterzeichnet. Die HWG stellt ab 01. Oktober dauerhaft eine Mindestzahl (rund 3.900 Wohnungen / 20 Prozent des HWG-Bestandes) an Wohnungen mit Mieten im Rahmen der Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft (KdU) zur Verfügung. Die HWG ist das erste Wohnungsunternehmen in der Stadt, das eine solche Selbstverpflichtung eingeht.

Am 22./23. September wurde bundesweit die Interkulturelle Woche mit ökumenischem Gottesdienst und einem Fest auf dem Marktplatz eröffnet. Bis zum 30. September finden 50 Veranstaltungen statt. Am 20. September hat als Auftakt die bundesweite Dialogkonferenz zur lokalen Flüchtlingsarbeit in Deutschland stattgefunden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Sanierung des Peißnitzhauses weiter geht. Am 23. September begannen die Fassaden- und Dachsanierung. Die Investitionen betragen rund 1,85 Millionen Euro (625.000 städtische Eigenmittel, 1,25 Mio. Euro Fördermittel). Ziel ist eine Fertigstellung bis November 2020. Der Innenausbau folgt, die geschätzten Investitionen betragen rund 3,5 Mio. Euro. Hier soll die Fertigstellung bis voraussichtlich 2022 erfolgen.

Ebenso erfolgte am 23. September die Verkehrsfreigabe des Stadtbahn-Projektes „Gimritzer Damm/Heideallee“. Es wurden zwischen Rennbahnkreuz und Heideallee/Straßburger Weg vollständig neue Verkehrsanlagen errichtet. Die Baumallee aus der Heideallee wurde verlängert. Investiert wurden 34,8 Mio. Euro, welche aus dem Fluthilfe- und Stadtbahn-Programm stammen. Die Bauzeit betrug 3 Jahre.

Zuletzt informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zur Veranstaltung am 03. Oktober. Zum Tag der Deutschen Einheit spielt die Pop-Rock-Sängerin Christina Stürmer ab 19 Uhr auf dem Marktplatz. Die Stadt holt mit ihr eine Musikerin aus Halles Partnerstadt Linz an die Saale. Die Österreicherin ist derzeit eine der erfolgreichsten deutschsprachigen Musikerinnen. Bereits ab 16 Uhr werden zwei Vorbands spielen. Der Eintritt ist frei.

Er lud ebenfalls am 03. Oktober zur Pflanz-Aktion in der Dölauer Heide ein. Treffpunkt ist 10 Uhr am Waldkater. Es sollen 3000 Stieleichen gepflanzt werden.

zu 6 **Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**

- Auf Antrag der CDU-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Gibt es Redebedarf zum Bericht des Oberbürgermeisters? Herr Aldag oder Herr Wels. Herr Wels, bitte schön.

Herr Wels

Dann gilt an der Stelle, Alter vor Schönheit. Also, ein Kompliment für dich. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Stadträtinnen und Stadträte. Ich möchte aus diesem Bericht zwei Punkte herausgreifen. Das ist zum einem die Unterzeichnung der Selbstverpflichtung für bezahlbare Mieten und soziale Wohnungsversorgung, die ab 01. Oktober 2019 in Kraft tritt. Wir von der Fraktion Hauptsache Halle sehen das als sehr wertvoll an, dass von Seiten der Stadt und auch der HWG eine dauerhafte Mindestanzahl an Wohnungen mit bezahlbaren Mieten zur Verfügung gestellt wird. Das ist sehr prima. Und das besondere ist an der Stelle, dass bei einer zukünftigen Sanierung dieser entsprechenden Wohnflächen, die Mietpreise für die langjährigen Mieter konstant bleibt. Dieser Ansatz gibt Sicherheit und ist ein sozialer Beitrag letztlich zum Wohnrecht. Aber die ganze Situation ist natürlich noch nicht ganz rund. Wir würden uns als Fraktion Hauptsache Halle wünsche, dass man natürlich mit weiteren Wohnungsunternehmen in Kontakt tritt und die dahingehend überzeugt, ähnliche Ansätze zu verfolgen. Und der Punkt 2 ist die jetzig laufende Interkulturelle Woche, die sich also nahtlos in die Reihe des Bürgerfestes für Demokratie, aber die Demonstration gegen Rechtsradikalismus einreicht. Und wir denken, dass diese Durchführung hier in Halle, gerade auch eine bundesweite Strahlkraft hat und es ist eine deutliche Bereicherung, weil wir der festen Überzeugung sind, dass solche Veranstaltungen das Zusammenleben von entsprechenden Bürgern unterschiedlicher, oder Einwohnern unterschiedlicher Herkunft und Kulturen deutlich verbessert. Wir wissen alle, dass genau das Zusammenkommen unterschiedlicher Kulturen eine große Herausforderung darstellt. Aber nur durch solche Veranstaltungen ist es letztlich möglich durch Kommunikation untereinander Respekt voreinander zu gewinnen. Und das ist ein ganz wichtiger Punkt. Und hier der Wunsch an die Stadtspitze, weitere Veranstaltungen zu initiieren, zu organisieren, letztlich auch zu realisieren, um der Bevölkerung auch zu zeigen, dass Ausgrenzung, Ignoranz und Rassismus hier in Halle keinen Platz finden.

Frau Müller

Vielen Dank. Herr Aldag.

Herr Aldag

Vielen Dank Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister. Vielen Dank erstmal für Ihre Ausführungen. Ich möchte zwei Themen aufgreifen. Zum einen die Marktbegrünung. Ich freue mich natürlich, weil, Sie wissen ja, seit der Markt neu gestaltet wurde, setze ich mich dafür ein, dass der Markt auch grüner wird. Mit vielen Projekten, mit vielen Aktionen haben wir da was gemacht. Ich bin immer jemand, der dann auch möchte, wenn man etwas macht, das man es auch richtig macht. Wir haben jetzt gehört, dass ein paar Ulmen aufgestellt wurden. Ich habe das auch schon im Klima- und Umweltausschuss angemahnt. Wir haben jetzt gehört am Gimritzer Damm sind die ganzen Ulmen eingegangen wegen des Ulmenspinnkäfers. Hier am Markt stellen wir wieder Ulmen auf. Da frage ich mich, ob das die richtige Baumart ist. Und ich habe mir die ganzen Sachen auch mal angeguckt. Ich halte das Substrat nicht für wirklich fachlich das geeignetste und auch die Bäume sind nicht befestigt. Das heißt, die bewegen sich im Wind. Und ich plädiere immer dafür, wenn wir etwas

machen, dann muss es auch Hand und Fuß haben. Nicht nur einen Showeffekt haben, sondern es muss Hand und Fuß haben. Muss richtig gemacht werden. Und in dem Hinblick möchte ich auch darauf hinweisen, wir haben vor ein paar Jahren mit viel, viel Sponsorengeldern, das waren damals 70.000 Euro, die roten und grauen Kübel aufgestellt mit Bäumen drin. Ich sage es mal auf Deutsch, diese Kübel sehen aus wie Sau. Die werden nicht gepflegt. Viele dieser Bäume sind abgerissen wurden, sind kaputt gegangen. Hingegen der damaligen Absprachen werden bei Festen diese Kübel immer wieder mit Gabelstapler hin und her gefahren, unter die Bushäuschen geschoben und es werden Äste abgebrochen. Also, bevor wir solche Aktionen machen, glaube ich, sollten wir den Bestand richtig pflegen und dafür Sorge tragen, dass das richtig aussieht. Da bitte ich einfach drum, dass man dafür Sorge trägt.

Und der zweite Aspekt, vielleicht noch der Kreisverkehr. Am Gimritzer Damm habe ich mich sehr gefreut, dass es endlich fertig ist. Er ist noch ein bisschen farblos und ich würde mir heute von Ihnen die Erlaubnis abholen, in meiner jährlichen Aktion dort auch wieder, ich habe gestern erst wieder 5000 Krokuszwiebeln geordert und bestellt, dass wir die im Herbst auch dort einsetzen dürfen. Vielen Dank.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also zu zwei freue ich mich sehr. Und selbstverständlich, wenn es fachmännisch gemacht wird und nachhaltig, dann ist das eine Selbstverständlichkeit. Aber zum ersten Teil noch mal Frau Ernst. Und zum ersten Teil noch mal.

Frau Müller

Frau Ernst, Bitteschön.

Frau Ernst

Die Situation mit den Ulmen, das hat sich ja sozusagen überschritten. Insofern freuen wir uns natürlich, wenn wir Ihre Anregung mit aufnehmen können. Das geht aber regelmäßig nur vorher und nicht danach. Insofern gab es die Diskussion zur Marktplatzgestaltung ja auch intensiv mit den Bürgern in der Zukunftswerkstatt Anfang des Jahres. Daraus resultierten ja auch die neuen Impulse. Und insofern freuen wir uns über Ihre Anregung und je frühzeitiger wir die mit einbinden können, desto besser. Dankeschön.

Frau Müller

Danke. Und Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim

Ja, sehr geehrte Frau Vorsitzende, ich hatte eigentlich nicht vor etwas zu sagen, zu dem Bericht. Aber nachdem der Kollege Wels so innig darum gebeten hat, muss ich das jetzt tun. Und zwar mit dem Hinweis, dass da möglicherweise noch andere Wohnungsgesellschaften in die großen Fußstapfen von Herrn Marx und Herrn Dr. Wiegand treten sollen. Wunderbarer Wahlkampfschlager. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir in der GWG seit vielen Jahren mehr als 30% unserer Mieterinnen und Mieter mit einem Status haben, der dadurch geprägt ist, dass sie auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Und das die natürlich nicht nur in Gebäuden wohnen, die nicht saniert sind. Und wir sind auch mehrfach von der Geschäftsführung darüber informiert wurden, dass auch bei Modernisierungen solcher Wohnungsbestände selbstverständlich gekappt wird, weil die Gesellschaft erstens den Auftrag hat, der sich aus dem Gesellschaftsvertrag ergibt und das heißt für alle Menschen in dieser Stadt ausreichend Wohnraum mit zur Verfügung zu stellen und insbesondere natürlich die soziale Rolle der beiden kommunalen Gesellschaften beinhaltet. Das betrifft auch die HWG. Nur mal am Rande. Und als frisch gewählter Aufsichtsratsvorsitzender kann ich Ihnen

auch mitteilen, dass wir in der nächsten Aufsichtsratssitzung im November erneut eine Vorlage dazu kriegen, die genau darauf noch einmal eingeht. Was wir tun, wir arbeiten still und leise und brauchen keine öffentlichen Blumen übertragen zu bekommen.

Frau Müller

Herr Bönisch. Frau Ernst.

Frau Ernst

Ja, Herr Meerheim, die Tatsache, dass Sie jetzt trotzdem darauf hinweisen zeigt ja, dass auch die GWG Gutes tut und darüber spricht. Gleiches gilt auch für die HWG, die im Übrigen schon lange an diesem Vorhaben plant. Sie haben ja auch Vertreter Ihrer Fraktion im Aufsichtsrat und insofern hat das nichts mit Wahlkampf zu tun. Ich hatte schon einmal darauf hingewiesen, dass wir jetzt nur nicht die Arbeit einstellen können, weil hier und da einige Impulse so nicht passen. Da bitte ich um Verständnis.

Frau Müller

Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Ich bin schon etwas irritiert über die Diskussion. Einerseits sagt der Oberbürgermeister: Wir tun was Gutes, wir machen eine Selbstverpflichtung Mieten im Rahmen zu halten. Herr Dr. Meerheim sagt: Wir arbeiten schon lange still und leise an dem Thema. Es geht darum, entweder um eine leere Worthülse oder um Verzicht auf Einnahmen. Verzicht auf Einnahmen kann aber nicht Gesellschaftszweck sein und kann die Gesellschaft nicht alleine entscheiden. Solche Beschlüsse würden Gesellschafterbeschlüsse erforderlich machen und das heißt die Zustimmung des Finanzausschusses. Ich denke, wir sind jetzt gerade da im Beginn der Diskussion wie wir unseren Haushalt konsolidieren und sagen, wir tun immer mal was Gutes und die Unternehmen, die haben das Recht auf Mieten zu verzichten. Ich bitte das noch mal zu ventilieren und zu überprüfen, weil ich das nicht für korrekt halte.

Frau Müller

Herr Wolter.

Herr Wolter

Ja, ich hatte auch nur zwei Anmerkungen, Herr Oberbürgermeister. Das eine bezieht sich jetzt ein bisschen auf, es ist ja ein bisschen ausgefrantzt, jetzt zum Thema GWG. Und ich empfinde es auch so, dass HWG und GWG, beide Unternehmen, beide städtische Wohnungsgesellschaften, sehr wohl ein solidarischen Gedanken immer mit hineingegeben haben. Und ich bin ein bisschen verwundert gewesen über die Pressemeldung und auch noch mal über Ihre Ausführungen und auch Herr Wels, über Ihre Bestätigung dessen, weil hier sehr intensiv hier im Rat Sie beauftragt haben, Herr Oberbürgermeister, natürlich im Juni letzten Jahres, wenn Sie sich noch erinnern, mit einem wohnungspolitischen Konzept. Und das wohnungspolitische Konzept ist eigentlich das tolle Ergebnis hier. Und da ist sozusagen ein Unternehmen herauszunehmen, eher, ich muss sagen, eher schädigend. Weil wir dort als Wohnungsgesellschaften alle Wohnungsgesellschaften mit einbezogen haben in den Diskurs und hier gemeinsam mit den Wohnungsgesellschaften, mit dem Netzwerk, mit der GWG, mit der HWG eine Zielsetzung verabredet haben. Sie erinnern sich, 21 Handlungsfelder. Und davon ist eins eben angemessene Bezahlung und vertretbare Mietpreisplanung und natürlich auch bei Neubau dort bestimmte Dinge mit zu berücksichtigen. Deswegen bin ich überrascht, dass Sie das jetzt noch mal ansprechen, Herr Bönisch auch. Das ist geklärt, das ist ein Auftrag, den Sie einfach umsetzen. Das finde ich super, das können Sie gerne berichten. Aber eben nicht auf ein Unternehmen bezogen.

Das Zweite, was mich jetzt ein bisschen mehr beschäftigt, weil wir da auch Rückmeldung gekriegt haben, Herr Oberbürgermeister. Und dadurch, dass Sie das schöne Foto hier noch mal per Beamer an die Wand gezeigt haben, ist schon, dass wir in der heutigen Zeit eine, da sprechen wir ja auch von Mann zu Mann, Herr Oberbürgermeister, eine so männlich dominierte Expertenrunde einberufen ist für mich wirklich so extrem rückwärtsgerichtet. Und auch die Rückmeldung aus unserer Stadtgesellschaft zeigt, dass wir, sage ich mal, nicht weil wir irgendeine Geschlechtergerechtigkeit thematisieren, sondern eben auch eine diverse ausdifferenzierte Gesellschaft mit verschiedenen Kompetenzen. Deswegen überrascht mich das und ich empfinde es nicht als modern und ich empfinde das auch in der Verteidigung dieser Entscheidung als schwierig, weil wir da als Rat gar nicht einbezogen wurden. Nicht, weil man da jetzt unbedingt beteiligt sein möchte, sondern, weil die Frage ist: Was wollen Sie damit erreichen? Und das haben Sie heute in Ihrem Bericht auch nicht ausgeführt. Und deswegen die Frage noch mal: Warum ist das sozusagen mal so, auch hier sprechen wir ja als Männer zueinander. Ich bin 50, Sie sind über 50. Das, was wir dort versammelt sind wirklich ältere Herren, die natürlich gestanden und erfahren sind. Aber ich frage mich, wir sind eine andere Struktur. Wir brauchen auch ein anderes Zeichen, ein Signal in die Zukunft, eine viel breiter aufgestellte Diskussion, was nach beziehungsweise von der Kompetenz.

Frau Müller

Herr Wolter, ich muss auf die Zeit ...

Herr Wolter

Deswegen, diese Fragen würde ich gerne beantwortet haben.

Frau Müller

Vielen Dank. Herr Oberbürgermeister. Frau Ernst.

Frau Ernst

Als Büroleiterin, Herr Wolter, an Sie, als Fraktionsvorsitzender, die Antwort zur Kommission, die gebildet wurde. Warum die Kommission gebildet wurde, darüber hat die Verwaltung informiert. Es geht nämlich darum, sich intern über konkrete Projekte zu verständigen. Also, gemeinsam mit dem Saalekreis und dazu sind die Universitäten eingebunden, die Arbeitsagentur und da ist das Geschlecht jetzt nicht entscheidend für die Auswahl der Partner, sondern die Funktionen, die es braucht, um über diesen Strukturwandel zu diskutieren. Ich kann Sie aber beruhigen, weil die Metropolregion in den kommenden Wochen umfangreiche Veranstaltungen auch hier in Halle durchführen wird, um genau diesen Beteiligungsprozess, den Sie ansprechen, den Sie anregen, hier durchzuführen. Und da besteht genügend Gelegenheit in einem breiten Diskurs, diese Themen noch einmal zu erörtern. Insofern schließt sich das jetzt alles an und diese Kommission, die gebildet wurde, dient dem Zweck, dass man sich sozusagen verständigt über eine Auswahl an Projekten, die man dann untersetzen kann und entsprechend auch mit allen Bevölkerungsgruppen, Interessenverbänden und so weiter, zu diskutieren. Also, insofern die herzliche Einladung, im November gibt es dieses Angebot und davon sollten Sie dann auch rege Gebrauch machen.

Frau Müller

Frau Mark.

Frau Mark

Ich möchte gerne zwei Punkte ansprechen. Das eine wäre der August-Bebel-Platz. Ich weiß, das Thema wurde hier schon mehrfach diskutiert. Ich finde es auch gut, dass wir hier noch mal im Bericht sehen, dass vor Ort tatsächlich etwas passiert ist. Ich glaube, wer hier bei welcher Versammlung dabei war, sollte auch nicht noch einmal Thema sein. Wir haben auch vernommen, dass ein Schild inzwischen aufgestellt wurde. Man liest auch inzwischen aus der Zeitung, dass der Späti dort geschlossen wurde aufgrund von Bauordnungsvorschriften. Das nimmt man so zur Kenntnis. Meine Frage wäre, an der einen Stelle: Lassen sich

inzwischen durch das Schild, was ja als Maßnahme von der Stadt kam, Effekte messen? Sind solche zu erwarten? Und die nächste Frage, die sich daran anschließen würde: Ob weitere Maßnahmen geplant sind? Denn letzten Endes wissen wir jetzt als Stadträte noch gar nicht, was das Ergebnis dieser Besprechungen sein wird, welche dort stattgefunden haben. Und die nächste Frage wäre, ich finde es auch ganz gut, wir hatten das Thema auch in den Ausschüssen angesprochen. Das Konzert vom 03. Oktober findet statt, das ist erstmal gut. Und da wäre auch unsere Frage: Welche Finanzierungsgrundlage das hat. Ob das durch die Stadt finanziert ist, durch Partner der Stadt oder Unternehmen, die letzten Endes städtisch sind. Und in welchem Kostenrahmen sich das bewegt. Denn, falls das städtisch sein sollte, sollte uns das ja auch im Rahmen des Konsolidierungskonzeptes und der finanziellen Lage interessieren. Das wären die Fragen.

Frau Müller

Frau Ernst, bitte.

Frau Ernst

Ich würde die Frage zum Konzert beantworten, am Tag der Deutschen Einheit. Die Veranstaltung wird ausgerichtet vom Stadtmarketing und insofern würden wir zu den vertraglichen Details die Frage weiterleiten und Ihnen dann die Information zukommen lassen.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja und zur ersten Frage ist es eben so, dass wir mit den Anwohnern weiterhin im Kontakt stehen. Die Diskussion auch führen. Dieses Schild beinhaltet in der Vielzahl der Möglichkeiten und Zeichen, die darauf enthalten sind, die Ergebnisse, die wir erreicht und diskutiert haben. Und auch vorgestellt haben. Und bislang gibt es keine weiteren Anmerkungen und Beschwerden. Aber wir sind im ständigen Austausch und ich glaube, das muss man über einen längeren Zeitraum verfolgen.

Frau Müller

Frau Krimmling-Schoeffler.

Frau Krimmling-Schoeffler

Vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich danke Herrn Wolter ganz ausdrücklich für seinen letzten Redebeitrag zur Kohlekommission. Ich hätte es weit weniger diplomatisch ausgedrückt. Es sind einfach in meinen Augen zehn, elf, zusammengewürfelte Männer im besten Alter wohl. Meine Frage ist jetzt, mit welchen Kompetenzen diese Männer ausgesucht wurden. Mir fehlt eindeutig ein Vertreter der erneuerbaren Energien. Finde ich nicht. Mir fehlt jemand vom Fraunhofer Institut, die sich ganz viel schon damit beschäftigt haben. Und mir fehlt jemand vom Wirtschaftsförderungszentrum hier in Halle. Und da haben wir ja durchaus kompetente Frauen, deswegen auch die Richtung, die Herr Wolter angesprochen hat. Ich kann es nicht verstehen Herr Oberbürgermeister.

Frau Müller

Frau Ernst bitte.

Frau Ernst

Ich habe ja vorhin versucht, Frau Krimmling-Schoeffler, die Entscheidung beziehungsweise die Auswahl entsprechend zu begründen. Vom Fraunhofer ist ein Vertreter enthalten. Das schließt nicht aus, dass dann im Anschluss der Prozess weiter geführt wird, also auch breiter diskutiert wird. Sehr wohl. Und auch hier im Stadtrat wird darüber intensiv beraten werden. Aber die Vorlage beziehungsweise die Voruntersuchung, die finden jetzt in diesem Gremium

statt und ich habe vorhin auf das Angebot der Metropolregion, die dann natürlich auch unmittelbar eingebunden ist, verwiesen. Und insofern besteht da die Möglichkeit. Hier ist nicht von Ausgrenzung, wie Sie das jetzt hier fühlen, das ist damit nicht gemeint. Sondern es geht darum, die Ideen, die im Saalekreis und in der Stadt Halle sind, die zu diskutieren, die zusammenzutragen und dann einer Öffentlichkeit dann vorzustellen und dort zu diskutieren.

Frau Müller

Frau Krimmling-Schoeffler, eine Nachfrage direkt dazu?

Frau Krimmling-Schoeffler

Keine Nachfrage. Mir ging es nicht um Ausgrenzung. Also, ich fühle mich nicht ausgegrenzt. Mir ging es einfach darum, wie die Kommission zusammengesetzt wurde. Wir leben im 21. Jahrhundert. Reden alle von Quotierung und dann haben wir da eine Quotierung von Null. Das war das, was ich angemerkt habe.

Frau Müller

Frau Ernst.

Frau Ernst

Und ich habe versucht deutlich zu machen, dass die Quotierung an der Stelle nicht das entsprechende Auswahlkriterium war.

Frau Müller

Gut, wir gehen weiter. Herr Bönisch noch einmal.

Herr Bönisch

Ich möchte nur noch einmal nachfragen zu vorhin, welche finanziellen Konsequenzen denn mit dieser Erklärung verbunden sind, die Sie vorhin erwähnt haben mit der HWG gemeinsam. Welche finanziellen Konsequenzen das hat, in welcher Größenordnung wir damit Einsparungen, nein, Verlusten der HWG rechnen müssen. Können Sie das jetzt schon sagen?

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also, ich würde es ganz gerne noch einmal abstimmen. Es ist auch im Aufsichtsrat auch diskutiert wurden. Also, das Thema ist dort auch bekannt. Und in der Pressekonferenz rechnet der Geschäftsführer mit Plus-Minus-Null, weil es andere Effekte dann dazu zusätzlich gibt für die HWG. Mein Vorschlag, ich würde Ihnen das zusammenstellen lassen und würde Ihnen das dann schriftlich beantworten.

Herr Bönisch

Vielen Dank.

Frau Müller

Und Herr Schöder bitte.

Herr Schöder

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Vorsitzende. Ich möchte das hier auch unterstützen, was der Kollege hier gesagt hat. Ich hätte es gut gefunden, wenn die Stadträte bei der Gründung dieses Gremiums beteiligt gewesen wären. Nur das dazu, um das noch einmal zu unterstützen. Eine andere Frage, ich habe mich riesig, total gefreut, als am Gimritzer Damm natürlich dieser Kreisverkehr aufgebaut wurde und das ist ja, gefühlt ist das rasant passiert. Muss ich echt sagen, obwohl es eine lange Zeit war. Aber ich finde, dass

das Bauvorhaben ganz toll gewesen ist. Ich hatte es natürlich gleich überprüft. Bin mit dem Auto von rechts und von links gefahren. Da war ich total schockiert. Ich stand erstmal vor einer roten Ampel und gefühlte eins, zwei Minuten. Dann konnte ich losfahren mit grün und stand innerhalb des Kreises schon wieder vor einer roten Ampel. Und dann frage ich mich, der Sinn eines Kreisverkehrs besteht doch eigentlich darin, dass der Verkehrsfluss wirklich fließt und das die Verantwortung, ja, also, das funktioniert doch gar nicht. Ich hätte gerne, also, vielleicht bin ich ein bisschen dämlich, um das zu begreifen. Ohne Ampeln denke ich mal, zwölf oder vierzehn Ampeln sind da, das ist unglaublich viel. Ich denke mal, Vertrauen in die Bürger, die wirklich schön aufpassen und dann schön rund fahren, das ist ja gerade der Reiz eines Kreisverkehrs. Ich weiß nicht, warum man das gemacht hat. Also, die Frage hätte ich gerne mal beantwortet. Vielen Dank und weiterhin eine schöne Sitzung.

Frau Müller

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Es ist nur optisch ein Kreisverkehr. Es ist aber kein Kreisverkehr im Sinne der Straßenverkehrsordnung, weil die Straßenbahn in der Mitte geradeaus durchgeht kann das nicht der Kreisverkehr im klassischen Sinn sein, deswegen sind die Ampeln darin. Im Grunde genommen sind es mehrere Kreuzungen, T-Einmündungen mit nur Rechtsabbiegen.

Frau Müller

Gut, darf ich mal bitte um etwas mehr Ruhe bitten. Als nächstes ist Herr Feigl dran. Herr Feigl zieht zurück. Gut. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Bericht des Oberbürgermeisters? Sehe ich nicht, dann können wir diesen Tagesordnungspunkt abschließen.

- Ende Wortprotokoll -

zu 7 Beschlussvorlagen

**zu 7.1 ICAN-Städteappell zum Verbot von Atomwaffen
Vorlage: VII/2019/00291**

Herr Dr. Bergner sagte, dass alle gemeinsam das Ziel einer atomwaffenfreien Welt verfolgen. Ihn irritiert es, das in der Begründung nicht erwähnt wird, dass sich die Bundesregierung zusammen mit fast allen europäischen Staaten von Anfang an bewusst dazu entschlossen hat, sich diesem Antrag nicht anzuschließen. Es fehlen ebenso die Gründe dafür. Die Bundesregierung setzt auf den Atomwaffensperrvertrag und habe die Sorge, dass mit dem Vertrag, der durch diese Resolution empfohlen wird, der Atomwaffensperrvertrag ausgehöhlt wird, der über Überprüfungsmechanismen und mehr verfügt. Aus diesem Grund kann er der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Lange sagte, dass der Vorschlag überfällig ist. Die Argumentation der Bundesregierung sei de facto vorgeschoben, damit man sich eben nicht bekennen muss, dass man keine Atomwaffen auf der Welt haben will. Er wünsche sich, dass Halle (Saale) aktiver im Netzwerk „mayors for peace“ beteiligt ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Projekte bereits umgesetzt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat unterstützt den ICAN-Städteappell mit folgendem Wortlaut:

Der Stadtrat ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohnerinnen und Einwohner das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen von 2017 und fordern die Bundesregierung zum Beitritt auf.

2. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Unterstützung dieses Appells aktiv zu kommunizieren und für weitere Unterstützung des ICAN-Städte-Appells zu werben.

**zu 7.2 Wahl des Kreisjägermeisters und der Mitglieder des Jagdbeirates der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/05341**

Frau Müller sagte, dass die Wahl offen erfolgen kann, wenn kein Mitglied des Stadtrates widerspricht. Weiterhin kann die Abstimmung dann im Block erfolgen.

Es gab keinen Widerspruch gegen eine offene Wahl. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: gewählt

Beschluss:

Der Stadtrat wählt für den Zeitraum der laufenden Wahlperiode den Kreisjägermeister

Herrn Hubert Seibicke, Halle (Saale)

sowie die weiteren Mitglieder des Jagdbeirates

- als Vertreter der Landwirtschaft Herrn Gerd Schaaf, Halle (Saale)
- als Vertreter der Forstwirtschaft Herrn Jan Frieß, Halle (Saale)
- als Vertreter der Jagdgenossenschaften Herrn Siegfried Schubert, Halle (Saale)
- als Vertreter der Stadtjägerschaft Halle (Saale) Herrn Michael Jahnke, Halle (Saale)
- als Vertreter des Naturschutzbeauftragten der Stadt Halle (Saale) Herrn Jan Sonntag, Halle (Saale).

**zu 7.3 Jahresabschluss 2018 der Stadtwerke Halle GmbH und Konzernabschluss
Vorlage: VII/2019/00024**

Frau Müller wies auf das Mitwirkungsverbot hin.

Herr Nette fragte, warum die Stadtwerke keinen Gewinn an die Stadt abführen, sondern ihre Gewinne komplett in die Rücklage legen.

Herrn Lux wurde das Rederecht erteilt. Er antwortete, dass die Gewinne der Stadtwerke vollständig zur Begleichung des Betriebskostenzuschusses der Halleschen Verkehrs-AG verwendet werden, sie aber nur einmal verwendet werden können. Man könnte sie ausschütten, dann stünden sie aber für die Betriebskostenzuschüsse nicht mehr zur Verfügung und das sei nicht die Praxis der letzten Jahre. Ziel ist es, einen möglichst hohen Anteil der Gewinne der Stadtwerke für den öffentlichen Verkehr einzusetzen. Deshalb müssen sie im Unternehmen verbleiben, um so verwendet werden zu können.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunkt abstimmung

Pkt. 1 – 3 einstimmig zugestimmt
Pkt. 4 einstimmig zugestimmt

Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA für Pkt.4

Herr Dr. Wiegand
Herr Scholtyssek
Herr Dr. Meerheim
Herr Krause
Frau Dr. Brock
Herr Wolter

Beschluss:

Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte GmbH geprüfte und am 17. Mai 2019 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2018 mit

Bilanzsumme	EUR	460.691.524,55
Jahresüberschuss	EUR	11.506.680,31

wird festgestellt.

2. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2018 in Höhe von 11.506.680,31 EUR wird in die Gewinnrücklage eingestellt.

3. Der von der Geschäftsführung der Stadtwerke Halle GmbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte GmbH geprüfte und am 27. Mai 2019 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2018 mit

Bilanzsumme	EUR	1.371.722.909,60
Konzern-Bilanzgewinn	EUR	0,00

wird festgestellt.

4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2018 entlastet.

**zu 7.4 Jahresabschluss 2018 der Zoologischer Garten Halle GmbH
Vorlage: VII/2019/00027**

Herr Schachtschneider übernahm für diesen Tagesordnungspunkt als 1. stellvertretender Vorsitzender des Stadtrates den Vorsitz. Er wies auf das Mitwirkungsverbot hin.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Er bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunkt abstimmung

Pkt. 1 – 3 einstimmig zugestimmt
Pkt. 4 einstimmig zugestimmt

Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA für Pkt.4

Herr Dr. Wiegand
Herr Bönisch
Frau Müller
Herr Helmich

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Zoologischer Garten Halle GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Zoologischer Garten Halle GmbH vorgelegte, von der ECOVIS Wirtschaftstreuhand GmbH geprüfte und am 30. April 2019 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2018 wird festgestellt.
Der Jahresüberschuss beträgt 571.587,41 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt 21.717.710,85 EUR.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 571.587,41 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Dennis Müller, wird für das Jahr 2018 Entlastung erteilt.
4. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

**zu 7.5 Jahresabschluss 2018 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft
Halle-Saalkreis mbH
Vorlage: VII/2019/00239**

Frau Müller übernahm wieder den Vorsitz des Stadtrates.

Es gab keine Wortmeldungen. Sie bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunkt abstimmung

Pkt. 1 – 3 einstimmig zugestimmt
Pkt. 4 einstimmig zugestimmt

Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA für Pkt.4

Herr Dr. Wiegand
Frau Hintz

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2018 wird, in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Henschke und Partner mbB geprüften und am 23.07.2019 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	9.569,77 EUR.
Die Bilanzsumme beträgt	212.014,81 EUR.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 9.569,77 EUR wird mit der Kapitalrücklage verrechnet.
3. Dem Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH, Herrn Dieter Götte, wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

**zu 7.6 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das
Jahr 2018
Vorlage: VI/2019/05356**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA

Herr Dr. Wiegand
Herr Lange
Herr Helmich

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2018.

zu 7.7 Entlastung des Geschäftsführers und der Mitglieder des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2018
Vorlage: VII/2019/00022

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **Einzelpunkt abstimmung**
Pkt. 1 einstimmig zugestimmt
Pkt. 2 einstimmig zugestimmt

Mitwirkungsverbot gemäß §33 KVG LSA für Pkt.4

Herr Dr. Wiegand
Frau Dr. Wünsch
Herr Schramm
Herr Dr. Wend
Frau Dr. Brock

Beschluss:

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Dem Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle, Herrn Stefan Rosinski, wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.
2. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

zu 7.8 Wirtschaftsplan 2020 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle
Vorlage: VII/2019/00023

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Oberbürgermeister als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgenden Beschluss zu fassen:

Der Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2020 wird beschlossen.

zu 7.9 Verbunderweiterung in Sachsen-Anhalt 2019
MDV-Satzungsänderung vom 27. Mai 2019 URNr. 907/10 M
Vorlage: VII/2019/00038

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vom 18. März 2019 gemäß der Anlage 1 der Beschlussvorlage.
2. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, die Genehmigungserklärung der Urkunde URNr. 907/19 M vom 27. Mai 2019 der Notarin Martina Möller in Leipzig zu unterzeichnen (vgl. Anlage 2).

zu 7.10 Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00170

zu 9.25 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Freie Demokraten, CDU, MitBürger & Die PARTEI zum Haushaltskonsolidierungskonzept
Vorlage: VII/2019/00398

- Auf Antrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der AfD-Stadtratsfraktion Halle und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) erfolgt zu diesen beiden Tagesordnungspunkten ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

7.10, das Konsolidierungskonzept der Stadt Halle. Das rufe ich jetzt gemeinsam auf, so wie wir das vorhin in der Tagesordnung beschlossen haben, mit dem Punkt 9.25. Das war der Dringlichkeitsantrag mehrerer Fraktionen. Das wird zusammen behandelt. Dann frage ich zunächst nach Redebedarf. Herr Geier, bitte.

Herr Geier

Ja, vielen Dank Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren Stadträte. Ich werbe für einen neuen Blick auf eine Konsolidierung und ich werbe dafür, dass Diskussionen nicht stattfinden an den Folgen irgendwelcher Entwicklungen, sondern an den Ursachen irgendwelcher Entwicklungen.

Das Grundkonzept unseres Verwaltungsvorschlages sieht vor, dass sich die Stadt Halle nicht tot spart. Also, das ist ein Punkt, da kommen noch weitere. Und damit ist gemeint, dass es hier nicht darum geht, was sich die Stadt leistet, sondern das es darum geht, wie die Stadt auf Kosten reagiert, bei deren Entstehung und bei deren Höhe sie keinen Einfluss hat. Und wir haben auch in der Arbeitsgruppe und in Ausschüssen darüber diskutiert über verschiedene Beispiele, wo das der Fall ist und da setzt man beispielsweise dann bei den Ursachen an. Die Ursachen die liegen nämlich in diversen gesetzlichen Regelungen und es kann nicht sein, dass eine Handvoll gesetzlicher Regelungen ausreichen, um Kommunen in eine finanzielle Schieflage zu bringen. Wir haben da die verschiedenen Beispiele diskutiert. Wir haben auch diskutiert, dass da vor allen Dingen die Hauptursache bei dem eigenen Wirkungskreis liegt. Das heißt also, das sind die Gesetze, die von Land und Bund kommen, wo wir bei verschiedenen Themenfeldern eine so große Dynamik haben, die gleichzeitig entsprechende Erträge, die nicht so hoch sind, auch nicht ausgleichen können.

Und ich möchte Ihnen die Frage von kommunaler Selbstverwaltung an einem einfachen Beispiel nochmal veranschaulichen. Uns ist zugewiesen grundgesetzlich das uns die Grundsteuer und die Gewerbesteuer zusteht. Grundsteuer-/Gewerbesteueraufkommen bei der Stadt Halle sind im Jahr 2019 prognostiziert auf 95 Millionen Euro. Das heißt also, wenn ich jetzt kommunale Selbstverwaltung/kommunale Finanzhoheit dementsprechend gedanklich weiterführe, dann heißt es 95 Millionen Euro können Sie verwenden für sogenannte freiwillige Aufgaben und Sie können es verwenden, indem Sie für die Bürgerschaft der Stadt Halle abweichen von gesetzlichen Regelungen.

Heißt also: Wir hätten rein rechnerisch bei 70 Millionen freiwilligen Aufgaben noch 25 Millionen Euro übrig. Für diese 25 Millionen Euro mache ich beispielsweise keine Erhöhung von Kita-Gebühren auf die üblichen Kostendeckungsgrade. Ich kann nachdenken über ein kostenloses Schülerticket. Sogas geht aber dann nicht, wenn Sie die 25 Millionen in diese

Aufgaben des eigenen Wirkungskreises zur Deckung bringen müssen. Also, das heißt also: In diese Themenfelder, wo Landesgesetze und Bundesgesetze eine Rolle spielen und das meine ich mit diesem neuen Blick auf Konsolidierung.

Der zweite Punkt ist, dass man bei der Fragestellung das Land einbezieht und das dabei auch Verwaltung und Rat geschlossen auftreten. Und an der Stelle, wie man das Land einbezieht, würde ich gerne nochmal auch auf den Dringlichkeitsantrag kommen wollen.

Unter dem Punkt zwei, da steht: ... des Landtages Sachsen-Anhalt über zeitliche und finanzielle Rahmenbedingungen für die Erstellung eines Konsolidierungskonzeptes zu führen. Die zeitlichen und finanziellen Vorstellungen, die sind im Moment bei 5 Jahren und 200 Millionen. Und ich weiß ehrlich gesagt nicht, wie man das bis zum 15. November ausdiskutieren will, also was diese zeitliche Frist da angeht.

So, als die Gesetzesänderung 2018 kam waren wir vorstellig beim Landesverwaltungsamt und haben mal nachgefragt, wie denn diese gesetzliche Verschärfung umgesetzt werden soll. Bis heute ist keine entsprechende Erlasslage vom Land da. Und was die Stadt Halle getan hat, auch mit Ihrer Zustimmung, was absolut in Ordnung ist, war, dass sie einen Konsolidierungspfad aufgelegt hat und jeweils 5 Millionen 2018 und 2019 reduziert hat. Das war quasi schon das vorausseilende Angebot der Stadt Halle, in der Hoffnung, dass zu der neuen gesetzlichen Regelung eine Erlasslage kommt. Sie ist aber immer noch nicht da. Und jetzt ist schlicht und einfach die Frage: Können wir was aus dieser Situation machen? Also kommen wir da bei der Frage, wie man diese gesetzliche Verschärfung und Regelung auslegt in die Vorhand. Und da bin ich der Meinung, wir kommen da in die Vorhand argumentativ, wenn wir uns auf die Ausführungen des Gutachtens von Prof. Kluth stützen. Der also klar ausführt, dass eine Umschuldung der Kassenkredite möglich ist und dass das auch der Konsolidierungsregelung entspricht. Und ich halte es für einen guten Ansatzpunkt, dass wir mit diesem Vorschlag in eine entsprechende Argumentation gegenüber dem Land gehen und zwar auch deshalb, weil eine entsprechende Regelungen des Landes nicht da sind. Weil was kann uns da drohen? Uns kann drohen, dass es eine Konsolidierungspflicht gibt. Also, im Moment ist die Auflage an die Stadt Halle sich Gedanken zu machen, wie man die 200 Millionen zurück auf die Genehmigungsfähigkeit führt. Und es steht in unserem Ermessen, in welchem Weg wir das ausgestalten und das ist auch ein wesentlicher Punkt in dem Verwaltungsvorschlag, wie das passieren könnte.

Wird dieser Weg nicht bestritten, dann kann es durchaus passieren, dass die Kommunalaufsicht uns eine Konsolidierungspflicht gibt. Entweder sofort, nachdem klar ist, dass dieser Weg nicht bestritten wird oder spätestens mit dem Haushalt 2020. Und bei der Konsolidierungspflicht diktiert uns dann das Land, mit welchem Volumen, mit welchen Jahresbeträgen und in welchem Zeitraum das zu passieren hat. Bei unserem Vorschlag, der hier zur Diskussion steht, haben wir quasi das schlechteste Szenario Ihnen durchgerechnet, das heißt also 200 Millionen Euro auf 30 Jahre zurückführen ist der absolute Worst Case, der würde unterstellen, dass sich das Land nicht beteiligt und das dann in einem sehr zeitaufwendigen Verfahren bei jeweils gesetzlichen Änderungen, die da im Landtag anstehen durch die Stadt interveniert werden müsste. Dieses Szenario unterstellt eine vorsichtige, indikative Zinsbetrachtung von 0,9 %. Wenn, wie das zwischenzeitlich passiert ist, sich das Zinsniveau weiter verändert, im Moment noch weiter reduziert, dann hat das natürlich auch Auswirkungen auf die Fixierung unseres Vorschlages, also unsere Herangehensweise. Und das ist ja genau die Fragestellung, die bis Mai 2020 abgeklärt werden soll, die konkrete Marktlage abgeklärt werden soll und dann hat man einen fixen Zinssatz. Ich gehe fest davon aus, dass dieser fixe Zinssatz nach den derzeitigen Stand der Dinge nicht bei 0,9 %, sondern geringer ist.

Zweiter wichtiger Punkt ist, das war eine Diskussion in der Arbeitsgruppe, das haben wir auch aufgenommen, ist die Frage, ob man quasi alternativ mal durchrechnen kann, was es

für andere Möglichkeiten gibt. Das kann man, weil wir ja eine Worst Case Darstellung haben. Und wir haben das einfach mal gemacht, auch auf den Hinweis von Herrn Scholtyssek, dass wir die jetzige Erlasslage für Kassenkredite durchgerechnet haben. Das heißt also die jetzige Erlasslage heißt, dass die Städte und Gemeinden für die Hälfte der Kassenkredite maximal 10 Jahre Zins binden können, ohne Tilgung, und für weitere 25 % für 5 Jahre ohne Tilgung. Immer im Hinterkopf bitte im Vergleich behalten, unsere Variante beinhaltet Tilgung. Diese Berechnung führt dazu oder diese Vergleichsberechnungen, die habe ich hier da aber das würde jetzt zu weit gehen, das hier einzeln auszuführen, führen dazu, dass wir statt 26,6 Millionen Zinsbelastung für die nächsten 30 Jahre bei einer Zinsbelastung von etwa, Moment, Entschuldigung, wo habe ich den Zettel, ja von je nach Rechenmodell von 23,1 Millionen und das optimale oder das beste Rechenmodell 19,7 Millionen Euro bin. Also das heißt, Sie sehen, dass man da natürlich auch noch in verschiedene Richtungen was durchführen kann. Und es geht einfach darum und das ist bei der Einbringung im August auch vorgetragen worden, bis zu dem Fixing im Mai 2020 den günstigsten Finanzierungsmix zu bekommen.

Dann war eine weitere Frage in den Arbeitsgruppengesprächen: Ja, ist denn überhaupt sowas am Markt platzierbar? Da verweise ich jetzt einfach mal auf eine Bundesanleihe, die Ende August, glaube ich, das Einführungsdatum weiß ich jetzt nicht genau, aufgelegt wurde. Die läuft auf 30 Jahre mit einem leicht negativen Zinssatz. Also, der Bund legt sowas für 30 Jahre auf und unser Modell wäre analog. Also, das Sie sehen, ich möchte das Beispiel bringen, dass Sie sehen, dass es sowas zwischenzeitlich am Kapitalmarkt gibt.

Dritter Punkt der zu berücksichtigen und zu betrachten ist, ist die Frage: Wie viele Städte betrifft das? Das haben wir jetzt mal recherchiert und zwar anhand der Kassenstatistik des statistischen Landesamtes. Und da ist es so, dass 48 von 122 Kommunen über dieser 20 Prozentgrenze nach §110 des KVG sind. Das entspricht immerhin landesweit einer Größenordnung von 40 Prozent und das heißt, dass die Stadt Halle da kein Exot ist. Die Stadt Halle hat, das stimmt und das ist natürlich nicht weg zu diskutieren, ein besonders hohes Volumen aber sie ist kein Exot. Also das heißt, diese Regelung betrifft 40 Prozent der Kommunen in Sachsen-Anhalt auf Basis der Kassenstatistik 2018.

Und interessant ist dann in diesem Zusammenhang auch und das haben wir dann entsprechend auch nochmal analysiert, was die sogenannten guten, ich drücke es mal in Gänsefüßchen aus, Kommunen, also diejenigen die unter der 20 Prozentgrenze sind, was die für Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeiten haben. Die haben nämlich in Summe 2,7 Milliarden an Einzahlungen und das Kassenkreditvolumen dieser guten Kommunen liegt bei 140 Millionen. Die schlechten, in Anführungszeichen, das heißt also die, die über 20 Prozent sind, die haben Einzahlungen von 1,7 Milliarden. Also das heißt eine schlappe Milliarde weniger. 40 Prozent der Kommunen hat eine Milliarde weniger als der Rest. Und das Kassenkreditvolumen dieser sogenannten schlechten Kommunen liegt bei 933 Millionen. Und da können Sie schon, zumindest als weiteres Indiz, ableiten, dass da was in der Grundfinanzierung nicht stimmt.

Bei dem Dringlichkeitsantrag, also ging ich auf den Punkt 2 ein: zeitliche finanzielle Rahmenbedingungen. Die sind aus unserer Sicht im Moment klar, auch mangels Erlasslage. Und dann wäre einfach die Frage: Der Dringlichkeitsantrag unterstellt eine erfolgreiche Beendigung. Was ist aber, wenn eine erfolgreiche Beendigung bis zum 15. November nicht stattfindet? Und dann brauche ich irgendeine Lösung. Und dann habe ich einen Haushaltsentwurf, dem ich, weil die Diskussion mit dem Land und verschiedenen Entscheidungsträgern und Mitwirkenden nicht abgeschlossen ist und das können ja die Stadtvertreter nicht par ordre du mufti festlegen, dass das abgeschlossen ist. Dann ist die Situation da, dass ich einen Haushalt 2020 beschließen und ein gefordertes Liquiditätskonzept dazu nicht einreichen kann. So lese ich zumindest diesen Dringlichkeitsantrag. Und das führt, wenn man das weiter denkt, aus meiner Sicht dazu, dass

trotz eines Haushaltes 2020, wir gehen davon aus schwarze Null, trotz rechtzeitigem Beschluss, die Kommunalaufsicht ganz einfach sagen kann: Entspricht formal nicht dem, was ihr vorlegen müsst, weil nämlich das Konsolidierungspapier fehlt.

Ich bitte also das auch zu überdenken in der weiteren Diskussion und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit:

Frau Müller

Herzlichen Dank und Herr Dr. Meerheim bitte.

Herr Dr. Meerheim

Danke Frau Vorsitzende. Den letzten Hinweis, Herr Geier, den fand ich etwas unangemessen, vor dem Hintergrund der Diskussion, die wir am Montag in der sogenannten Arbeitsgruppe geführt haben. Wir haben daraufhin unseren Dringlichkeitsantrag nochmal geändert, weil der Oberbürgermeister mit dem Hinweis kam: Jungs, solange kriegen wir da die Frist nicht. Wir sind auf diesen Hinweis eingegangen, denn ursprünglich hatten wir ja vor, die Frist sozusagen bis zum 31.03. zu setzen. Jetzt haben wir gesagt: Okay, der Oberbürgermeister hat einen Hinweis gegeben, wir verkürzen die Frist. Also können Sie uns das schlecht zum Vorwurf machen, was wir jetzt aufgrund des Hinweises des Oberbürgermeisters nochmal korrigiert haben.

Und im Übrigen muss ich sagen, würde ich den Ball dann gerne zurückspielen an der Stelle. Denn Sie hatten acht Monate Zeit, wir hatten bisher einen Monat Zeit. Wir stimmen ja aber im Übrigen grundsätzlich mit Ihrer Analyse komplett überein. Dagegen ist überhaupt nichts zu sagen. Alle Ausführungen dazu sind sensationell. Würde ich sofort, würden wir hier alle wahrscheinlich in diesem Saal unterschreiben. Nur das, was dann kommt, ist halt ein bisschen zu wenig. Und Sie haben ja jetzt gerade auch nochmal dargestellt, dass es offensichtlich doch nochmal Überlegungen geben müsste, weil andere Modelle die nachgefragt wurden, möglicherweise, zumindest rein rechnerisch, preiswerter sind, als das was Sie vorgeschlagen haben. Zumindest haben Sie das jetzt dargestellt. Der Prof. Kluth hat, glaube ich, gesagt, dass das Modell nicht geht, weil wir mit dem Schlag die 200 wegdrücken müssen. Wenn ich aber das Modell nehme, was Herr Scholtyssek nachgefragt hat, bleibt ja was übrig, weil ich habe ja einen Zinssatz im Zeitraum X für eine Masse X und den zweiten Satz für 25 %, nur der Schulden, die wir jetzt umschulden sollen. Und da bleibt ja noch ein Rest übrig. Aber Sie haben uns ja montags mitgeteilt: Das geht nicht, wir müssen den Batzen sozusagen mit einmal wegtragen, weil wir auf die 144 kommen müssen.

Sie sind, glaube ich, oder was wir jetzt machen mit unserem Dringlichkeitsantrag ist eigentlich nichts weiter als nachholen dessen, was wir uns gewünscht hätten, dass es von Anfang an passiert, dass wir als Stadträtinnen und Stadträte mit einbezogen werden, spätestens ab dem Zeitpunkt wo klar war, dass es alleine nicht zu stemmen ist, dass die Gespräche geführt worden wären mit denen die wir jetzt in dem Änderungsantrag verzeichnet haben. Und natürlich ist das ein sportliches Ziel jetzt da rein zu schreiben: 15. November. Wir können das auch gerne verlängern, wenn Sie sagen: Nein geht nicht, funktioniert nicht. Aber viel schlimmer ist, wir wissen noch gar nicht, Sie haben zwar gesagt, wir sollen nicht über die Folgewirkung reden aber das interessiert uns natürlich alle. Wie sieht es denn aus im Haushalt? Und betreiben wir wirklich Haushaltskonsolidierung oder betreiben wir nur Umschuldung? Weil Haushaltskonsolidierung bedeutet ja, ich müsste in die Struktur des Haushaltes eingreifen. Sie haben ja die Ursachen richtig benannt, warum wir in diese Situation gekommen sind und nicht alleine nur gekommen sind, sondern ein Stück Verantwortung dafür trägt, wie Sie richtigerweise vorgetragen haben, auch das Land Sachsen-Anhalt. Und man könnte sogar sagen der Bund, weil in dem Aufgabenpool des übertragenen Wirkungskreises sind ja vorwiegend Aufgaben, die wir vom Bund übertragen bekommen haben und dort haben wir zum Großteil den Nachschlag, der uns abwirkt,

sozusagen in den Realsteuerverwendungsmöglichkeiten, die Sie ja hier gut dargestellt haben. Dort müsste man ansetzen. Da haben wir aber leider nichts vorliegen.

Deswegen auch unser Wunsch so schnell wie möglich den Haushalt erstmal vorzulegen, zu mindestens mit den Eckdaten, die Ihnen bekannt sind, wie wir es bisher immer gehandhabt haben, dass im September ein solcher Entwurf vorlag. Danach hat die Stadtverwaltung regelmäßig im Zuge der Haushaltsdiskussion immer noch Änderungen eingepflegt und die Stadträtinnen und Stadträte durch entsprechende Änderungsanträge in der Schlussberatung dazu beigetragen, dass der Haushaltsentwurf nochmal abgeändert wurde. Das ist auch gar nichts schlimmes, das ist völlig normal. Und wenn wir es nicht schaffen die Gespräche mit den politischen Entscheidungsträgern in diesem Land, damit meine ich sowohl die im Landtag, als auch die Landesregierung, dazu bringen ihre Verantwortung wahrzunehmen, da müssen wir halt mit denen darüber reden und jawohl auch über die zeitlichen und materiellen Rahmenbedingungen, wann es dann möglich ist diesen Prozess anzustoßen. Das wir das in fünf Jahren nicht hinkriegen ist doch völlig okay. Da sind wir d'accorde.

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim, ich muss Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Herr Dr. Meerheim

Okay, dann höre ich auf, andere haben ja auch noch was zu sagen. Danke.

Frau Müller

Vielen Dank. Herr Dr. Thomas.

Herr Dr. Thomas

Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung schließt zeitgleich zu unserer Sitzung hier ein Doppelhaushalt, mit dem sie die Notreserve des Landes in Höhe von 200 Millionen Euro in zwei Jahren aufgebraucht haben möchte. Gleichzeitig macht der Landtag ein Gesetz, dass uns dazu zwingt, die vielleicht größte Umschuldungsaktion auf kommunaler Ebene in der Geschichte Sachsen-Anhalts innerhalb kurzer Zeit durchzuführen. Was ich schon sehr ärgerlich finde ist, dass die Parteien die im Landtag sich diesen Zuschlag gönnen, den Kommunen des Landes eine sehr, sehr harte Diät, ein Sparprogramm verordnen. Dennoch und wirklich schweren Herzens würde ich für unsere Fraktion das Konsolidierungsprogramm unterstützen, weil es nämlich auch den Einstieg in eine Konsolidierung ermöglicht. Wir können in 30 Jahren tatsächlich 220 Millionen Euro Schulden zurückgezahlt haben und unseren Schuldenberg abgebaut haben, wenn und da würde ich mal Greta zitieren: Wenn wir in der Lage sind unsere eigenen Hausaufgaben zu machen. Die Jugend, der wir die Schulden für die nächsten 30 Jahre auflasten, wird uns das nur verzeihen, wenn wir selber in der Lage sind einen Haushalt und viele Haushalte in der Zukunft zu verabschieden, mit denen wir tatsächlich die Vorgaben des Konsolidierungsprogrammes auch erfüllen können. Dankeschön.

Frau Müller

Dankeschön. Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben das Thema in den Ausschüssen ja breit diskutiert. Der Sinneswandel mancher Fraktionen ist schon sehr erstaunlich, wo sie in den Ausschüssen noch abgelehnt haben. Aber das ist eine andere Diskussion. Die Analyse, sagte Herr Dr. Meerheim schon, ist in Ordnung. Wir bekommen vom Land zu wenig Geld für die Aufgaben, die wir zu erfüllen haben. Das Konsolidierungsprinzip wird nicht eingehalten. Aber, das man an der Stellen auch sagen: Wo kommen denn die Schulden her, die die Stadt Halle hat? Die sind nicht innerhalb eines Jahres vom Himmel gefallen. Die haben sich über viele Jahre

aufgetürmt, weil eine Konsolidierung an der Struktur des Haushaltes einfach nicht stattgefunden hat. Wenn man das mal vergleicht mit anderen Städten, schauen Sie mal nach Leipzig, im Rahmen der Metropolregion, die haben ein deutlich größeres Haushaltsvolumen, von reichlich 1,8 Milliarden, kommen aber mit dem Kassenkreditvolumen im Kernhaushalt von 200 Millionen hin. Wie machen die das? Oder schauen Sie unter gleichen landesgesetzlichen Gegebenheiten in die Landeshauptstadt nach Magdeburg. Die haben einen ungefähr gleich großen Haushalt, die haben nur 140 Millionen Kassenkredit. Es geht dort auch. Insofern müssen wir uns auch selber als Stadt hinterfragen: Was machen wir falsch? Wir können nicht immer nur mit dem Finger aufs Land zeigen. Das ist auch richtig, weil wir zu wenig Geld bekommen aber es ist nicht die alleinige Ursache. Das als ersten Punkt.

Das führt dann natürlich zu der Frage, die wir in den Ausschüssen diskutiert haben und wo auch in der Arbeitsgruppe leider gar nichts dazu gesagt wurde, wir müssen ja auch im Rahmen dieser Umschuldung, was ja nur ein verschieben der Schulden in die Zukunft ist letztendlich, Zinsen zahlen und Tilgung zahlen. Und das wären dann pro Jahr ungefähr 8,8 Millionen sein, am Anfang. Wo im Haushalt soll dieses Geld eingespart werden? Dazu gab es bislang keine einzige Aussage. Nichts. Und einfach aus diesem einfachen Grund heraus ist dieses Konzept in der Form nicht beschlussfähig. Und ich hätte mir gewünscht, dass wir auch in der Arbeitsgruppe, in den Ausschüssen, auf diese Fragen Antworten bekommen hätten.

Dann sind wir bei dem Punkt: Gespräche mit dem Land. Die sind natürlich notwendig, das Land sollte sich richtigerweise daran beteiligen an der Haushaltskonsolidierung. Die Gespräche werden natürlich nicht von heute auf morgen erledigt sein. Das ist ein langfristiger Prozess. Umso schöner wäre es gewesen, wenn wir seit Januar eine Arbeitsgruppe gebildet hätten, um auch im Gespräch mit den Fraktionen dieses wichtige Thema zu bearbeiten und nicht hier so eine Ad hoc Aktion starten zu müssen. Also, ich denke, eine Fristverlängerung bis Jahresende wird da durchaus notwendig sein.

Und zuletzt hätte ich noch eine Frage zum diesjährigen Haushalt. Wir haben im Finanzausschuss den Controllingbericht bekommen. Wir liegen deutlich im Minus, mit einem zweistelligen Minusbetrag. Da interessiert mich: Bekommt die Kämmerei das bis zum Jahresende ausgeglichen und wenn ja, wie? Werden wir dann demnächst eine Haushaltssperre bekommen oder wird das durch andere Maßnahmen möglich sein, das wieder auf plus minus Null zu bringen? Vielen Dank.

Frau Müller

Herr Geier bitte.

Herr Geier

Der Punkt eins war, nicht immer auf das Land zeigen, da haben Sie das Beispiel gebracht von Leipzig. Also, es gibt da viele Aspekte aber ich greife einfach mal einen raus, wo es grundlegende Unterschiede gibt zwischen Leipzig/Sachsen und Sachsen-Anhalt. In Sachsen wird beispielsweise der kommunale Bereich über das kommunale Finanzausgleichsgesetz an der jeweiligen Entwicklung der Steuereinnahmen beteiligt. Das heißt also, fließen dort viele Steuern ins Land, dann geht das anteilig in den kommunalen Bereich. In Sachsen-Anhalt ist das so, dass die Finanzmasse steht, unabhängig davon wie sich wirtschaftlich was entwickelt. Und im Übrigen, das ist auch ein ganz zentraler Punkt, über den man schon Reden muss, wenn das FAG ab dem Jahr 2021 neu zu definieren ist. Also, da gibt es verschiedene Punkte die man da machen kann. Und bei der Frage, das will ich vielleicht nochmal verdeutlichen, wie man sich da beteiligt. Es ist ja so, dass man die Mitwirkungs- und Anhörungsrechte alle nutzt. Also, wenn es gesetzliche Änderungen gibt, dann wird natürlich der kommunale Bereich befragt und dann wird auch die Stadt Halle befragt als größte Stadt im Land. Aber die Frage ist, was dann mit diesen Stellungnahmen passiert. Und im

verschwinden geringen Teil fließt dann eine Stellungnahme oder eine Sichtweise der Stadt Halle oder verschiedener anderer Städte in den entsprechenden Gesetzestext ein. Dann zu der Frage, wo die Schulden herkommen. Da lade ich Sie mal ganz herzlich ein, dass wir uns die Jahresabschlüsse angucken der Jahre 1993 bis 2003. Ja, das können wir mal machen. Mehr will ich dazu nicht sagen. Da liegt auch eine Ursache. Da gibt es auch Rahmenbedingungen und Gründe natürlich aber das ist eine Sache, die jetzt natürlich nicht allein, was weiß ich, in den letzten 7/14 Jahren passiert ist.

Konsolidierungsbeiträge: Wenn ich werbe um einen neuen Blick auf Konsolidierung, dann muss man sich vor Augen führen, was die Stadt Halle für eine Konsolidierung hinter sich hat. Und die Verwaltung und Sie machen doch keine, oder ich weiß es nicht, aber normalerweise ist es doch so, dass man Konsolidierung macht, um nachhaltig was zu erreichen. Also das heißt, dass man dann, wenn man bestimmte Konsolidierungsmaßnahmen umsetzt, auf einem guten stabilen Weg ist. Und niemand im Land kann der Stadt Halle vorwerfen, dass sie das über die ganzen Jahre nicht versucht hat. Ja, also ich führe Ihnen nochmal vor Augen, dass wir im Jahr von 2002 bis 2012 insgesamt 147 Millionen konsolidiert haben. Ich darf mal daran erinnern, dass der Personalbestand von 12.000 Beschäftigten auf 2.700 zurück ging in den letzten 30 Jahren. Können wir ja mal gucken beim Land, wie da die entsprechenden Änderungen im Landespersonal waren. Nur mal als ein Indikator.

Also das heißt, Konsolidierung muss Sinn machen und es muss nachhaltig sein und ich sehe einfach die Gefahr, wenn man eine Konsolidierung hinter sich hat, wie die Stadt Halle, übrigens immer auch mit negativer Außenwirkung für die Stadt, dann ist doch die Frage, ob man jetzt vorausschauend wieder bestimmte Maßnahmen zur Disposition stellt und das sind bei 200 Millionen gravierende Maßnahmen. Das ist schon wieder ein vorausseilenden Gehorsam gemacht. Und jetzt denken wir das theoretisch weiter, dass dann umsetzt und in fünf bis sieben Jahren ist plötzlich die laufende Verwaltungstätigkeit wieder nicht mehr ausgeglichen. Also das heißt, ich kann doch dieses Rad nicht, sage ich mal, ewig so weiter drehen. Sondern es gibt irgendwann eine Untergrenze und da verweise ich auch nochmal auf die Aussage von Prof. Kluth, der auch in den Arbeitsgruppen mitgeteilt hat, also praktisch eingespeist hat, was sich im Moment im Bereich der Gerichte tut. Also der Gerichte, die die unterschiedlichen Kommunalrechtstreitigkeiten zu verhandeln haben. Das heißt also, dort ist schon eine Bewusstseinsänderung da. Das ist zwar auf der einen Seite eine Aufgabenerfüllung von Bundes- und Landesaufgaben geben muss aber das ist auf der anderen Seite den Städten auch nicht kommunale Spielräume, freiwillige Aufgaben, lebenswerde Entscheidungen, oder Entscheidungen, die eine Stadt lebenswert machen, verwehren darf. Und das muss man einfach auch an der Stelle berücksichtigen.

Zu dem Haushalt 2019, Controllingbericht, das ist eine Stichtagsbetrachtung. Das heißt also, da haben wir, wie das auch schon erörtert worden ist, immer unterschiedliche Fälligkeiten. Das kann also dann 10 Tage später, wenn beispielsweise Landeszuweisungen kommen wieder anders aussehen. Aber Sie haben natürlich Recht, dass das kontrollt werden muss und das wir bis zum Jahresende durch entsprechendes Verwaltungshandeln versuchen in unserem Budget zu bleiben.

Frau Müller

Gut, ja. Kleinen Moment. Wir haben hier wirklich ein Tonproblem. Das Fiepen ist wirklich nerv tötend. Das halte ich hier vorne auch nicht mehr lange aus. Ich weiß, ich habe auch schon gesehen, dass jemand unterwegs ist. Das ist jetzt auch kein Vorwurf. Jetzt geht das Mikro, doch jetzt geht es wieder. Beamer, Kamerateam, ich weiß es auch nicht. Ich kann es nicht ausfindig machen. Gut, ich denke, wir haben kompetentes Fachpersonal, das sich darum kümmert. Dann würde ich in der Rednerliste weitergehen. Jetzt ist Herr Wolter dran. Entschuldigung. Herr Wolter, Herr Scholtyssek wollte direkt darauf reagieren. Ist das Okay? Danke.

Herr Scholtyssek

Ist auch ganz kurz. Herr Geier, es ist wie in den Ausschüssen, egal welche Fragen wir Ihnen stellen, wir bekommen immer die gleichen Antworten. Ich hatte gefragt: Wo im Haushalt sollen die 8,8 Millionen herkommen? Zinsen und Tilgung? Sie schlagen uns dieses Modell vor. Wir sollen das heute beschließen und Sie sagen uns nicht, wie sie das im Haushalt einsparen wollen. Das ist unseriös. Und der zweite Punkt zu dem Controllingbericht. Ich habe Sie jetzt so verstanden, Sie schließen es also aus, dass in diesem Jahr noch eine Haushaltssperre erlassen werden muss?

Frau Müller

Vielen Dank. Dann jetzt Herr Wolter.

Herr Wolter

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Geier, wir sind ein bisschen unsicher. Das ist schon, was Herr Scholtyssek sagt, so ein bisschen das wesentliche. Da gibt es einen spontanen Aufruf innerhalb von zwei Tagen zu einer Arbeitsgruppe, nachdem wir im Finanzausschuss, sage ich mal, doch schon Tacheles geredet haben. Da wird dann sozusagen aus dem Hut gezaubert von Ihnen oder von Frau Ernst oder von Herrn Oberbürgermeister, ich weiß es nicht, dass man sich doch schnell zusammensetzen könnte in zwei Tagen, wo Sie erwarten und ich finde das auch in der Wertschätzung uns gegenüber schwierig, dass wir sofort alles stehen und liegen lassen, was wir auch an arbeitsrechtlichen Verträgen oder Verpflichtungen haben. Ich wünsche sozusagen da auch, dass wissen Sie, wir haben ja da eine Regelung, eine Geschäftsordnung, das es da irgendwelche Fristen gibt. Anscheinend haben es Kollegen geschafft, dabei teilzunehmen. Was ich höre, ist aber, dass Sie selbst in diesen Runden keine Antworten geben. Also selbst in der internsten Form, in einer Arbeitsgruppe, gibt es sozusagen eine Diskussion und Kritik und ich weiß jetzt nicht, wie Sie es schaffen, Hauptsache Halle findet das anscheinend gut oder ich wundere mich, dass wir jetzt nach der letzten Sitzung, Herr Oberbürgermeister, heute unverändert dieses Papier hier als Beschlussvorlage haben und Sie sind dann noch irgendwie so drauf: Das ist seriös. Also, Frau Ernst, ich weiß es auch nicht, wie die Taktik dahinter ist. Das ist kein, noch einmal für die Bürgerinnen und Bürger, für Sie Herr Oberbürgermeister, das ist kein Konsolidierungskonzept. Das ist ein Umschuldungspapier. Und was Sie jetzt gemacht haben, Herr Geier, nochmal beschrieben, was es dafür für Varianten gibt, für Abwägungsmöglichkeiten, das ist ja nicht mal abgebildet in dem Beschlussvorschlag der Verwaltung. Also, wir würden jetzt so eine Art von Blanko, wenn wir dann sozusagen, wie Hauptsache Halle das erklärt hat, irgendwie das unterstützen, wir wissen gar nicht, ob das jetzt 20, 30, 40, vielleicht auch mehr, 50 Millionen Euro kosten würde, in irgendeiner Form dieses Paket zu unterzeichnen. Also, das erwarten Sie doch nicht ernsthaft von uns? Was wir jetzt sozusagen versucht haben anzuregen, deswegen bin ich ja der Meinung und Herr Oberbürgermeister hat das manchmal gezeigt, dass man sagt, wir wollen hier konsensual mit einer großen Mehrheit in die Haushaltsverabschiedung, in die Haushaltsberatungen gehen. Das ist auch wichtig gegenüber dem Land. Deswegen haben wir gemeinsam mit den anderen Fraktionen gesagt, wir wollen hier einen Dringlichkeitsantrag einbringen und das ist ein Angebot auch an Sie, Herr Geier, um sozusagen dort einen Prozess überhaupt möglich zu machen, nämlich, nicht nur innerhalb von zwei Tagen miteinander zu sprechen, sondern bestimmte Themen aufzurufen gegenüber dem Land. Was Sie machen, ist uns eine Vorlage zu bringen und unverändert nochmal mit einem Rechtsgutachten. Da sage ich, auch zu Ihnen, Herr Oberbürgermeister, wenn Sie dieses Rechtsgutachten zu einer Haushaltsgenehmigung vorgelegt hätten, dann hätten wir sehr hart diskutiert. Wir hätten nämlich diskutiert, ob wir diese Haushaltsgenehmigung akzeptieren mit der Auflage. Dann hätten Sie nämlich Munition gehabt, zu sagen: Nein, wir beanstanden, wir geben das zurück, wir geben die Kritik zurück, weil wir akzeptieren diesen Punkt nicht. Wir haben es aber akzeptiert, alle hier im Rat, im alten Rat, sage ich dazu, wir haben akzeptiert, dass wir diese Auflage haben. So und jetzt wollte ich nur sagen, was wir jetzt tun, ist ein Kompromiss und ich sage Ihnen mal zwei Beispiele: FAG, Sie kennen das sicher besser als ich, da gibt es ein

Entschuldungsprogramm, da gibt es einen Ausgleichsstock, das ist alles kein Thema hier drin. Also wir haben auch verschiedene Möglichkeiten auch innerhalb des FAG, das Land zu verpflichten, zu fragen, zu beantragen, uns zu unterstützen, wenn Sie denn so erklären, dass wir unterfinanziert sind.

Und das Wichtigste, Herr Scholtyssek, Sie haben es gesagt, wer sowas vorlegt und gleichzeitig von uns erwartet, dass wir die acht Millionen jetzt einfach akzeptieren, ohne uns gemeinsam hier politisch zu bekennen, wie wir diese acht Millionen zukünftig bezahlen, oder vier Millionen nächstes Jahr, das finde ich nicht seriös. Und ich verstehe es auch nicht, warum Sie das heute wieder vorbringen und nicht, das ist meine Erwartung gewesen an Sie, Herr Geier, dass Sie sagen: Okay, wir haben gemeinsam einen Prozess jetzt begonnen und wir ziehen unseren Antrag zurück, weil wir sprechen inhaltlich nicht gegen Ihre Richtung. Wir ziehen unseren Beschlussvorschlag zurück, wir treten jetzt hier dem Dringlichkeitsantrag bei und wir beginnen jetzt hier gemeinsam konsensual im Prozess eine Lösung herbeizuführen. Das wäre meine Erwartung gewesen.

Frau Müller

Herr Eigendorf, bitte.

Herr Oberbürgermeister

Halt, Herr Geier noch.

Frau Müller

Herr Geier, bitte.

Herr Geier

Herr Wolter, es geht darum, den Weg zu klären und dann Konsolidierung zu machen. Also Einzelmaßnahmen. Und warum sage ich das? Unser Vorschlag ist mangels Erlasslage beim Land auf 30 Jahre mit sieben Millionen plus Zinsen. Das ist unser Vorschlag und jeder der die Konsolidierungsprozesse in Halle kennt, der weiß, oder sagen wir es mal so, ich kann mich erinnern, als wir mal eine Vorlage hatten, wo es um 5 Millionen ging, was da für Diskussionen waren und zum Schluss kamen 3 Millionen raus, also die dann tatsächlich beschlossen wurden. Das muss man ja einfach nochmal von dem realen zeitlichen Aspekt berücksichtigen. So, und diese Vorgehensweise steht jetzt quasi, der steht gegenüber eine Konsolidierungspflicht, die uns aufgedrückt werden kann und die möglicherweise, zumindest hat man da verschiedene Äußerungen von der Kommunalaufsicht gehört, bei fünf Jahren und damit 50 Millionen liegt. Sie haben doch bei 50 Millionen ein ganz anderes Problem, also das sind beides Probleme, das ist ja schon klar. Aber bei 50 Millionen ist doch die Problemlage noch mal eine ganz andere wie bei 7 oder 8 Millionen. Und bei 50 Millionen pro Jahr, ja, da muss man mal drüber nachdenken oder da steht ja dann auch die Forderung möglicherweise von der Kommunalaufsicht im Raum, diesen Beschluss, aus dem kommunalen Vermögen nichts zu verkaufen, aufzuheben. Ich weiß nicht, wer das hier will.

Also das heißt, es geht um den Weg. Und das sozusagen die Summe, um die es da jährlich geht, für uns, Verwaltung und Stadtrat und Stadt quasi händelbar ist. Und bei der anderen Variante, wie im Moment die Sachlage ist, sehe ich das einfach nicht. Dann bei der Frage des Fixings, es ist indikativ. Und ich mache jetzt einfach mal ein Beispiel an Jeden, der eine Eigentumswohnung besitzt oder ein Haus. Er sucht sich das aus und sagt: Dieses Haus kaufe ich. Und in dem Moment, wo er diese Entscheidung trifft, hat er aber den Kredit bei der Sparkasse oder der Bank noch nicht im Sack, Entschuldigung. Also das heißt, noch nicht fix, sondern da vergeht ein bestimmter Zeitraum X, weil man nämlich bei der Bank verschiedene Unterlagen vorlegen muss, Einkommensnachweise tralala bis Sicherungsfragen und so weiter und so fort. Und hier ist es genauso. Das heißt also, in der Einführung ist vorgestellt worden, dass wir eine Vorbereitungs- und Vermarktungsphase haben. Das heißt also, wo wir zwar jetzt indikativ sagen, so im Moment 0,9 bei 200 Millionen und 30 Jahren und wo aber in

der konkreten Fixingphase dann natürlich die jeweils geltenden Marktbedingungen festgelegt werden, so wie bei Ihnen privat im Hauskredit. Und deshalb kann das nur im Moment ein indikativer Vergleich sein.

Frau Müller

Gut, Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Konzept, das die Verwaltung hier vorgelegt hat, bewegt sich ja nicht im luftleeren Raum. Für uns ist klar, dass das Konzept oder der gesamte Plan, den wir haben bezüglich des Schuldenabbaus, sich an einem Dreieck ausrichten muss. Das besteht aus dem berechtigten Interesse die Schulden abzubauen, aus der Generationengerechtigkeit und die Frage, wie gehen wir mit zukünftigen Generationen in Bezug auf die Schulden um. Aber auch mit der Frage, wie erhalten wir in unserer Stadt die Lebensqualität. Zudem müssen wir uns, Herr Geier hatte das bereits angesprochen, und ich habe zumindest von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern nichts Gegenteiliges gehört, wir müssen mit dem Land ins Gespräch kommen und da eine Lösung finden.

Wir als SPD-Fraktion glauben, dass das vorliegende Konzept in diesem gerade beschriebenen Dreieck eine gute Sache ist, einen Ausgleich findet und wir können damit leben. Klar ist natürlich auch, dass noch Fragen offen sind. Das haben wir diskutiert in den Ausschüssen, das haben wir diskutiert in der Arbeitsgruppe. Unserer Meinung nach ändert aber die Tatsache, dass es noch offene Fragen gibt, die wir miteinander diskutieren müssen, nichts daran, dass die Alternativen zu dem jetzt vorgeschlagenen Vorgehen durch die Verwaltung allesamt Alternativen sind, die aus unserer Sicht für unsere Stadt nachteiliger sind, als das, was jetzt vorliegt. Man könnte überlegen, dass man, das wurde ja auch schon andiskutiert, bei den freiwilligen Leistungen kürzt. Das ändert an dem Grundproblem, das sagt ja auch das Gutachten von Professor Kluth, nicht viel. Es würde nur dazu führen, dass der freiwillige Bereich, das, was unsere Stadt lebenswert macht, verschwindet. Wir haben einen Kahlschlag im Sport-, Kultur- und Sozialbereich. Die Schulden werden irgendwann wieder aufwachsen und damit haben wir nicht viel gewonnen. Das können wir nicht wollen, das werden wir nicht mitmachen. Eine andere Möglichkeit wäre und hier haben wir ja auch schon vor einiger Zeit einen Beschluss im Stadtrat gefasst, dass wir das nicht tun wollen, nämlich den Verkauf von kommunalem Eigentum. Auch das würde natürlich erstmal die Schuldenlast drücken, die wir derzeit haben, im Nachhinein aber dazu führen, dass wir als Stadt Handlungsmöglichkeiten verlieren und jede Stadt, die Eigentum verkauft hat, hat es irgendwann bereut.

Deswegen ist für uns klar, dass dieser Weg der ist, den auch wir präferieren. Die Diskussion gerade, die Abstimmung, die wir bereits hatten, haben mir aber schon gezeigt, dass die Vorlage hier keine Mehrheit finden wird. Wir halten das für problematisch, weil das mehr Fragezeichen hervorruft in Bezug auf den Plan des Schuldenabbaus aber auch in Bezug auf den Haushalt das kommende Jahr. Deswegen halten wir grundsätzlich, um bei einer sehr wahrscheinlichen Ablehnung dieses Vorschlages in einem geregelten Verfahren zu bleiben, in einem Haushaltsverfahren, was dazu führt, dass wir im Januar einen genehmigten Haushalt bekommen, den Dringlichkeitsantrag dann für einen guten Kompromiss. Und würden für den Fall, dass die Vorlage abgelehnt wird, dem Dringlichkeitsantrag zustimmen. Vielen Dank.

Frau Müller

Und Herr Feigl, bitte.

Herr Feigl

Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, Herr Geier, es ist interessant und man kann sehr gut mitgehen mit Ihrer Analyse, die Sie bringen und mit der Forderung von den Ursachen,

also nicht über die Auswirkungen als erstes zu sprechen, sondern über die Ursachen zuerst zu sprechen und diese anzugehen, um das strukturelle Problem, was wir offensichtlich haben in dieser Stadt, um dieses anzugehen. Sie sprechen von Nachhaltigkeit, das kann ich voll und ganz unterstützen. Aber dann werde ich ratlos, weil ich sehe, dass am Ende an diese Ursachen im Grunde genommen an die nicht herangegangen wird mit dem, was Sie uns vorschlagen. Es ist im Grunde genommen ein Akzeptieren des Status quo mit einer Streckung des Zeitraumes. Mehr legen Sie uns im Moment nicht vor.

Wir sind der Auffassung, dass wir, wenn wir dieses grundlegende strukturelle Problem nicht wirklich angepackt kriegen, wenn wir nicht wirklich einen Dialog mit Land und Bund so hinkriegen, dass wirklich die Kommunen so ausgestattet werden, dass sie wirklich auch ihre Aufgaben erfüllen können, das wir dann immer wieder diesem Problem hinterher laufen werden. Das haben Sie in Ihrer Analyse genauso drin, aber wir kriegen es mit dem Vorschlag, den Sie aufgezeigt haben, kriegen wir es nicht gebackten. Von daher unser Vorschlag: Zunächst einen Haushalt aufzustellen, in den Dialog zu gehen mit dem Land, mit dem Bund und um diese Ausstattung der Kommunen, um diese sicherzustellen. Das muss die vordringlichste Aufgabe sein und dann können wir uns über das Wie unterhalten, dann können wir uns irgendwann über Zinssätze unterhalten oder um Streckung auf 30 Jahre, oder auch auf 20 oder 50, in den verschiedenen Ausführungen. Aber bevor wir doch nicht das grundlegendste geklärt haben, rennen wir den Problemen doch immer wieder hinterher. Von daher unser Werben, wir haben einen Vorschlag für ein Verfahren jetzt erstmal gemacht, dass wir ein Stückchen Zeit gewinnen in dieser Sache und vor allem, dass wir in den Dialog reingehen. Das sollte die vordringlichste Aufgabe sein, danke.

Frau Müller

Herr Geier, bitte.

Herr Geier

So, ich möchte jetzt hier nochmal vielleicht zur Einordnung vorausschicken, dass ich hier meinen Vortrag nicht so aufbaue, meine Argumentation, dass das Land der Buhmann ist. Also, dass das da nicht in den falschen Hals kommt. Aber die Frage ist doch, ob man das Land und Bund so einfach macht und selbstredend wiederum eine Konsolidierungsrunde dreht. Und diese Frage, die muss man sich doch jetzt mal stellen, bei all dem, was in den letzten 30 Jahren hier Konsolidierungsmäßig hier in der Stadt passiert ist. Und jetzt kommt noch eine ganz aktuelle Entwicklung hinzu, nämlich, ich könnte, oder die Verwaltung, wir können uns nicht nur stützen auf Professor Kluth, sondern wir können uns auch auf eine ganz prominente Kommission stützen, das ist nämlich die Kommission gleiche Lebensverhältnisse. Und die kommt zu demselben Ergebnis. Und die führt sogar namentlich aus, lesen Sie es nach, dass Halle in dieser Betrachtung deshalb Schlusslicht ist, weil, oder mit zu den Schlusslichtern gehört in dieser Betrachtungsweise dieser Studie, weil die Sozialstruktur und die wirtschaftliche Struktur nicht zusammen kommen. Das heißt also, jemand, der schwierige soziale Verhältnisse hat, braucht eine Unterstützung, sonst schafft er das nicht alleine. Das steht da drin und da ist auch die klare Empfehlung, kann man nachlesen, von der Kommission an die Länder und an den Bund entsprechend zu unterstützen und es gibt sogar eine Absichtserklärung des Bundes, dass er eine Milliarde rein gibt, wenn die Länder sich bereit erklären, etwas zu tun. Und da kann man doch ansetzen. Das ist doch ein ganz entscheidender Punkt.

Und jetzt komme ich nochmal zu der Frage von Kurzfristigkeit oder Zeiträumen. Ich kann diese grundsätzlichen Themen, also die Ursache, nicht kurzfristig klären, sondern ich muss sie klären in dem Moment, wo bestimmte gesetzliche Regelungen wieder zur Änderung anstehen. Wer von Ihnen war eigentlich dabei, als das Unterhaltsvorschussgesetz geändert worden ist? Ach doch, das ist ein sehr gutes Beispiel. Weil, da ist der Personenkreis quasi verdoppelt worden und wie das sozusagen in der kommunalen Hand gemanagt wird, das war doch nirgends im Fokus. Und das beispielsweise auch die Kommunalverwaltungen nicht

nur von den Leistungszahlen mit abfedern müssen, da gibt es Gelder vom Bund und vom Land, aber das vor allen Dingen administrativ das abzufedern ist. Ja, und dann gibt es hier ständige Diskussionen, zu viel Personal. Aber das man durch solche Entscheidungen zusätzliches Personal braucht, um überhaupt diese Menge abzuarbeiten, also ich kenne da zum Beispiel keine Diskussion und Rückkoppelung in den kommunalen Bereich. So und das meine ich damit. Also das heißt, wenn es bestimmte gesetzliche Änderungen gibt, das man da rangeht und der Zeitpunkt dafür ist sehr gut. Es ändert sich in Sachsen-Anhalt das FAG, es gibt die eine oder andere Änderung von Landesgesetzen, die da am Köchern ist. Weiß ich nicht im Einzelnen. Es ändert sich die Finanzausstattung oder die Finanzbeziehung der Bundesrepublik Deutschland zur EU. Da ist wahnsinnig viel in der Veränderung. Die Länder müssen den nationalen Schuldenpakt durchdrücken, es gibt jetzt also quasi, wenn man sich das bundesweit mal anguckt, das passiert dann teilweise so, dass Länder, also jetzt ausdrücklich nicht Sachsen-Anhalt, aber das Länder dann einfach Aufgaben kommunalisieren. Dann ist sozusagen das Thema raus beim Land, beim Landeshaushalt. Ja, also das heißt, es ist eine Situation, wo man da schon ansetzen kann und quasi mal mit dieser anderen Brille Argumente herleitet und findet und die dann entsprechend einspeist.

So und jetzt komme ich zurück auf die Zeitschiene. Das ist nicht, das hängt sozusagen von dem Ereignis einer Gesetzesänderung ab und nicht von der Frage, ob ich dafür sechs Wochen Bearbeitungszeit kriege oder zwei Monate oder so, das spielt da keine Rolle. Und insofern läuft quasi diese Fristsetzung, also damit erreicht man nicht das, was eigentlich notwendig ist.

Frau Müller

Gut, wir machen weiter Herrn Dr. Thomas.

Herr Dr. Thomas

Also nur ganz kurz. Wir beschließen heute, wenn wir es beschließen, dass der OB einen Haushalt vorlegen soll, bei dem das Konsolidierungskonzept berücksichtigt werden würde. Das halte ich für ein sinnvolles Verfahren, steht natürlich auch jeder anderen Fraktion frei, jetzt schon Sparvorschläge in den Raum zu bringen, aber sinnvoll wäre das, glaube ich, nicht. Dann eine kurze Bemerkung, liebe Kollegen Herr Scholtyssek, Herr Wolter, ich halte Sie für zwei ganz großartige Kollegen und es wäre nett, wenn Sie mir die gleiche Fairness ab und zu auch wiedergeben würden. Ich freue mich natürlich nicht über ein Konsolidierungskonzept, ganz klar, ja. Und eine technische Anmerkung noch, ich sehe den Änderungsantrag gerade nicht im Session, wenn er dann wieder verfügbar wäre, wäre das schön, dann würde das vielleicht für die Abstimmung auch eine Rolle spielen. Danke schön.

Frau Müller

Herr Dr. Thomas, der steht unter 9.25. Da müsste, ist nicht, okay, gut, dann muss mal wer anders, doch steht unter 9.25. Gut, wir machen weiter mit Herrn Raue.

Herr Raue

Tja meine Damen und Herren, was hier so heute gesprochen wird von Ihnen, möchte man meinen, die Haushalte, die Sie beschlossen haben in den zurückliegenden Jahren, da wären Sie nicht dabei gewesen. Aber ich will Sie erinnern, die haben Sie so beschlossen. Und dem Herrn Wolter ging es sicher immer darum, möglichst viel Geld für freischaffende Künstler aufzuwenden, die SPD möchte jetzt Haltestellendächer begrünen, sehr sinnvoll und 2018, glaube ich, hat der Stadtrat hier gegen die Stimmen der AfD eine Resolution verabschiedet, wo wir uns über die Zuweisung weiterer aus Seenot geretteter Flüchtlinge bewerben. Sie können jetzt Glück haben, Horst Seehofer hat das gemacht, was er immer macht, er ist umgekippt, entgegen seinen Verlautbarungen zur Wahl, aber das tut jetzt hier nichts zur Sache. Er ist jetzt bereit, mehr Flüchtlinge aufzunehmen und Sie meine Damen und Herren beklagen jetzt, dass wir kein Geld in der Stadtkasse haben und rufen aber die ganze Zeit immer: Wir müssen solidarisch sein mit Afrika, mit Arabien und wir müssen die Leute hierher

nach Deutschland holen und sie hier versorgen. Ich habe Ihnen schon häufig gesagt, 50 Millionen Euro könnte eine Stadt wie Halle einwohnermäßig, größenmäßig, jedes Jahr mehr aus dem Bundesbudget erhalten, über Landesverteilung und dergleichen, wenn es diese massive Zuwanderung in unsere Sozialsysteme nicht gegeben hätte. 20 Milliarden Euro jedes Jahr, dividieren Sie das mal oder setzen Sie das mal in das Verhältnis zum Anteil der Einwohnerschaft Halles an der Bundesrepublik Deutschland, da kommen Sie auf diese 50 Millionen, habe ich Ihnen schon oft erzählt.

Was ich beim OB nicht verstehe ist, dass er in der Einwohnerfragestunde eine Antwort gibt, dass die Haushalte deswegen so hohe Kassenkredite aufgebaut haben, weil viele Ausgaben nicht ko-finanziert sind, nicht ausreichend sind seitens des Bundes und insbesondere auch die Flüchtlingskrise die Stadt Halle in eine Spannung versetzt hat. Ich wusste das immer, aber mir haben Sie das nie so beantwortet, wenn ich Sie gefragt habe. Das gehört auch zur Ehrlichkeit dazu und auch für uns alle gilt endlich mal zu signalisieren, dass wir hier am Ende sind. Das wir nicht mehr helfen können, als wir bisher geholfen haben. Die besten Jahre, wir sind in einer Hochphase der Konjunktur, die bricht jetzt zusammen, die besten Jahre hat weder Sachsen-Anhalt noch der Bund und auch erst recht nicht die Stadt Halle zur Haushaltskonsolidierung genutzt. Jetzt haben wir einen gewissen Zwang ein Konzept vorzulegen. Die Frage ist doch, die wir uns auch stellen müssen, was wäre denn, wenn es dieses Konzept oder diesen Zwang vom Landesverwaltungsamt, wenn es den nicht gäbe, wenn man also so weiter wirtschaften dürfte, weiter Kassenkredite aufbauen, auch wenn sie in den letzten zwei Jahren etwas abgebaut haben. Aber was wäre denn, wenn wir jetzt nicht dazu verdonnert werden würden von einer Landesbehörde? Dann würde vielleicht in zehn Jahren der Markt sagen: Passt auf, uns als private Kreditgeber gefällt das, wenn Halle hochverschuldet ist, weil wir setzen euch jetzt mal die Zinsen hoch. Weil wir haben das im Konsolidierungsentwurf, Konzeptentwurf, den Namen Konzept, nehmen Sie es mir nicht übel, lieber Herr Geier, den verdient es jetzt so richtig nicht, aber ich sehe das ein Stück weit mit meiner Fraktion so, dass sehr viele Alternativen, wirtschaftliche Alternativen für uns als Stadt nicht verbleiben, ja, auch wenn wir handlungsfähig bleiben wollen. Aber, wenn der Markt uns irgendwann sagt: Wir setzen den Zins auf 3 oder 4 % hoch, dann stehen wir hier natürlich genauso da, wir müssen das dann genauso finanzieren und dann reden wir am Ende nicht über acht Millionen Euro Zins mit einem großen Tilgungsbeitrag, sondern dann reden wir irgendwann über acht Millionen Euro, die dieser Haushalt hergeben muss mit einem sehr kleinen Tilgungsbeitrag und einem sehr hohen Zinsaufwand. Das ist die Alternative, die wir letztendlich haben.

Sie haben diesen Haushalt der Stadt Halle gemeinschaftlich mit dahin gebracht, wo er ist. Sie beschwerten sich natürlich einseitig bei der Stadtverwaltung, beim Oberbürgermeister, er wäre unfähig, ja, das würde ich einfach mal zurückweisen. Das trifft auf Sie genauso zu. Wir haben hier Bundespolitiker im Stadtrat, wir haben hier Landespolitiker im Stadtrat, die da auch alle mitsteuern. Nur die AfD ruft regelmäßig dazu auf vernünftig zu bleiben und verantwortlich mit den Reserven des Landes und des Staates umzugehen. Sie, Ihnen kann die Rettung nicht weit genug gehen, Sie geben das Geld mit vollen Händen aus.

Frau Müller

Herr Raue, Ihre Redezeit ist sogar schon mehr als um.

Herr Raue

Wir als AfD-Fraktion....

Frau Müller

Ihre Redezeit ist...

Herr Raue

...würden dem Konzept zustimmen, Frau.

Frau Müller

Okay, danke. Herr Dr. Wend bitte

Herr Dr. Wend

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Stadtratskolleginnen und Kollegen, die Vorreden haben schon gezeigt, dass wir alle unter Rahmenbedingungen arbeiten, die uns Entscheidungen abfordern, die schwierig sind und ich sage ganz klar: Ja, ich als jemand, der hier 10 Jahre im Stadtrat gewesen ist, habe auch dazu beigetragen den Schuldenberg zu erhöhen. Das habe ich gemacht, aber mir blieb gar nichts anderes über, weil die Bedingungen so waren. Und deswegen habe ich dafür gestimmt, dass wir in dieser Stadt vernünftige präventive Jugendarbeit haben und deswegen habe ich dafür gestimmt, dass wir weiter ein Opernhaus haben und dass die Löcher in den Straßen geteert werden und so viele andere Dinge, die wir in dieser Stadt machen müssen. Und diese Schulden haben sich über die Jahre angehäuft, weil die Rahmenbedingungen sind wie sie sind. Und wir haben alle darunter geschwitzt. Und es ist richtig, dass auch die Migrationswelle, die durch Krieg und Verwerfung in anderen Bereichen dieser Welt entstehen, ja, auch für uns Herausforderungen liefern. Aber die sind nicht die Hauptursache dieses Schuldenberges. Das wissen alle, die sich dezidiert und ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzen. Schuldzuweisung hat da überhaupt keinen Sinn. Was mich irritiert an dieser Debatte ist, dass wir doch alle gewusst haben, dass das auf uns zukommt. Und es gab mal so Momente der Vernebelung. Kompliment an den Oberbürgermeister, diese Geschichte mit dem Trick von Kameralistik auf Doppik. Auf einmal zu erzählen, dass es eine schwarze null gibt und der Haushalt ausgeglichen ist, sind ja viele darauf reingefallen. Ich gebe zu, ich war auch für einen Moment benebelt, irgendwann glaubt man das ja. Die Mitteldeutsche Zeitung hat ja immer wieder geschrieben, wie schön jetzt alles ist. Da haben wir ja gewusst, das alles gleich ist und sich gar nichts verändert hat. Herr Geier, da haben Sie, an diesem Spiel haben Sie auch teilgenommen. Und jetzt stehen wir da und müssen dieses Problem lösen und dieses Problem ist ein essenzielles Problem für unsere Stadt. Es ist ganz essenziell. Und dann hört man, dass es ein Konsolidierungskonzept gibt, geben soll, und ich spreche einige Tage vor dem Stadtrat mit zwei Mitgliedern, mit zwei Beigeordneten, also dem engsten Regierungskreis, sage ich jetzt einmal, unserer Stadt, und frage sie: Wie sieht es aus, wisst ihr was vom Konsolidierungskonzept? Nein, wir wissen noch nichts. Okay, also, wenige Tage vor dem Stadtrat und mindestens zwei aus dieser Runde wissen noch gar nichts davon. Sie können nichts inhaltlich dazu sagen. Dann kriegen wir das Konsolidierungskonzept auf Tastendruck eine Stunde vor dem letzten Stadtrat präsentiert. Wie kann es denn sein, dass wir so etwas essentielles, was alle Bürger dieser Stadt angeht, wo der Weg hingeht, ich nehme niemanden dafür in die Haftung, keiner wird eine Superlösung haben, keiner findet den sofortigen Ausweg, das ist zu komplex. Da ist Land und Bund, alles mit eingebunden und indirekt auch die Weltpolitik, tatsächlich. Aber wir müssen hier, in dieser Stadtgemeinschaft, das alles weiter gut funktioniert, zusammen einen Weg dahin finden. Das ist transparent, was wir da präsentiert bekommen? Nichts ist daran transparent und das ist das Ärgernis. Nicht, dass einer die Lösung nicht weiß...

Frau Müller

Herr Dr. Wend, Ihre Redezeit ist auch zu Ende.

Herr Dr. Wend

...sondern das wir nicht, die letzten Worte, dann haben wir es, sondern das wir diesen Prozess der Konsolidierung nicht demokratisch erarbeiten. Das ist das Problem und deswegen ist das Mindeste unser Änderungsantrag, danke.

Frau Müller

Und Herr Dr. Meerheim noch mal.

Herr Dr. Meerheim

Vielen Dank. Lieber Kollege Eigendorf, wenn Sie dem Liquiditätskonzept der Stadtverwaltung unterstellen, dass die über- bzw. überschüssigen acht Millionen Euro, die jährlich zu zahlen sind die nächsten 30 Jahre, nicht in den freiwilligen Bereich eingreifen würden, dann ist das eine Illusion. Denn, wenn Sie Haushaltskonsolidierung betreiben, können Sie es nur da tun, wo keine Pflicht oder Übertragung erfolgt ist von Ebenen, die über dir sind. Also bleibt bloß der, alles andere ist Illusion.

Ich wollte aber nochmal auf die Nachhaltigkeit eingehen. Ja, wir sind dafür, dass nachhaltig konsolidiert wird. Aber genau das passiert mit dem, was wir heute vorgelegt bekommen haben oder eigentlich einen Monat vorliegt, nicht. Weil dazu gehören, zu der Haushaltskonsolidierung gehören zwei Seiten. Ja, eine Seite ist die Möglichkeit Umschuldung vorzunehmen. Aber die zweite Seite und die fehlt uns eben und wir beten es ständig hin und her, haben noch keine Antworten, vielleicht dann in der Arbeitsgruppe, wir müssen die Aufwands- und Ertragsstruktur so ausgeglichen gestalten, dass wir das hinbekommen. Im Moment sieht es nach der Prognose aus, dass wir es nicht hinbekommen, sondern das wir wieder über 20 Millionen Nasse uns sozusagen auf die Habenseite spulen. Das würde schon das Problem deutlich erweitern, was wir jetzt im Moment möglicherweise schon haben. Und strukturell ist der Haushalt eben im Moment noch nicht so angelegt, dass ich perspektivisch keine neuen Schulden aufnehme, weil ich nämlich nicht weiß, welche Aufgaben ich noch übertragen bekomme, die nicht ausreichend ausfinanziert sind durch Bund und Land und deswegen müssen wir doch aber den Versuch unternehmen, genau mit diesen Partnern zu reden. Auf das Problem nicht nur hinzuweisen, sondern auch an Änderungen zu appellieren. Wenn der Versuch am Ende scheitern sollte, dann muss man sich auch als Gremium, was wir ja sind, demokratisch gewähltes Gremium, vielleicht auch überlegen mal Verfassungsbeschwerde einzulegen. Und zwar nicht nur allein als Stadt Halle, sondern alle anderen betroffenen Kommunen in diesen Prozess mit einzubeziehen. Denn hier geht es um die Durchsetzung des Prinzips der Konvexität, was in den letzten Jahren durch alle Ebenen, die über uns sind, deutlich dagegen verstoßen wurde. Und vielleicht, und da sprechen ja einige Urteile durchaus für uns, die in letzter Zeit gefasst wurden, müssen wir das dann am Ende anfassen, auch vor dem Hintergrund, dass wir dann möglicherweise, in durchgehender vorläufiger Haushaltsausführung sind.

Frau Müller

Danke. Und Herr Krause, bitte.

Herr Krause

Herr Raue, wenn man Ihnen zugehört hat, dann müsste man denken, Sie haben die letzten fünf Jahre nicht im Stadtrat gesessen. Ja, ja, zumindest die letzten drei Jahre dann. Da hätten Sie zumindest auch zuhören können.

Herr Dr. Meerheim, uns ist doch vollkommen klar und das habe ich im Finanzausschuss auch sehr deutlich gesagt, dass diese Hausaufgabe nicht geleistet wurden ist. Die strukturelle Einnahme- Ausnahmesituation so darzustellen, gemeinsam die Anstrengung zu unternehmen, dass wir da sehen können, wie geht man mit diesen 8 Millionen um. Die Verwaltung hat in gewisser Weise, im vorausseilenden Gehorsam erstmal etwas dargestellt und das Land außen vorgelassen. Ich halte das von der Strategie her für hinterfragenswert. Und Herr Oberbürgermeister, Sie müssen zugeben, das können Sie auch nachlesen, in den letzten drei, vier Jahren in den Haushaltsreden habe ich immer auf dieses Defizit hingewiesen und Sie gefragt, aber nie eine Antwort bekommen, wie wir genau da ran gehen und dieses Defizit angehen zu beseitigen. Das wir es jetzt machen, ist in der Tat so, durch eine Aufforderung des Landesverwaltungsamtes. Ich bin ehrlich gesagt innerlich nicht bereit zu akzeptieren, die Änderung der Gesetzeslage des Landes wäre die Ursache. Herr Geier hat gerade eben die Komplexität der Änderung der Gesetzeslagen geschildert und das war immer so und das wird auch in Zukunft so bleiben. Wir werden uns immer in diesem Kontext

bewegen müssen. Aber eins steht fest, diese Altschuldenlast, die wir aus den 90-iger Jahren mittragen, die hätten wir schon längst viel qualifizierter, noch viel qualifizierter angehen müssen, wenn man auch guckt, was das in die Zukunft bedeutet. Ich bin froh, dass wir im Frühjahr diesen Beschluss gefasst haben, die kommunalen Unternehmen nicht damit zu belasten an der Konsolidierung teilzunehmen. Sie kämen de facto mit in diesen Strudel rein, in eine Situation, die wir uns alle nicht wünschen können. Ich hätte erwartet, weil Sie eben gerade zum Beispiel nicht mit dem Land bisher offensichtlich erfolgreich reden konnten, wie gehen wir mit den Abschreibungen um gemeinsam, können wir da eine Einigung finden, wie gehen wir mit den Konsolidierungsbeiträgen der Stadt, dem FAG um. Alles das ist ja offensichtlich auch nicht in Vorabsprachen schon in gewisser Weise in einer positiven Tendenz oder erfolgreich geklärt. Das sind viele offene Fragen. In dieser Situation hätte ich erwartet, dass Sie zum Beispiel heute diese Beschlussvorlage vertagen. Und gemeinsam mit dem Haushalt einbringen. Und doch versuchen, gemeinsam diesen Weg mit den Räten zu beschreiten, dass wir dann doch zu einer Einigung kommen. Ich erinnere mich sehr gut ...

Frau Müller

Herr Krause, auch Ihre Redezeit ist rum.

Herr Krause

... was Sie in den letzten Jahren gesagt haben. Nämlich, wenn wir den Haushalt nicht beschlossen haben, sind die Vereine und Verbände die Leittragenden letzten Endes. Ich kann nur eins sagen ...

Frau Müller

Herr Krause, ich bitte Sie zum Ende zu kommen.

Herr Krause

... wenn Sie das heute nicht vertagen, dann sind alle hier Verlierer.

Frau Müller

Danke. Und Frau Gellert.

Frau Gellert

Ja, meine sehr geehrte Damen und Herren, ich brauche nicht so lange. Ich habe einfach nur zwei Fragen. Das eine: Wie realistisch ist diese Zeitverschiebung, die Sie vorschlagen auf den 11. oder 15. November? Weil wir haben zwischenzeitlich auch noch eine Wahl. Und das zweite ist natürlich: Wir haben hier einige Fraktionen, Hauptsache Halle ist es ja nicht, die Abgeordnete im Landtag sitzen haben, inwieweit Sie eine Möglichkeit sehen mit Ihren Landtagsabgeordneten und der Stadt Halle, den Stadtvertretern der Verwaltung so zeitnah wie möglich ins Gespräch zu kommen und auch mit dem Landesverwaltungsamt, um hier tatsächlich Nägel mit Köpfen zu machen. Sie haben sich jetzt eine ganze Weile die Bälle hin und her geschoben. Und der ist Schuld und der ist Schuld und mit dem Spiel ich nicht. Das bringt uns jetzt hier nicht weiter. Ich würde gern von Ihnen Lösungsvorschläge haben. Und wie gesagt, was macht das für einen Sinn jetzt den Änderungsantrag einzubringen und nicht den vorliegenden. Welches Zeitspiel haben Sie vor Augen, was realistisch ist? Das würde ich ganz gern als Neuling wissen, weil wie gesagt, ich habe die anderen Haushalte in dieser Dimension noch nicht durchgeforstet. Danke.

Frau Müller

Vielen Dank. Und Herr Raue.

Herr Raue

Ja, meine Damen und Herren. Sie beklagen sich natürlich heute hier alle, dass Sie keine Zeit hatten, das die Stadt Halle eine Weile gebraucht hat, um dieses Konzept vorzulegen. Wir haben das ja schon vor sechs Monaten hier in den Rat gebracht und zur Abstimmung

gestellt. Den Antrag, dass Halle im Prinzip das Konzept nicht erst jetzt vorlegen soll, sondern dass die Stadtverwaltung das Konzept vor der Kommunalwahl vorlegen sollte. Vor der Kommunalwahl, da hätten Sie auch alle mitsprechen können, hätten sich auch die OB-Kandidaten äußern können. Heute höre ich von Herrn Lange überhaupt nichts. Er versteckt sich hinter Herrn Meerheim. Sie sind der große Kandidat, Sie wissen selbst nicht, wo Sie sparen wollen. Da kommt nichts, Herr Lange. Da hätte ich mir etwas gewünscht, ja, dass Sie hier offensiv ans Mikro gehen und sagen: Herr Wiegand, das und das, das würde ich machen. Aber, kam nicht. Okay, dann will ich Ihnen vielleicht ein bisschen noch die Hoffnung nehmen. Also, wer ja nun heute die Zeitung gelesen hat, Finanzminister Richter hat sich geäußert zum Haushaltsentwurf. Und es ist ja nicht nur so, dass 200 Millionen Euro, wir hörten es vorhin schon, an Rücklagen aufgebraucht werden. Es werden auch 400 Millionen Euro Steuerschwankungsreserve aufgebraucht. Also, das Land macht sich jetzt richtig nackig. Danach ist nichts mehr da. Da ist nur noch ein bisschen Tafelsilber da. Das können wir danach auch noch verkaufen aber ich weiß nicht, ob wir auf das Land zu sehr bauen sollten. Es gibt noch Mechanismen, die wirken, wo wir unter Umständen kleine Beträge zu bekommen können. Aber, Herr Richter hat gesagt, eine neue Landesregierung ab 2021, die muss sich finanzpolitisch einen völlig neuen Rahmen geben. Das geht nicht mehr, dass so viel Geld im Land ausgegeben wird. Und dementsprechend werden die auch die Kommunen nicht besser stellen können. Das ist einfach nicht zu erwarten. Und deswegen müssen wir natürlich mit dem Leben, was wir jetzt selbst arrangieren können. Und es ist bitter, dass wir Zins zahlen müssen auf das Geld anderer Leute. Aber es ist nun mal so. Ja, wenn wir unsere Verschuldung von jetzt rund 0,5 % oder ungefähr, so hatte ich Herrn Geier verstanden, Zins auf rund 1 % Zins, oder 0,05 % Zins hatten wir Zinsen bezahlt auf diese Kassenkredite. Also fast nichts. 18.000 Euro, das war ja fast nichts. Und jetzt gehen wir in einen langfristigen Vertrag, in einem 30 Jahres Vertrag, schreiben Sie, 0,9 %. Das ist schon viel Geld, das ist schon sehr viel mehr Geld. Ich will nur mal sagen, ich habe mich gestern, habe ich von Herrn, ich weiß gar nicht, ob ich das sagen darf, aber habe ich von der Landesseite, das empfehle ich Ihnen mal, so rum. Habe ich ein Gespräch geführt über Kredite und dergleichen und die könnten jetzt aktuell, gestern Stand, einen Kredit bekommen mit einer 30 jährigen Laufzeit über 100 Millionen Euro mit knapp 0,5 % Zins. Also es wäre noch darunter.

Frau Müller

Herr Raue, Ihre Redezeit ist ...

Herr Raue

Letzter Satz, bitte. An der Stelle würde es wirklich Sinn machen, dass man vielleicht sich dort noch mal Impetus holt und vielleicht sich die Quelle offen legen lässt. Das wir da unsere Zinslast halbieren. Danke.

Frau Müller

Gut, Ihre Redezeit ist vorbei. Danke. Ich sehe keinen weiteren ... Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also, ich möchte ganz gerne noch zu einigen Positionen Stellung beziehen. In den Reden ist deutlich geworden, dass einige den Antrag, den wir eingereicht haben, nicht richtig verstanden haben. Ich würde ihn ganz gerne noch mal diskutieren und würde ihn ganz gerne auch noch einmal vorstellen.

Erstens: Der Stadtrat beschließt da Konsolidierungskonzept zum Abbau der Liquiditätskredite unter der Genehmigungsgrenze. Das bedeutet, die Frage des Ob. Ob das zu machen ist. Nicht des Wie. Und deshalb, was eben gekommen ist, selbstverständlich ermöglicht dieser Beschluss den zinsgünstigsten Ansatz dann auch zu wählen. Die Beispiele, die wir gemacht haben in dem Konzept, sind Beispiele. Es ist ein Beispiel um ein konkretes Beispiel durchzuführen. Sie finden nicht in der Beschlussfassung, dass dieses

Beispiel beschlossen wird. Sondern Sie finden die Ansätze, dieses zu prüfen, nachzugehen und daraufhin den bestmöglichen Vertrag der Stadt abzuschließen.

Zweitens: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Konsolidierungskonzept bei der Haushaltsaufstellung zu berücksichtigen und die finanziellen Auswirkungen der Umsetzung abzubilden. Bevor Sie uns nicht den Auftrag geben, zu sagen, wir machen das so, denn die Diskussion, die wir hier gehört haben, die ging von Verfassungsklage, da wurde 20, 30, 40, 50 Jahre gesprochen im Hinblick auf den Zeitraum. Damit können wir nicht arbeiten. Damit kann auch kein Haushalt aufgestellt werden. Das ist alles fiktiv. Und die Fragestellung, wo man einspart oder wo man möglicherweise Erträge auch bekommt zusätzlich ist immens abhängig von der Höhe der Summe, die in irgendeiner Weise dann für die Tilgung insgesamt vorgesehen ist. Also, erst das Ob und dann das Wie. Und wenn Sie uns beauftragen, so sehen Sie es. Und Herr Meerheim, hören Sie mir doch einmal zu. Wenn Sie explodieren, freut mich das, aber es bringt in der Sache nichts. Die Zusätze, die hier gemacht werden...

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister, Entschuldigung. Mal ganz kurz. Herr Dr. Meerheim, an Sie auch mal klar die Botschaft, mal einfach locker. Und Herr Oberbürgermeister, Sie aber auch. Naja, wenn Sie explodieren, freut mich das. Das sind auch Äußerungen, die nicht sein müssen. Insofern bitte ich jetzt mal hier Sachlichkeit zu bewahren. Bitte schön.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Konsolidierung, die dann durchzuführen ist, ist die Frage zunächst des Ob und dann erst des Wie. Und diese Frage des Ob, genau das ist die Formulierung unseres Antrages. Hier wird nichts festgelegt, sondern hier wird die Möglichkeit eingeräumt, dass wir weiterplanen zu können, um Ihnen den Haushalt vorzulegen. Wenn Sie nämlich heute das beschließen, und Sie beschließen nicht das konkrete Beispiel, dann haben wir den konkreten Auftrag den Haushalt Ihnen im nächsten Monat vorzulegen. Und dann frage ich mich, was dagegen spricht. Dabei und so ist es ja hier durchgeführt und im Punkt 3 steht es: Der Oberbürgermeister wird mit der Vorbereitung der Umsetzung der Konsolidierung beauftragt. Beinhaltet das natürlich, dass diese Summe, die hier als Beispiel genannt ist, natürlich eine Max-Summe ist, die sich reduziert mit unseren Anstrengungen der Gespräche, die aktuell laufen und möglicherweise mit Erträgen, die wir bekommen, um dann zu sagen, das ist hier die Max-Summe. Daraufhin hatte er Geier ausführlich hingewiesen. Von daher ist das komplett unverständlich, dass Sie diesen Weg nicht verstehen oder besser gesagt, nicht verstehen wollen.

Dem Stadtrat ist bis Mai 2020 das Konsolidierungskonzept entsprechend beschlussfähigem Tilgungsplan vorzulegen. Erst dann ist es vorzulegen unter den Gegebenheiten und die Möglichkeit, dann auch hier vorher zu sagen, wir haben den Haushalt und hier wird das Konsolidierungskonzept zusammen eingelegt, was gesetzliche Voraussetzung ist, ist wichtig insgesamt für die Bestätigung durch das Land. Und die Zuordnung dessen, was hier abzustellen ist im Hinblick auf das Ob, haben wir ausführlich diskutiert. Also, nehmen Sie das bitte als Beispiel und nicht als Ultimativ. Denn wir versuchen mit diesem Beschluss natürlich selbstverständlich das Optimale herauszuholen. Das ist ja auch eine Verpflichtung. Alles andere wäre ja auch nicht abbildbar.

Dann noch mal zu dem Beschluss, den Sie jetzt als Änderungsantrag eingebracht haben, noch mehrere Hinweise. Erstens: Sie haben geschrieben, der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Fristverlängerung zu beantragen beim Landesverwaltungsamt. Eine Selbstverständlichkeit, denn wir sollten das ja diesen Monat auch vorlegen, aber das Konsolidierungskonzept. Von daher stand nichts vom Haushalt, sondern wir sind der bestandskräftigen Auflage nachgekommen, wie es letztendlich das Landesverwaltungsamt von uns gewollt hat. Eine Forderung, die man machen kann. Eine Fristverlängerung ist eine Selbstverständlichkeit. Also unproblematisch.

Zweitens: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit dem Land Sachsen-Anhalt zu führen und so weiter. Diese Gespräche laufen bereits. Sind Schreiben in der Diskussion zu den Finanzministern und zum Innenminister, die genau diese Positionen auch deutlich machen. Und es gibt ja auch Landtagsabgeordnete, die sich schon bereit erklärt haben, in einer Arbeitsgruppe intensiv mitzuarbeiten und dann diese Dinge auch gegenüber dem Land zu vertreten.

Drittens: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe einzuberufen. Das hat er schon lange gemacht. Nämlich auf Vorschlag des SPD-Stadtrates Herrn Senius, der nämlich bereits diese Idee hatte. Also, erzählen Sie etwas Neues in dem Änderungsantrag.

Viertens: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Haushaltssatzung am 30. Oktober 2019 einzubringen. Dann frage ich mich, wie soll das gemacht werden, wenn Sie noch nicht mal grundsätzlich die Zustimmung zum Konsolidierungskonzept gegeben haben. Wir möchten aus unserem Antrag nur die grundsätzliche Zustimmung. Und deshalb, Herr Krause, ist das nicht, wie Sie dargestellt haben, auch so nicht zu akzeptieren, wenn Sie sagen, nicht mit dem Land geredet. Wir hätten die Altschulden eher angehen müssen. Wir hätten die Altschulden eher angehen müssen, natürlich. Aber wir haben ja immer konzentrierte Haushalte auch vorgelegt, die wir ja gemeinsam, das muss man auch sagen. Und da hat Herr Raue Recht, das ist hier gemeinsam beschlossen worden. Und Sie waren als erstes mit dabei gewesen, der das hier auch mit angeführt hat.

Und fünftens: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit erfolgreicher Beendigung der Gespräche dann das Haushaltskonsolidierungskonzept bis spätestens am 27.11.2019 einzulegen. Wir haben von vornherein gesagt, dass die Diskussion Haushaltskonsolidierungskonzept eine Einheit bilden muss. Wir haben Ihnen einen Zeitplan vorgelegt. Wir werden und unsere Vorlage wird so sein, dass der Haushaltsbeschluss im Dezember auch stattfindet. Dann werden alle Vereine, genau wie in den letzten Jahren, alle Vereine werden planmäßig ihre Mittel bekommen und die Freien Träger ebenfalls. Das, was Sie machen, ist momentan ein Herausögern, indem Sie uns im luftleeren Raum stehen lassen. Sie sagen uns noch nicht mal, dass sie das Haushaltskonsolidierungskonzept akzeptieren, weil Sie möglicherweise Verfassungsklage einlegen, weil sie mit dem oder dem nicht einverstanden ist. Das Konzept der Verwaltung führt dazu, dass die Träger und auch die Vereine dann die Mittel rechtzeitig zur Verfügung haben.

Sechstens des Änderungsantrages: Sollten die Gespräche, und jetzt geht es los, erfolgreich abgeschlossen sein, legt der OB zeitnah ein Konzept nach Punkt 5 vor. Natürlich. In dem Moment, wenn wir erfolgreiche Zusagen bekämen, dazu sind wir momentan aber in der Diskussion mit dem Städte- und Gemeindebund, wir sind mit den Ministerien in der Diskussion und dann erwarte ich natürlich auch, und deshalb ist es gut, dass die Landtagsabgeordneten mit in der Arbeitsgruppe auch sind, dass dieses auch in die Haushaltsberatungen des Landes mit eingebracht werden. Denn das sind die entscheidenden Punkte. Und in dem Moment besteht natürlich auch die Möglichkeit, das wir dieses unmittelbar auch hier berücksichtigen in unserem Haushaltskonzept. Und natürlich, dann auch rechtzeitig die Verabschiedung des Haushaltes vornehmen.

Ich mache es kurz, in dem Moment, wenn Sie das heute signalisieren, dass Sie mit einem Haushaltskonsolidierungskonzept einverstanden sind und uns diese Ermächtigung erteilen, dann kann auch unverzüglich der Haushalt vorgelegt werden. Wenn Sie jetzt sagen, Sie möchten es anders haben und Sie gehen in den Änderungsbeschluss hinein, dann wird das natürlich weiterhin auch dauern und möglicherweise sind einige Punkte davon, die ich eben angesprochen habe, ja auch so nicht umsetzbar, letztendlich. Also, ich plädiere dafür, die einigen Punkte, die Sie hier genannt haben, das kann man machen, aber letztendlich tun wir

schon alles. Der Änderungsantrag ist aus meiner Sicht komplett überflüssig, weil das, was Sie hier reingeschrieben haben, die Stadtverwaltung schon lange tut.

Frau Müller

Herr Schöder, bitte.

Herr Schöder

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz kurz. Das, was Sie jetzt gerade vorgetragen haben, Herr Oberbürgermeister, macht eindeutig deutlich, was es für einen Dissens und unterschiedliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parlament und Ihnen als Verwaltung gibt. Deswegen, sage ich, ist dieser Dringlichkeitsantrag völlig richtig. Danke.

Frau Müller

Herr Wolter. Gut, Herr Wolter zieht zurück. Herr Dr. Wend.

Herr Dr. Wend

Nur ganz kurz. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Ihre Dickköpfigkeit, die ist schon sensationell. Wir sind doch gar nicht so weit voneinander weg. Sie wollen uns jetzt erzählen, dass Sie gar nichts machen können, wenn wir jetzt Ihrer Vorlage nicht zustimmen. Wir wissen das doch alle, als wir dieses große Kreditvorhaben der Stadtwerke in den einzelnen Aufsichtsräten besprochen haben, Sie können doch Angebote einholen. Das können Sie doch machen. Das ist doch, Sie können doch weiter an der Sache, Sie können doch trotzdem unsere Punkte abarbeiten und Sie können doch Ihre Sache, Sie brauchen doch nicht von uns den Startschuss, um einmal nachzufragen, wie die Konditionen am Zinsmarkt sind. Das ist doch quatsch. Also, Sie können doch, wir können diese Sache doch gemeinsam, Sie wollen nur keinen Grad davon abweichen. Sie sperren sich der öffentlichen Debatte, der Transparenz und der konstruktiven gemeinsamen Lösungsfindung. Sie sperren sich, weil Sie nur Ihr Ding durchziehen wollen. Und das ist alles. Und das könnte man doch gemeinsam lösen.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die plakativen Worte mit Transparenz reichen nicht aus, um deutlich zu machen, dass wir erst das Ob benötigen und von daher die Klarheit benötigen, dass Sie das auch tatsächlich wollen. Und genau das, wenn Sie es genau gesehen hätten, genau das gibt ja die Beschlussvorlage der Stadt her.

Frau Müller

Gut, ich sehe jetzt keinen weiteren Redebedarf. Damit würde ich sagen, können wir in das Abstimmungsverfahren eintreten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich bitte einzeln abzustimmen, den Änderungsantrag.

Frau Müller

Es ist kein Änderungsantrag, es ist ein Dringlichkeitsantrag. Deswegen würde ich jetzt auch, besteht jetzt auch nicht die Notwendigkeit, dass wir den sozusagen zuerst. Ich würde es wirklich der Reihenfolge nach machen. Wir stimmen zuerst über das, Herr Scholtyssek? Bitte.

Herr Scholtyssek

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe mal zu bedenken, wir haben eine Geschäftsordnung. Wenn wir die Vorlage, so wie sie jetzt ist, ablehnen, haben wir eine sechs-Monats-Frist. Und sechs Monate Zeit haben wir nicht. Deswegen beantrage ich, dass wir die Vorlage vertagen und dann haben wir den Dringlichkeitsantrag. Dann haben wir eine Basis dieses Konzept noch einmal in den Ausschüssen zu beraten.

Frau Müller

Gut, dann haben wir jetzt den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung der Vorlage 7.10 Konsolidierungskonzept der Stadt Halle. Dann frage ich, wer dem Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Bei zwei Gegenstimmen und wenigen Stimmenenthaltungen ist die Beschlussvorlage 7.10 vertagt.

Und dann stimmen wir jetzt über den Dringlichkeitsantrag ab, 9.25. Wir machen Einzelabstimmung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Einzelpunktabstimmung.

Frau Müller

Auf Verlangen machen wir jetzt Einzelpunktabstimmung.

- Zwischenrufe mit der Bitte den Dringlichkeitsantrag an die Wand zu projizieren -

Frau Müller

Gut, dann stimmen wir jetzt die Punkte des Dringlichkeitsantrages einzeln ab. Ich frage, ich lese das jetzt nicht noch mal alles vor.

Wer stimmt dem Punkt 1 zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist das angenommen. Der Punkt 2, wer stimmt dem Punkt 2 zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Stimmenenthaltungen? Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen. Punkt 3, wer stimmt dem Punkt 3 zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Stimmenenthaltungen? Auch hier bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen angenommen. Punkt 4, wer stimmt dem Punkt 4 zu? Die Gegenstimmen? Die Enthaltungen? Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Stimmenthaltungen auch mehrheitlich angenommen. Punkt 5, wer stimmt dem Punkt 5 zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Auch hier bei einigen Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich angenommen. Punkt 6, Zustimmung bitte. Die Gegenstimmen? Die Stimmenenthaltungen? Auch hier bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Stimmenthaltungen angenommen. Und Punkt 7, die Ja-Stimmen bitte. Die Gegenstimmen? Und die Stimmenenthaltungen? Und hier auch noch mal bei einigen Enthaltungen und wenigen Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

- Ende Wortprotokoll. -

zu 7.10 Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00170

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt das Konsolidierungskonzept zum Abbau der Liquiditätskredite unter die Genehmigungsgrenze nach § 110 Abs. 2 KVG LSA.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Konsolidierungskonzept bei der Haushaltsaufstellung 2020 ff. zu berücksichtigen und die finanziellen Auswirkungen der Umsetzung abzubilden.
3. Der Oberbürgermeister wird mit der Vorbereitung der Umsetzung des Konsolidierungskonzeptes beauftragt.
4. Dem Stadtrat wird bis Mai 2020 ein den Maßgaben des Konsolidierungskonzeptes ent-sprechender beschlussfähiger Tilgungsplan samt Finanzierungsinstrumenten vorgelegt.
5. Der Oberbürgermeister verweist die Vorlage in den Finanzausschuss und in den Hauptausschuss.

zu 9.25 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Freie Demokraten, CDU, MitBürger & Die PARTEI zum Haushaltskonsolidierungskonzept
Vorlage: VII/2019/00398

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunkt abstimmung

Pkt. 1	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 2	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 3	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 4	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 5	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 6	mehrheitlich zugestimmt
Pkt. 7	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister (OB) wird beauftragt, eine Fristverlängerung zur Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes (Lt. Genehmigung des Haushaltes durch das Landesverwaltungsamt vom 18.01.2019 ursprünglich bis zum 30.09.2019) zum 31.12.2019 zu beantragen.
2. Der OB wird beauftragt, Gespräche/Verhandlungen mit dem Land Sachsen-Anhalt

(hier Ministerium des Innern und Ministerium für Finanzen), dem Landesverwaltungsamt und den Fraktionen des Landtages Sachsen-Anhalt über zeitliche und finanzielle Rahmenbedingungen für die Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes zu führen. Der OB soll auch das Gespräch mit anderen Kommunen und Kreisen aufnehmen, die sich in einer ähnlichen Situation wie Halle befinden, um gegebenenfalls gemeinsam mit diesen bei den Entscheidungsträgern des Landes Sachsen-Anhalt zur Thematik vorzutragen. Für die Gespräche/Verhandlungen mit den Partnern nach Satz 1 setzt die Arbeitsgruppe nach Punkt 3 den Gesprächs- bzw. Verhandlungsrahmen. Alle Gespräche/Verhandlungen sollen möglichst bis zum 15.11.2019 abgeschlossen sein.

3. Der OB wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierungskonzept einzuberufen, die aus jeweils einem Mitglied der Fraktionen des Stadtrates (möglichst Fraktionsvorsitzende) und dem zuständigen Beigeordneten für Finanzen besteht. Die Fraktionen benennen ihren Vertreter in der Arbeitsgruppe. Die Arbeitsgruppe soll gemeinsame Positionen und Ziele der Stadt Halle (Stadtrat und Stadtverwaltung) für die Gespräche/Verhandlungen des OB mit den politischen Entscheidungsträgern des Landes Sachsen-Anhalt (entsprechend Punkt 2) erarbeiten. Dies soll zeitnah geschehen. Der OB berichtet den Mitgliedern der Arbeitsgruppe kontinuierlich über den Stand der laufenden Gespräche/Verhandlungen nach Punkt 2. Die Arbeitsgruppe entscheidet über den weiteren Fortgang der Gespräche/Verhandlungen und die inhaltlichen Positionen der Stadt Halle in diesen. Zur Aufrechterhaltung der Transparenz und guten Kommunikation kann die Arbeitsgruppe eine Gruppe von bis zu 3 Mitgliedern zu den Gesprächen/Verhandlungen des OB entsenden. Der OB informiert die Arbeitsgruppe deshalb über die entsprechenden Gesprächs-/Verhandlungstermine.
4. Der OB wird beauftragt, die Haushaltssatzung 2020 nebst Haushaltsplanentwurf 2020 und allen weiteren Anlagen in der Sitzung des Stadtrates am 30. Oktober 2019 einzubringen.
5. Der OB wird beauftragt, mit erfolgreicher Beendigung der o.g. Gespräche/Verhandlungen, ein auf den Ergebnissen der Gespräche/Verhandlungen fußendes Haushaltskonsolidierungskonzept spätestens am 27.11.2019 dem Stadtrat zur Beratung und zur Beschlussfassung vorzulegen (Unter der Voraussetzung, dass Punkt 2 letzter Satz eingehalten werden kann). Die sich daraus ergebenden Änderungen für den Haushalt 2020 ff. sind durch den OB in die laufenden Haushaltsberatungen als solche einzubringen.
6. Sollten die Gespräche/Verhandlungen des OB nach Punkt 2 früher als zum 15.11.2019 erfolgreich abgeschlossen sein, legt der OB zeitnah ein Konzept nach Punkt 5 vor.
7. Der Beschluss zu den Punkten 1 – 5 ist durch den OB, den oben genannten Entscheidungsträgern mit einem entsprechend erklärenden Anschreiben unverzüglich zur Kenntnisnahme weiterzuleiten.

Die Sitzung wurde für eine 30 minütige Pause unterbrochen.

**zu 7.11 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2019 im FB Bauen, Bereich Bauordnung
Vorlage: VII/2019/00045**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2019 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.52101 Baugenehmigung (HHPL Seite 589)
Sachkontengruppe 52* Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 600.000 EUR.

II. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2019 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 19_2-660_1 Bauordnung (HHPL Seite 594)
Finanzpositionsgruppe 72* Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 600.000 EUR.

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.52101 Baugenehmigung (HHPL Seite 589)
Sachkontengruppe 43* Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte in Höhe von 600.000 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

19_2-660_1 Bauordnung (HHPL Seite 594)
Finanzpositionsgruppe 63* Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte in Höhe von 600.000 EUR.

**zu 7.12 Antragstellung Städtebaufördermittel - Programmjahr 2020 – Aufnahme zusätzlicher Maßnahmen zur Beschlussvorlage VI/2019/05298
Vorlage: VII/2019/00185**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die in der Anlage 1 benannten Maßnahmen, welche sich im Haushaltsplanentwurf 2020 innerhalb der verteilbaren Finanzmasse befinden, zusätzlich zu den Maßnahmen aus der Beschlussvorlage VI/2019/05298 in die Anträge zur Städtebauförderung für das Programmjahr 2020 aufzunehmen.

zu 7.13 Gestaltungsbeirat 2019 – 2021
Vorlage: VII/2019/00013

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt gemäß Ziffer 2 der Geschäftsordnung für den Gestaltungsbeirat in der Fassung der zweiten Änderung für folgende Mitglieder eine Verlängerung der Mitgliedschaft für den Zeitraum vom 01.11.2019 – 31.10.2021:

- Frau Prof. Barbara Engel, Architektin
(Karlsruher Institut für Technologie, Karlsruhe),
- Frau Susanne Wartzeck, Architektin BDA
(Sturm und Wartzeck GmbH, Dipperz)

zu 7.14 Gewerbegebiet Halle-Tornau
Vorlage: VII/2019/00008

Herr Lange sagte, dass es die richtige Entscheidung ist, sich gegen eine Weiterführung der Planung eines Gewerbegebietes in Halle-Tornau zu entscheiden. Das haben letztlich auch die Proteste der Anwohnerinnen und Anwohner gezeigt. Die Fraktion DIE LINKE wird der Vorlage so zustimmen. Weiterhin sagte er, dass der Trassenverlauf der Nordtangente an der Stelle auch nicht die richtige Variante ist. Hierzu muss es auch eine Entscheidung geben.

Herr Eigendorf schloss sich im Namen der SPD-Fraktion den Äußerungen von Herrn Lange an. Zu beachten ist, dass durch den heutigen Beschluss der grundsätzliche Bedarf an Gewerbefläche bestehen bleibt.

Herr Scholtyssek sagte, dass die CDU-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen kann. Er fragte nach alternativen Gewerbeflächen. Er führte weiter aus, dass immer über zu wenige Gewerbesteuerereinnahmen geklagt wird und Halle (Saale) mit 30 Millionen Euro unter dem Durchschnitt anderer vergleichbarer Städte liegt. Die Verwaltung möge mögliche Potentiale für eine gewerbliche Entwicklung aufzeigen.

Herr Aldag sagte, dass durch die Vorlage nicht der Beschluss gefasst werden soll, dass die Verwaltung keine alternativen Gewerbeflächen mehr prüft, sondern allein der Standort Tornau dafür ausscheidet. Und das ist eine folgerichtige Entscheidung der Verwaltung.

Herr Raue sagte, dass Tornau nicht zu einem Landschaftsschutzgebiet erklärt werden sollte, da so vieles für die Zukunft verbaut wird. Halle (Saale) muss seine Potentiale erweitern, dies

kann auch über die Stadtgrenzen hinaus geschehen. Er sagte, dass die AfD-Fraktion der Vorlage zustimmen wird, man aber perspektivisch die Fläche als Potentialfläche für die Stadtentwicklung bedenken sollte.

Herr Wolter sagte, es so wahrzunehmen, dass allein aus wirtschaftlichen Gründen auf die Weiterführung der Planung eines Gewerbegebietes in Halle-Tornau verzichtet wird. Ökologische und verkehrstechnische Gegebenheiten sowie der Aspekt Wohnsiedlung finden keine Berücksichtigung.

Er sagte, dass die Fraktion Hauptsache Halle mit ihrem Änderungsantrag innerhalb des Beschlusspunktes zum Gewerbegebiet Halle-Tornau die Ablehnungsgründe als Bedingung setzen für die weitere Entwicklung und Erschließung. Er fragte, ob sich der Änderungsantrag auf Halle-Tornau bezieht. Sollte dies nicht so sein, wäre das rechtlich mitunter nicht zulässig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sprach zum Verfahren. Die Thematik wurde innerhalb der EVG bearbeitet und es fanden zwei Zukunftswerkstätten statt, bei denen Fragen auftraten, die bis dahin noch nicht berücksichtigt waren. Die Verwaltung hat in der Zwischenzeit auch intensive Gespräche mit der Bürgerinitiative geführt. Einzelne Punkte daraus spiegelten sich auch in der Machbarkeitsstudie wider. Die Studie stellt umfangreiche ökologische Gesichtspunkte dar. Im Ergebnis ist das Vorhaben nicht umsetzbar.

Er sagte weiter, dass die Diskussionen um neue innerstädtische Gewerbeflächen als Auftrag der Verwaltung vorliegt. Die EVG hat die umfangreiche Aufgabe, das RAW-Gelände, Porphyrstraße, Chemiestraße und den Weinbergcampus vollständig zu untersuchen. Man habe genau die Gewerbegebiete festgelegt, wo möglicherweise Perspektiven liegen.

Er sagte weiter, dass die Diskussion zur Nord-Trasse nicht mehr geführt wird, da zunächst die Fertigstellung der Autobahn 143 abzuwarten ist. Diese Entwicklung muss abgewartet werden, um zu sehen, wie sich die Verkehrsströme in der Stadt Halle (Saale) entwickeln. Er sagte, dass der Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle eine sinnvolle Ergänzung ist.

Herr Schied sagte, dass der Änderungsantrag zurückgezogen werden müsste, bzw. es einer Klärung bedarf, ob dies so überhaupt möglich ist.

Herr Wels zog den Änderungsantrag im Namen der Fraktion Hauptsache Halle zurück und kündigte an, einen alleinigen Antrag zur nächsten Stadtratssitzung einzubringen.

Es gab keinen weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt nach Bewertung der aktualisierten Machbarkeitsuntersuchung auf eine Weiterführung der Planung eines Gewerbegebietes in Halle-Tornau zu verzichten.

**zu 7.14.1 Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Beschlussvorlage
Gewerbegebiet Halle-Tornau
Vorlage: VII/2019/00396**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage der Stadtverwaltung wird um einen Punkt erweitert:

1. Der Stadtrat beschließt nach Bewertung der aktualisierten Machbarkeitsuntersuchung auf eine Weiterführung der Planung eines Gewerbegebietes in Halle-Tornau zu verzichten.
2. **Die Stadtverwaltung befasst sich stattdessen mit der Entwicklung brachliegender innerstädtischer Gewerbegebiete und stellt bis Ende des Jahres eine Auswertung zur möglichen Entwicklung dieser Gewerbegebiete dem Stadtrat vor.**

**zu 7.15 Baubeschluss EFRE-Maßnahme Freiflächengestaltung Holzplatz
Vorlage: VI/2019/05262**

**zu 7.15.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum
"Baubeschluss EFRE-Maßnahme Freiflächengestaltung Holzplatz"
(VI/2019/05262)
Vorlage: VII/2019/00342**

Herr Feigl brachte im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Änderungsantrag ein.

Herr Schnabel sagte, dass das Vorschreiben von einheimischen Pflanzen blinder Idealismus ist.

Frau Krimmling-Schoeffler sagte, dass der Vorlage der Verwaltung mit der Anregung zugestimmt werden sollte, zukünftig vermehrt auf die Thematik zu achten.

Herr Paulsen sagte, dass dem Änderungsantrag durchaus zugestimmt werden kann. Ein Großteil der Maßnahmen werde bereits umgesetzt. Bezüglich der Zierkirschen möchte man bei ungefüllten Blüten verbleiben, welche ausdrücklich als Wildbienenfreundlich klassifiziert sind. Somit könnte gestalterisch der Alleecharakter erhalten bleiben.

Frau Dr. Burkert sagte, dass auf Hitzebeständigkeit und Trockenheitsresistenz geachtet werden sollte. Sie fragte, ob die Kirsche da geeignet ist und wie viele Kirschen aufgrund von Hitze und Dürre im Stadtgebiet eingegangen sind.

Herr Feigl sagte, dass der Änderungsantrag keine Baumarten vorschreibt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Verwaltung den Änderungsantrag übernimmt.

Herr Streckenbach fragte, ob der Verwaltung neue Tatsachen vorliegen, da im Planungsausschuss noch keine Übernahme des Änderungsantrages möglich erschien.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass im Zuge der Diskussion neue Argumente die Verwaltung überzeugt haben.

Herr Schied sagte, auch irritiert zu sein. Man sei dem Vorschlag der Verwaltung aufgrund der Diskussion im Planungsausschuss gefolgt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass es ständig neue Erkenntnisgewinne gibt und letztlich der Stadtrat entscheidet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung. Sie sagte, dass der Änderungsantrag, aufgrund der Übernahme durch die Verwaltung, zurückgezogen ist.

**zu 7.15.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum
"Baubeschluss EFRE-Maßnahme Freiflächengestaltung Holzplatz"
(VI/2019/05262)
Vorlage: VII/2019/00342**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 1 wird geändert und erhält folgende Fassung:

„1. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung der EFRE-Maßnahme Freiflächengestaltung Holzplatz **unter der Maßgabe, dass bei Baum- und Strauchpflanzungen Gehölze verwendet werden, die Insekten und insbesondere Wildbienen Nahrung bieten.**“

**zu 7.15 Baubeschluss EFRE-Maßnahme Freiflächengestaltung Holzplatz
Vorlage: VI/2019/05262**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung der EFRE-Maßnahme Freiflächengestaltung Holzplatz unter der Maßgabe, dass bei Baum- und Strauchpflanzungen Gehölze verwendet werden, die Insekten und insbesondere Wildbienen Nahrung bieten.
2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Änderungsantrages vom 25.04.2019 zusätzlich beantragten Fördermittel.
3. Bei Nichtbewilligung der zusätzlichen Fördermittel wird auf die Realisierung der Laufkatze und der Baumallee entlang der Mittelachse im Rahmen der EFRE-

Maßnahme verzichtet. Für diese Leistungen wird im Förderprogramm Stadtumbau Ost zu einem späteren Zeitpunkt ein neuer Förderantrag gestellt.

zu 7.16 Verzicht auf Variantenbeschluss für die Instandsetzung der Peißnitzbrücke (BR 047)
Vorlage: VI/2019/05320

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, bei der Maßnahme Instandsetzung der Peißnitzbrücke auf einen Variantenbeschluss zu verzichten.

zu 7.18 Bebauungsplan Nr. 73 Wohngebiet Bennstedter Straße/Granau - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/05246

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 73 „Wohngebiet Bennstedter Straße/Granau“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 30.04.2019 als Satzung.
2. Die Begründung mit dem Umweltbericht in der vorgelegten Fassung vom 30.04.2019 wird gebilligt.

zu 7.19 Bebauungsplan Nr. 196 Wohnbebauung am Reideanger - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/05138

zu 7.19.1 Änderungsantrag des Planungsausschusses zur Vorlage Bebauungsplan Nr. 196 Wohnbebauung am Reideanger - Aufstellungsbeschluss (VI/2019/05138)
Vorlage: VII/2019/00339

Herr Schied sagte, das die Fraktion DIE LINKE diese Bebauung an der Stelle, aufgrund der Festlegungen im ISEK, kritisch betrachtet. Gemäß den Festsetzungen im ISEK ist diese Fläche nicht prioritär als Wohnbebauung einzuschätzen. Es gibt das Problem des Fluglärms,

der Entwässerung und die Einwohner hatten im Rahmen des ISEK den Vorschlag unterbreitet, dass Grünflächen reaktiviert werden sollen.

Herr Streckenbach sagte, dass die CDU-Fraktion der Vorlage insgesamt zustimmen kann, allerdings nicht dem Änderungsantrag, welcher bei der Wohnbebauung eine verbindliche Dachbegrünung vorsieht. Dies ist unnötig, da laut der Begründung der Vorlage, eine Prüfung hinsichtlich möglicher Festsetzungen im Bebauungsplan zur Dachbegrünung erfolgen soll. Im Übrigen ist ein solcher Beschluss in der frühen Phase des Aufstellungsbeschlusses nicht sinnvoll. Durch eine verbindliche Dachbegrünung steigen Baukosten, Bewirtschaftung und letztlich würde dies junge Familie abschrecken, dort zu bauen.

Herr Schied sagte, dass die Baukosten aufgrund der Lage bereits steigen werden.

Frau Winkler warb dafür, die verbindliche Festschreibung von begrünten Dächern als ein Baustein eines nachhaltigen Konzeptes zur Entwässerung anzusehen. Angesichts der Problematik der Durchlässigkeit des Bodens in diesem Gebiet ist die Regenwasserableitung problematisch.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung. Sie ließ das Stimmverhalten zum Änderungsantrag und schließlich zur geänderten Beschlussvorlage auszählen.

**zu 7.19.1 Änderungsantrag des Planungsausschusses zur Vorlage Bebauungsplan Nr. 196 Wohnbebauung am Reideanger - Aufstellungsbeschluss (VI/2019/05138)
Vorlage: VII/2019/00339**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
28 Ja Stimmen
19 Nein Stimmen
3 Enthaltungen

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird um einen 5. Beschlusspunkt erweitert:

5. Im Bebauungsplan Nr. 196 „Wohnbebauung am Reideanger“ werden Festsetzungen getroffen, die für Teile von baulichen Anlagen eine verbindliche Dachbegrünung vorschreiben.

**zu 7.19 Bebauungsplan Nr. 196 Wohnbebauung am Reideanger - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2019/05138**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
26 Ja Stimmen
11 Nein Stimmen
12 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 196 „Wohnbebauung am Reideanger“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von 1,8 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.
4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB durchgeführt werden.
5. Im Bebauungsplan Nr. 196 „Wohnbebauung am Reideanger“ werden Festsetzungen getroffen, die für Teile von baulichen Anlagen eine verbindliche Dachbegrünung vorschreiben.

**zu 7.21 Einziehung von Verkehrsflächen in Heide-Nord
(TG 1) Dreizahnstraße, Schafschwingelweg, Waldmeisterstraße
Vorlage: VI/2019/05325**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Einziehung von Verkehrsflächen in Heide-Nord, (TG 1) Dreizahnstraße, Schafschwingelweg, Waldmeisterstraße nach § 8 Abs. 2 Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA).
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) zu veranlassen.

**zu 7.22 Einziehung von Verkehrsflächen in Heide-Nord
(TG 2+3) Dreizahnstraße
Vorlage: VI/2019/05326**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Einziehung von Verkehrsflächen (Parkflächen) in Heide-Nord, (TG 2+3) Dreizahnstraße nach § 8 Abs. 2 Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA).
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) zu veranlassen.

**zu 7.23 Einziehung von Verkehrsflächen in Heide-Nord
(TG 4) Kolkturnring, Dreizahnstraße, Schafschwingelweg
Vorlage: VI/2019/05327**

Es gab keine Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Einziehung von Verkehrsflächen (Parkplätzen) in Heide-Nord, (TG 4) Kolkturnring, Dreizahnstraße, Schafschwingelweg nach § 8 Abs. 2 Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA).
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die öffentliche Bekanntmachung der Absicht der Einziehung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale), die Antragstellung auf Zustimmung der Straßenaufsichtsbehörde sowie die öffentliche Bekanntmachung der Einziehungsverfügung im Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) zu veranlassen.

**zu 7.24 Aufstellung der Plastik Reitersturbild von Hermann Grüneberg
Vorlage: VII/2019/00005**

- Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle und der Fraktion DIE LINKE erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

7.24 – Aufstellung der Plastik Reitersturbild von Hermann Grüneberg. Gibt es dazu Redebedarf? Herr Schmidt, bitte.

Herr Schmidt

Herr Oberbürgermeister, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren. Ich habe mich ja bereits im Kulturausschuss dazu geäußert. Sicherlich ist das keine professionelle Meinung gewesen, sondern eine Geschmackssache. Und Kunst ist nun mal Geschmackssache und darüber lässt sich auch nicht streiten, nicht diskutieren, das ist schon mal soweit klar. Aber dieses Gebilde, will ich es mal nennen, ist von einem Haufen Schrott kaum zu unterscheiden. Aus meiner Sicht. Ich denke, dass ein Großteil auch der Bevölkerung, ich kann nicht für ein Großteil der Bevölkerung sprechen aber ich denke, dass zumindest, zumindest in meinem Umfeld haben sich einige dazu sehr klar geäußert. Also, das ist definitiv mal keine konstruktive, schöne, verschönernde Kunst, sondern eine streitbare Kunst, ja, destruktivistisch. Also, hier geht es darum die bekannten Reiterstandbilder großer

Männer und Frauen deutscher Geschichte zu verhöhnen und deswegen habe ich mich dazu auch so klar geäußert im Kulturausschuss. Was daraus „du bist halle“ gemacht hat war, also, eine mir in die Mundlegung eines Nazi-Jargons, und das möchte ich mir hier eindeutig verbitten. Ich habe mit keiner Silbe und hatte es auch nicht vor zu sagen, dass es sich hierbei um entartete Kunst handelt. Solche Äußerungen liegen mir fern, weil Nazi-Jargon und generell nationalsozialistisches Gedankengut mir fern liegt. Das wollte ich hier ganz deutlich noch mal klar machen, zum einen. Und zum anderen fände ich es doch schöner, wenn man dieses Standbild dann in entsprechenden Stadtvierteln von Halle aufstellen würde, wo entsprechendes Klientel vorhanden ist. Das heißt, Menschen wohnen, die sich eben daran sehr erfreuen würden. Ich denke, vor „La Family Fight Club“ ist das jetzt nicht unbedingt ein Zeichen der Verschönerung, sondern eher, auch wenn man so die Darstellung auf dem Sockel sich betrachtet, eher so ein bisschen, na, ich will sagen, eine Provokation. Was auch natürlich nur Meinung ist und mit Sicherheit nicht belegbar ist. Dennoch wollte ich das mal wenigstens als meine Ansicht zu diesem Punkt und noch mal zur Klarstellung der Pressemitteilung von „du bist halle“ noch einmal zum Besten geben. Vielen Dank.

Frau Müller

Herr Senius, bitte.

Herr Senius

Es ist ein Merkmal von Demokratie, dass man Einzelmeinungen immer souverän aushalten kann. Im Kulturausschuss haben wir uns mehrheitlich für die Annahme dieses Beschlusses ausgesprochen und deshalb werbe ich für die Annahme des Beschlussantrages.

Frau Müller

Gibt es weiteren Redebedarf? Den sehe ich nicht, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt der Vorlage zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen. Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Stimmenenthaltungen ist der Vorschlag mehrheitlich angenommen.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dauerhaft die Plastik „Reitersturz“ von Hermann Grüneberg auf der Grünfläche auf Höhe des Hauses Freimfelder Straße 80 aufzustellen.

zu 7.25 Aufstellung der Bronzeplastik Joseph von Eichendorff von Professor Bernd Göbel
Vorlage: VII/2019/00007

Herr Schmidt sagte, dass der neue Stadtrat nicht die Möglichkeit hatte, sich dieses Kunstwerk vorab anzuschauen, weil es bereits in die Gießerei gegeben wurde. Auf die Anschauung einer Miniaturplastik habe er verzichtet. Er vertraue darauf, dass dies ein sehr schönes, konstruktives, gestalterisches Kunstwerk sein wird und eine Bereicherung für die Stadt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, die Plastik „Joseph von Eichendorff“ von Professor Bernd Göbel in der Fußwegfläche der Saalepromenade westlich der Emil-Eichhorn-Straße aufzustellen.
2. Der Stadtrat beschließt, die Plastik „Joseph von Eichendorff“ von Professor Bernd Göbel als Schenkung der Interessengemeinschaft Bronzeplastik Joseph von Eichendorff e.V. anzunehmen.

zu 8 Wiedervorlage

zu 8.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Fluthilfemaßnahme 266 - Riveufer
Vorlage: VI/2019/05177

zu 8.1.1 Änderungsantrag Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Fluthilfemaßnahme 266 - Riveufer
Vorlage: VII/2019/00389

- Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

8.1 – Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Fluthilfemaßnahme 266 . Hierzu gibt es den Änderungsantrag der Fraktion Hauptsache Halle. Gibt es Redebedarf? Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben das in den Ausschüssen ja alles schon lang und breit besprochen, deswegen kann ich mich jetzt kurz fassen. Es ist eine Fluthilfemaßnahme. Wir bekommen vom Land Geld, um die Straße, die bei der Flut kaputt gegangen ist, zu sanieren. Wir haben jetzt beantragt, die Straße in der jetzigen Breite wieder herzustellen. Also mit geringen Abstrichen. Sie ist jetzt etwas breiter. Sie wird mit 4,80 etwas schmaler, so dass man den Bäumen auch etwas mehr Raum geben kann, was der große Diskussionspunkt ist. Noch schmaler können wir die Straße nicht machen. Dann gefährden wir die Fördermittel. Und der zweite Grund ist, es ist eine Fahrradstraße. Wir haben also quasi schon eine innerstädtische Fahrradstraße, die auch sehr gut angenommen ist und die können wir uns unserer Sicht nicht auf die 3,50 m, die der Rat hier vor einigen Monaten, Jahren beschlossen hatte, zurückbauen. Wir wollen es bei den 4,80 belassen. Das ist ja der große Diskussions- und Streitpunkt der letzten Wochen. Ich werbe noch mal dafür, dass wir bei den 4,80 bleiben. Und würde die Antragsteller des Änderungsantrages befragen, bzw. auch die Verwaltung, ob das möglich ist, dort Platten zu verlegen neben den Bäumen, die dann auch das Gewicht der LKW tragen können, die da lang fahren. Also die Müllfahrzeuge, Rettungsfahrzeuge, Feuerwehr, die dort vielleicht mal langfährt. Gibt es solche Betonplatten, die man dort verlegen kann, die wasserdurchlässig sind, auf Dauer das Gewicht aushalten und vor allem dann auch für Fahrradfahrer attraktiv sind? Wir brauchen dort ja keine

Rasengittersteine verlegen, das ist für einen Fahrradfahrer nicht wirklich attraktiv. Also, welche Materialien kämen da überhaupt in Frage, um so etwas zu machen und wo wäre jetzt der Vorteil gegen eine 4,80 m breite Straße?

Frau Müller

Gut, dann antwortete zunächst Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Soll der Antragsteller nicht erst einreichen, den Änderungsantrag, bevor ich darauf reagiere?

Frau Müller

Können wir auch machen. Herr Wels, bitte.

Herr Wels

Ja, wir wollten eigentlich nur an der Stelle eine Konsenslösung herbeiführen. Es ist richtig, dass man die Fördermittel irgendwie versucht auch abzugreifen, das ist uns völlig verständlich. Auf der anderen Seite wollten wir auch alle dabei abholen und natürlich im Sinne der Baumversorgung entsprechend handeln. Darum sozusagen die Konsenslösung, Platz für die Wasserversorgung ermöglichen. Und die Umsetzungssituation, ja, die ist an der Stelle schon durchaus durchdacht aber eins bleibt mir auch noch unklar, was die Grünen eigentlich ganz genau wollen. Soll es einfach der Platz sein, der noch weiter weg ist von den Bäumen oder geht es wirklich darum, dass die Wasserversorgung realisiert wird? Ich nahm jetzt naiver Weise an, dass genau das sozusagen der Punkt ist und deswegen entstand der Gedanke dieser Konsenslösung. Danke.

Frau Müller

Gut, dann erst Herr Rebenstorf und dann Herr Wolter. Herr Rebenstorf, bitte.

Herr Rebenstorf

Dann würde ich als Verwaltung noch mal wie folgt antworten: Nachdem Sie den Beschluss gefasst hatten auf die 3,50 m ging bei uns dann die Diskussion los. Okay, 3,50 bedeutet eine Teilentwidmung, heißt Teileinzug an der Stelle. Daraufhin haben wir uns sowohl an das Landesverwaltungsamt gewendet und gefragt: Was bedeutet das für die Förderunschädlichkeit? Und gleichzeitig haben wir eine Diskussion am Runden Tisch Radverkehr geführt, weil uns auch klar war, bei 3,50 m ist es nicht mehr der Ausbaustandard, den eine Fahrradstraße haben müsste, weil es dann nicht machbar ist, dass zwei Fahrradfahrer nebeneinander sich im Gegenverkehr auch begegnen können, samt Kinderkarrenlastenfahrrad und so weiter. Und aus dem, was für als Rückmeldung erhalten haben, Runder Tisch Radverkehr war eindeutig gewesen, dass die Breite, so wie sie jetzt ist, beibehalten werden soll. Unser Angebot war gewesen, da die Breite sowieso zwischen 4,80 und 5,20 pendelt, dass wir uns auf das schmalste Maß schon beschränken und uns auf die 4,80 konzentrieren. Der Rest, der übrig bleibt, den Bäumen sowieso zu schlagen an der Stelle. Und wir hatten dann, wenn ich mich richtig erinnere im Frühjahr berichtet gehabt, im Planungsausschuss und Ordnung- und Umweltausschuss, was die aktuelle Situation ist. Und danach hat sich die Diskussion so entwickelt, wie sie sich entwickelt hat jetzt.

Um jetzt konkret auch noch auf den Änderungsantrag von Hauptsache Halle einzugehen: Wir würden das an dieser Stelle nicht weiter verfolgen wollen, weil dann die eigentliche Fahrbahnbreite, wo der Asphalt wäre, wieder nur die 3,50 m wären. Und wenn ich möchte, dass etwas versickert, müssen die Löcher oder die Fugen zwischen den Steinen so groß sein, dass es wieder ungeeignet wäre, dass das noch als fahrradtauglicher Straßenbelag durchgeht an der Stelle. Also unser Angebot ist, so weit wie es geht alles was wir rausholen können, das wir das den Bäumen zuschlagen an der Stelle, also dem Bankettstreifen zuschlagen und soweit wie es geht abrücken. Aber das wird innerhalb dieser Zwangspunkte, die wir haben, sowohl die Entwässerung der Straße, nicht der Hauptsammler, der ist damit

nicht gemeint und den vorhandenen Leitungen, die noch im Untergrund liegen, nicht im Bereich von 1,00 m oder 1,30 m liegen. Das wird ungefähr im Bereich von einem 1,5 m, 1,60 m, vielleicht auch mal 1,70 m Pendel liegen.

Frau Müller

Gut, vielen Dank. Gibt es weiteren, Herr Wels, bitte.

Herr Wels

Ja, danke für die Ausführung. Wir ziehen den Änderungsantrag dann natürlich zurück. Nichtmachbarkeit, Schwierigkeiten, dann ist das an der Stelle hinfällig. Habe ich richtig verstanden, oder? Ja.

Frau Müller

Gut, vielen Dank. Kleinen Moment, ich muss mal kurz unterbrechen. Gut, ich gebe an der Stelle mal Herrn Schreyer das Wort. Er hat einen Hinweis.

Herr Schreyer

Ja, vielen Dank Frau Vorsitzende. Bitte gestatten Sie mir den Hinweis zum geänderten Antrag der CDU/FDP-Fraktion. Und zwar im Beschlusspunkt 1 soll der damalige Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgehoben werden. Wir stimmen ja, wenn ein Änderungsantrag so beschlossen wurden ist, dann auch noch mal über die so geänderte Beschlussvorlage ab. Das heißt, sie heben jetzt nur den Beschluss über den Änderungsantrag damals auf und nicht die Beschlussfassung des Stadtrates über die so geänderte Beschlussvorlage. Das heißt, Ziffer 1 geht ins Leere. Das reicht nicht.

Frau Müller

Herr Wolter, bitte. Danke, Herr Schreyer.

Herr Wolter

Ja, auch danke, obwohl wir nicht Antragssteller sind aber an die CDU trotzdem für die Initiative, für den Antrag. Wir haben schon intensiv diskutiert, auch im Hauptausschuss die letzte Diskussion. Es gab bestimmte offene Fragen und deswegen würde ich das noch einmal stellen. Sie hatten, was ich ja spannend fand Herr Rebenstorf, Sie hatten ja beschrieben, auch so bestimmte verwaltungsinterne Vorgänge nach unserem Beschluss zu den 3,50. Da ging es glaube ich um diese 4,80 m, die jetzt wieder gefordert werden und das es ja schon eine Reduzierung gegeben hat, irgendwie. Aber vielleicht könnten Sie noch einmal das Risiko benennen für uns einerseits. Wir hatten das als Fraktion noch einmal gebeten, dass die Summe noch mal hier genannt wird im Rat, über was wir hier sprechen, was wir dann selbst tragen müssten, wenn wir diese Fluthilfemittel aufgrund der Veränderung der Fahrbahn bekommen. Und vielleicht kann man den Diskurs dann noch mal ein bisschen qualifizieren.

Frau Müller

Vielen Dank. Herr Rebenstorf, bitte.

Herr Rebenstorf

Ich habe mir die Zahlen noch einmal rausgesucht. Ich würde es jetzt ablesen, damit es eindeutig rüber kommt. Also, bisher ist es gewesen bei 4,80 m liegen die Kosten bei 3.100.000,00 Euro und ein bisschen was. Und würde wir es reduzieren auf die 3,50 m kommen noch einmal Planungskosten dazu, die Baukosten würden sich zwar reduzieren, weil wir ein bisschen Asphalt an der Stelle einsparen, es kommen aber noch mal Leitungsumverlegungskosten hinzu. Bei allem in allem wären wir dann bei 2,7 Millionen Euro. Und das Signal aus dem Landesverwaltungsamt war, bei 3,50 m läuft es auf eine Teileinziehung hinaus und die Begründung im Antrag war gewesen, die Funktionalität der Straße muss aufrechterhalten werden. Das heißt, es ist eine Fahrradstraße im Mischverkehr

mit Anwohnerverkehr und daher sind wir dann wieder bei den 4,80 m. Das heißt runtergebrochen, es wäre dann nicht mehr förderfähig und wir müssten aus dem Investhaushalt ungefähr 2,7 Millionen Euro selber aufbringen wollen.

Frau Müller

Vielen Dank. Herr Raue.

Herr Raue

Ja, also wir waren auch noch mal vor Ort gewesen und haben uns das genauer angeschaut, weil ich auch die Diskussion im Klimaausschuss mitbekommen habe, auch den Bürgerwunsch und deswegen habe ich noch ein paar Fotos gemacht. Wir haben das auch in der Fraktion noch einmal diskutiert. Uns überzeugt aber das Konzept, was der Herr Rebenstorf kommuniziert hat vollständig. Wir haben gesehen, dass die Bäume mehr Platz brauchen. Das ist unstrittig. Wir hätten da auch unter Umständen, wenn die Kommunikation nicht über die Fraktion gelaufen wäre, hätten wir wahrscheinlich einen Änderungsantrag dahingehend gestellt, die Straße auf 4,50 m ungefähr zu reduzieren. Das ist aber jetzt hinfällig, wenn es möglich ist, die Straße an Engstellen im Prinzip ein bisschen schmaler zu machen oder aber die Straße weiter nach rechts, kommt drauf an, aus welcher Sicht man schaut, zu verschieben. Also, im Prinzip von der Saale weg zu verschieben. Also, wenn das möglich ist und die Bäume 30, 40 cm mehr Platz bekommen und auch das Risiko einer Bordsteinanhebung durch das Wurzelwachstum nicht mehr besteht, dann stimmt die AfD-Fraktion für die Beibehaltung von 4,80 m, spricht für den Antrag der CDU, der dann geändert ist, um eine richtige Beschlussvorlage zu geben. Wir sehen in jedem Fall keine Notwendigkeit und auch kein Zugewinn für die Stadt, wenn wir die Straße auf 3,50 m reduzieren und es dann auch noch selbst bezahlen müssen. Und es kommen ein Haufen Arbeiten noch dazu, Kanalverlegungen, die alles sind aber nicht nachhaltig. Und deswegen sage ich, lassen Sie uns bei den 4,80 m bleiben. Das Konzept ist gut und, wenn die Bäume mehr Platz haben, ist es schön.

Frau Müller

Herr Aldag.

Herr Aldag

Ja, vielen Dank Frau Vorsitzende. Wir haben jetzt viel diskutiert, auch im Klima- und Umweltausschuss haben wir diskutiert. Ich habe da viele Argumente eingebracht, die hinsichtlich der Baumstandorte geht. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass wir für die Bäume so viel wie möglich Platz brauchen. Ich möchte auch die Diskussion wirklich ein bisschen weg triffen lassen von dieser Diskussion über diese Breiten. Wir haben unterschiedliche Breiten gehört. Die 3,50 waren im Spiel, 4,80 sind im Spiel, 4,50 sind jetzt im Spiel. Ich will da ein bisschen weg gehen und wir haben einen Änderungsantrag vorbereitet, der auch in die Richtung geht, Herr Rebenstorf, wie Sie es jetzt angestimmt haben. Der einfach nicht mehr an diesen festen Breiten festhält, sondern einfach formuliert, was wir eigentlich dort wollen. Jetzt können wir den Änderungsantrag nach vorne geben, ich kann den auch vielleicht kurz erläutern, was dort drin steht.

Das heißt, wir streichen den Punkt 1 und stattdessen gibt es. Nein. Bei Punkt 1 bleibt drin: Punkt 1d des Stadtratsbeschlusses vom 24.10. zur Beschlussvorlage wird aufgehoben. Dann gibt es einen neuen Punkt 2: Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der weiteren Planungen der Fluthilfemaßnahme 266 Riveufer den Bankettstreifen zwischen Promenade und Straße so zu verbreitern und mit straßenseitigen Hochborden auf dem Niveau der Promenade zu versehen, dass ein maximaler Platzgewinn für die Baumscheiben der Alleebaumreihe erreicht wird. Die Planungen sind dem Stadtrat als Baubeschluss zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, die Widmung des Riveufers als Fahrradstraße beizubehalten, eine Zufahrt lediglich für Anwohner*innen,

Lieferverkehr, Rettungsfahrzeuge und zur Erreichung der Schwerbehindertenparkplätze zu ermöglichen und darüber hinaus ein Halte- und Parkverbot anzuordnen.

Das wäre unser Vorschlag als Änderungsantrag, den wir hier als Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, LINKE und Mitbürger & Die PARTEI einbringen wollen.

Frau Müller

Vielen Dank. Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Also, die Sache mit dem Hochbord hätte ich gleich selber noch einmal vorgeschlagen. Damit ist gemeint, die straßenseitige Baumreihe, ich hoffe, Sie können mir alle folgen, hat im Moment einen sehr ausgetretenen Bord. Der Bord selber bleibt drin, weil die Wurzeln von den Bäumen sehr stark mit diesem Bord bereits verwachsen sind und wir würden davor soweit abgerückt wie irgend möglich, den neuen Bord dann hinsetzen. Denn, würden wir den alten Bord jetzt rausholen, würden wir die Wurzeln so stark beschädigen, dass wir dem Baum auch keinen Gefallen tun. Der Baum hat auch eine Statik und das würde Auswirkungen auf die Statik des Baumes haben. So, der neue Bord rückt soweit wie möglich ab, es wäre ein Hochbord, weil die Baumscheiben haben im Bestand den Nachteil, dass sie sehr abschüssig zur Straße hin sind und zur Folge wäre, dass das Wasser kaum gehalten werden kann an der Stelle, sondern relativ schnell in die Straßenkanalisation reinrutscht und weg ist dann. Durch den Hochbord würden wir eine halbwegs ebene Baumscheibe hinbekommen. Würde auch verhindern, dass ein Auto unkontrolliert zwischen den Baumscheiben diese überfährt und die Erde noch weiter verdichtet dann. Also, das wäre aus meiner Sicht in Ordnung an der Stelle.

So, und jetzt muss ich hier noch mal ganz schnell durchgehen. Der dritte Punkt: „Der Stadtrat spricht sich dafür aus ...“ – da muss ich den Hinweis geben, alles was mit Park- und Halteverbot zu tun hat ist übertragener Wirkungskreis. Das kann nur, ich will es nur noch mal betonen, dass kann nur von Ihnen als Anregung formuliert werden aber nicht als Beschlussfassung.

Frau Müller

Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also, mir ist es lieber, „der spricht sich dafür aus“, das ist ja auch ein Beschluss. Ich könnte es erklären, jetzt auch schriftlich, dass wir das so durchführen, so wie die drei Punkte sind. Würde das als zusätzliche Erklärung des OB mit aufnehmen und wenn wir uns so verständigen können, dann bringen Sie uns nicht in diese Beschlussssituation hinein. Aber, ich halte die Punkte für gut und richtig, die dort aufgeführt sind und wir würden das dann so umsetzen. Ich würde zusätzlich noch vorschlagen, den Professor in der Universität Herrn Brühl-Heide, der da sowieso schon das Riveufer begleitet hat, mit zu den Bauarbeiten auch hinzuzuziehen, um hier dann eine Begleitung auch noch vorzunehmen. Er hat das angeboten, auch zur Absicherung dann der Bautätigkeiten. Er würde das auch mit begleiten und das würden wir als Verwaltung noch oben drauflegen, weil ich das für sinnvoll erachte, das. Er hat das mit angefangen und er sollte die Maßnahme auch mit zu Ende bringen.

Frau Müller

Gut. Herr Dr. Bergner, kleinen Moment. Herr Schied hat zurückgezogen? Gut. Dann ist erst Herr Raue dran und dann ist Herr Dr. Bergner dran.

Herr Raue

Ja, ich wollte mir das von Herrn Rebenstorf noch mal ganz kurz erklären lassen. Der Bord soll bestehen bleiben, weil Sie in Sorge sind, dass die Statik des Baumes in irgendeiner

Form beeinträchtigt wird? Kann ich mir jetzt nicht so vorstellen. Der Baum ist 3 m tief verwurzelt, der geht auch unter die Fahrbahn und wenn Sie die Borde rausnehmen, dann machen Sie vielleicht oberflächlich, das glaube ich schon, dass da ein paar Wurzeln reingewachsen sind, aber wir entsiegeln ja da an der Stelle die Fläche nicht wirklich. Also, sinnvoller hielte ich es schon, die Borde zurückzubauen und neu zusetzen, wie Sie es beschrieben haben. Und sinnvoll wäre natürlich auch, das hab ich jetzt nicht fotografiert und auch nicht darauf geachtet, den Fußweg des Gefälles des Fußweges wird wahrscheinlich sowieso zur Straße hin gehen und wenn Sie einen hohen Straßenbord haben, dann wird im Prinzip das Wasser, was auf dem Fußweg fällt, das Regenwasser, was auf den Fußweg fällt, über das Bankett, über die Baumscheiben fließen, am Hochbord blockiert und kann natürlich nach unten sickern. Aber die Statik der Bäume, Herr Rebenstorf, die wird sich sehr schnell mit den Gegebenheiten, an die Gegebenheiten anpassen. Also, wie groß ist denn die Belastung? Das ist so viel Bord und so viel Fundament und das ist ein Streifen von, wie breit der Wurzelball, vielleicht vier Meter oder so? Also, das können Sie noch mal erklären.

Frau Müller

Herr Rebenstorf, bitte.

Herr Rebenstorf

Herr Raue, unser Problem ist jetzt hier, dass wir schon fast in den Planungsausschuss abtriften, wo wir eigentlich deutlich mehr Hintergrundmaterial bräuchten, sei es Fotos und so weiter und so fort. Es hat im Zuge der Voruntersuchungen für die Sanierung des Kanaldeckels auf der Promenade vor Ort einen Aufschluss gegeben. Deckelprobeweise aufgemacht, Baumwurzeln freigelegt, geguckt, wo der Bord ist und so weiter. Ich selber war damals noch nicht im Amt, deswegen kenne ich das nur aus den Akten heraus. Aber die Fotos waren eindeutig. Der Bankettstreifen zwischen der Promenade auf der einen Seite und der Straßenseite, ich sage mal, ist grob 1 m, vielleicht 1,20 m breit. Im Regelfall ist es so, so hoch wie der Baum ist, so werden auch die Wurzeln in dem Bereich. Das, was ich auf den Fotos gesehen habe, deswegen kann ich nur aus der Aktenlage sprechen. Die Wurzeln sind de facto in die Länge gewachsen. Der Baum ist nicht in der Lage in die Breite seine Wurzeln auszudehnen, weil dann der gemauerte Kanal unter der Promenade, der Hauptabwassersammler kommt. Sie müssen sich das so vorstellen, der Baum hat seine Wurzeln wirklich parallel zum Kanal und zur Straße entwickelt. Das heißt und das ist auch das, was die Grünen immer zu Recht gesagt haben, die Standortbedingungen sind mehr als optimal, eher suboptimal. Auch wenn ich jetzt aus dem Hochbau komme und Statik da für mich einfacher ist, ist es beim Baum aber auch so. Schneiden Sie unten was weg, müssten Sie oben an der Gegenstellt bei der Krone auch etwas wegnehmen, sonst macht das ganze Ding nämlich diesen hier und bewegt sich. Also, deswegen, wenn wir dann noch den Bord versuchen wollten rauszunehmen, die Wurzeln noch weiter schädigen, tun wir dem Baum überhaupt keinen Gefallen an der Stelle. Deswegen bleibt das drin. Der Hochbord ist etwas höher, das ganze wird mit Erde abgedeckt und dann verdrückt der Baum den Rest von dem Bord von alleine. Wo es rausfällt, wo man es de facto von alleine rausnehmen kann, würden wir es rausnehmen, ansonsten bleibt es drin an der Stelle. Und das Regenwasser, was oben auf der Promenade ist, der eine Teil fließt zur Saale hin und der andere würde ja dann über den etwas waagerechteren Bankettstreifen laufen, kann da, weil wir da neues Material haben, besser versickern und alles was dann überschüssig ist, würde erst in die Straßenkanalisation dann reingehen.

Frau Müller

Vielen Dank. Noch mal direkt nachgefragt. Bitteschön.

Herr Raue

Ja, Herr Rebenstorf, es ist ja jetzt nicht so, dass, wenn wir den Stein rausnehmen, mit einer Dichte von 2 und wir verfüllen mit einer Dichte von 0,9 oder 0,8,. Dann haben wir im Prinzip trotzdem noch die Hälfte, ungefähr die Hälfte des Gewichtes wieder darauf gebracht. Und ob

der statische Eingriff so groß ist, wie Sie beschreiben, ich habe auch viel Statik gemacht. Also, das glaube ich nicht. Das glaube ich wirklich an der Stelle nicht. Aber, ich nehme das zur Kenntnis, ja.

Frau Müller

Gut, dann, warten Sie Herr Scholtyssek. Wir haben erstmal noch, zunächst ist Herr Dr. Bergner dran.

Herr Dr. Bergner

Also, ich freue mich ja, wenn es in dieser Frage zu einem Konsens kommt, aber ich muss trotzdem, weil es wahrscheinlich auch die Öffentlichkeit interessiert, jetzt die naive Frage stellen, bei dieser Vorlage, auf welche Breite läuft es denn hinaus.

Frau Müller

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Wir würden uns weiter an den 4,80 m auch orientieren.

Frau Müller

Vielen Dank. Dann haben wir auf der Rednerliste Frau Dr. Brock.

Frau Dr. Brock

Ja, wir haben ja durch die unterschiedlichen Voten in den Ausschüssen, durch die vielen Diskussionen, die wir hatten, schon ganz viele Eventualitäten abgewogen und, ich wollte einfach nur noch mal darauf hinweisen, für alle, die jetzt sagen, ja, wie sollen wir das denn jetzt im Einzelfall machen, wie ist es denn jetzt wirklich mit den Abständen und so weiter, genau deshalb sollen die Planungen dem Stadtrat vorgelegt werden. Das heißt, wir haben professionelle Hilfe von dem Fachmann, den der OB genannt hat, dessen Namen ich gerade vergessen habe. Das heißt, vertrauen wir doch einfach darauf, dass dieser Kompromissvorschlag dazu führt und der OB wird sich erinnern, im Hauptausschuss kam ja diese Idee, können wir nicht den Bäumen auf irgendeine andere Art und Weise mehr Platz geben, weil das ist natürlich das primäre Ziel. Wir wollen dort eine Promenade, wir wollen den Bäumen auch in Zukunft mehr Platz geben, das ist das Ziel und das ist der Weg. Und lasst uns den jetzt abstimmen.

Frau Müller

Ich habe noch zwei Menschen auf der Rednerliste. Herr Dr. Meerheim und Herr Scholtyssek. Bitte schön, Herr Dr. Meerheim.

Herr Dr. Meerheim

Ja, der Herr Rebenstorf und der Herr Oberbürgermeister haben ja zu Recht darauf hingewiesen, dass es in dem Punkt 3 ein bisschen schummrig ist, da wir da wieder in die sogenannte Hoheit der Verwaltung eingreifen und der Oberbürgermeister hat ja aber gesagt, er könnte sich das durchaus vorstellen, wenn wir da eine Formulierung finden. Ich hätte vielleicht einen Vorschlag, wie man das überbrücken kann: Der Stadtrat und der Oberbürgermeister sprechen sich gemeinsam dafür aus. Würden Sie das akzeptieren, oder?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Finde ich gut.

Herr Dr. Meerheim

Danke.

Frau Müller

Vielen Dank. Und Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Ja, noch eine Frage zu dem Punkt 3. Könnten wir mit der Ergänzung leben, dass wir sagen im Punkt a: Die Widmung des Riveufers als Fahrradstraße beizubehalten, um die Förderfähigkeit zu sichern. Können Sie Antragsteller damit leben? Ja oder nein? Also ein ja.

Herr Aldag

Wenn das dann zu einem breiten Konsens führt, dann können wir das gerne machen.

Herr Scholtyssek

Gut, dann erkläre ich, dass wir den Änderungsantrag übernehmen.

Frau Müller

Wunderbar. Dann stelle ich zunächst keinen Redebedarf mehr fest und halte jetzt fest, dass die CDU den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Mitbürger & Die PARTEI und DIE LINKE übernimmt. Den geänderten übernimmt. Damit hat sich, wenn ich das richtig verstehe, auch das Problem erledigt, auf das Herr Schreyer vorhin hingewiesen hat. Genau. Sehr schön. Und damit stimmen wir jetzt über die so geänderte und übernommene Beschlussvorlage ab. Also über den so geänderten Antrag der CDU/FDP-Fraktion, damals noch, und wer stimmt zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Na wunderbar. Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen. Keine Gegenstimme, keine Stimmenenthaltung. Einstimmig angenommen.

- Ende Wortprotokoll -

**zu 8.1.2 Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Mitbürger & Die PARTEI und DIE LINKE zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Fluthilfemaßnahme 266 – Riveufer (VI/2019/05177)
Vorlage: VII/2019/00409**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält die folgende Fassung:

1. ~~Der Beschluss VI/2018/04392 – Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Variantenbeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Riveufer" (VI/2018/04187) – vom 24.10.2018 wird aufgehoben. Punkt 1 d des Stadtratsbeschlusses vom 24.10.2018 zur Beschlussvorlage "Variantenbeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Riveufer" (VI/2018/04187) wird aufgehoben.~~
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die im Rahmen der weiteren Planungen der Fluthilfemaßnahme 266 Riveufer, die Planung mit einer Fahrbahnbreite von 4,80m fortzusetzen und den Bankettstreifen zwischen Promenade und Straße so zu verbreitern und mit straßenseitigen Hochborden auf dem Niveau der Promenade zu versehen, dass ein maximaler Platzgewinn für die Baumscheiben der Alleebaumreihe erreicht wird. Die Planungen sind dem Stadtrat als Baubeschluss dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. **Der Stadtrat und der Oberbürgermeister sprechen sich gemeinsam spricht sich dafür aus,**
- a. **die Widmung des Riveufers als Fahrradstraße beizubehalten, um die Förderfähigkeit zu sichern**
 - b. **eine Zufahrt lediglich für Anwohner*innen, Lieferverkehr, Rettungsfahrzeuge und zur Erreichung der Schwerbehindertenparkplätze zu ermöglichen und**
 - c. **darüber hinaus ein Halte – und Parkverbot anzuordnen.**

zu 8.1.1 **Änderungsantrag Fraktion Hauptsache Halle zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Fluthilfemaßnahme 266 - Riveufer**
Vorlage: VII/2019/00389

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der CDU Fraktion wird um Punkt 3 ergänzt:

3. Die Planung der Fahrbahn von 4,80 Meter wird baulich für eine Fahrbahnbreite von 3,50 Meter asphaltiert und 1,30 Meter Bankettstreifen werden zu den Bäumen hin errichtet. Der Bankettstreifen wird mit durchlässigen Steinplatten ausgelegt damit das Regenwasser zu den Bäumen durchgelassen wird aber der Bereich von Autos und Fahrrädern über die gesamte Breite von 4,80 Meter befahren werden kann.

zu 8.1 **Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Umsetzung der Fluthilfemaßnahme 266 - Riveufer**
Vorlage: VI/2019/05177

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält die folgende Fassung:

4. Punkt 1 d des Stadtratsbeschlusses vom 24.10.2018 zur Beschlussvorlage "Variantenbeschluss Hochwasserfolgemaßnahme Riveufer" (VI/2018/04187) wird aufgehoben.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der weiteren Planungen der Fluthilfemaßnahme 266 Riveufer den Bankettstreifen zwischen Promenade und Straße so zu verbreitern und mit straßenseitigen Hochborden auf dem Niveau der Promenade zu versehen, dass ein maximaler Platzgewinn für die Baumscheiben der Alleebaumreihe erreicht wird. Die Planungen sind dem Stadtrat als Baubeschluss zur Beschlussfassung vorzulegen.
6. Der Stadtrat und der Oberbürgermeister sprechen sich gemeinsam dafür aus,
 - a. die Widmung des Riveufers als Fahrradstraße beizubehalten, um die Förderfähigkeit zu sichern

- b. eine Zufahrt lediglich für Anwohner*innen, Lieferverkehr, Rettungsfahrzeuge und zur Erreichung der Schwerbehindertenparkplätze zu ermöglichen und
- c. darüber hinaus ein Halte – und Parkverbot anzuordnen.

zu 8.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Erarbeitung einer Richtlinie zur Namensvergabe für die der Öffentlichkeit gewidmeten Einrichtungen und Bauwerke
Vorlage: VI/2019/05047

Frau Dr. Brock wiederholte ihre Anregung aus dem Kulturausschuss, dass auf die Liste zur Namensvergabe für die der Öffentlichkeit gewidmeten Einrichtungen und Bauwerke auch Frauennamen Berücksichtigung finden. Die Liste sollte grundsätzlich aktualisiert werden.

Frau Gellert sagte, Kinder und Jugendliche zur Thematik befragt zu haben. Deren Wunsch ist, dass auch lebende Vorbilder bei der Namensvergabe berücksichtigt werden.

Herr Wels fragte, wie die Abgrenzungen erfolgen sollen, nach welchem Aspekt eine Persönlichkeit für eine Benennung in Betracht kommt und welche nicht. Er sprach sich gegen den Antrag aus.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass aus den genannten Gründen eine Richtlinie erforderlich ist und eine Umbenennung nicht nach Belieben erfolgen kann. Sie erinnerte an die Diskussion zur Umbenennung der Robert-Koch-Schwimmhalle. Es gibt eine Vorratsliste mit möglichen Namen. In den Vorlagen der Verwaltung werden aber auch andere Namen vorgeschlagen, die auch gut begründet sind. Sie warb um Zustimmung zum Antrag.

Herr Schmidt sagte, dass bei der Namensvergabe von noch lebenden Persönlichkeiten nicht vorhersehbar ist, wie sich deren Leben noch gestalten wird. Es könnte durchaus sein, dass der Lebensweg dieser Person einen ganz anderen Lauf nimmt und sich dies zum Nachteil des Gebäudes oder der Straße auswirken könnte.

Herr Wolter sagte, dass die Namensvergabe von Bauwerken und Straßen geregelt werden muss aber ob dies in Form einer Richtlinie der richtige Weg ist, sei fraglich. Fest steht, dass eine Verfahrensweise nötig ist. Seine Fraktion unterstütze den Antrag, aber in der Umsetzung sei man sich uneins.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass man anstatt der Begrifflichkeit „Richtlinie“ auch den Begriff „Verfahrensweise“ nutzen kann.

Frau Müller stellte fest, dass der Antrag dahingehend geändert ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum 31.12.2019 eine Verfahrensweise zur Vergabe von Namen für die der Öffentlichkeit gewidmeten Einrichtungen und Bauwerke, beispielsweise für Straßen, Plätze, Brücken, Sportstätten, Kultur- und Bildungseinrichtungen zur Entscheidung vorzulegen.

2. In dieser Richtlinie sollen die „Grundsätze zur Namensvergabe von Straßennamen“, insbesondere der Ziffer 3, gemäß Beschluss des Kulturausschusses vom 11.08.2003, AZ III/2003/03293, mit berücksichtigt werden.

zu 8.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ausstellungsvergütungen für bildende Künstler*innen
Vorlage: VI/2019/05095

Frau Dr. Brock sagte, dass der Antrag ausführlich in den Fachausschüssen beraten wurde. Sie sagte, dass bildenden Künstlern das gleiche Recht zugestanden werden muss, wie anderen Schaffenden. Bildende Künstler haben für die Ausstellung ihrer Kunstwerke eine entsprechende Honorierung zu erhalten. Bei den Kriterien und Honorarhöhen habe man sich an den bundesweiten Empfehlungen des Berufsverbandes bildender Künstler orientiert. In anderen Kommunen des Landes Sachsen-Anhalts gibt es bereits ähnliche Verfahrensweisen. Sie bat um Zustimmung zum Antrag.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass man zu den Beratungen im Stadtrat, Kultur- und Finanzausschuss bereits Bedenken geäußert habe. Es stellt ein Problem dar, wenn Künstler in öffentlichen Einrichtung für ihre Ausstellungen honoriert werden und Künstler, die in freien Galerien oder nicht öffentlichen Gebäuden ausstellen hingegen nicht.

Herr Schnabel sagte, dass Künstler vergütet werden sollten aber nicht auf diesem Weg. Es sollte immer noch eine Ehre für Künstler sein in öffentlichen Gebäuden, wie beispielsweise dem Ratshof, ausstellen zu können.

Frau Gellert sagte, dass eine erneute Beratung im Kulturausschuss nötig sei, um zu klären, wie mit nicht halleischen Künstlern umgegangen wird. Wenn, dann sollten alle Künstler ein Honorar erhalten.

Bezugnehmend zum Wortbeitrag von Herrn Schnabel, sagte **Herr Feigl**, dass man allein von der Ehre ausstellen zu können nicht leben kann. Zu den Äußerungen von Frau Dr. Wünscher sagte er, dass man nur auf die Ausstellungen in kommunalen Einrichtungen Einfluss nehmen kann und nicht auf freie Galerien. Es gibt gleichwohl die Möglichkeit, sich Ausstellungsvergütung fördern zu lassen, beispielsweise durch die Kunststiftung des Landes. Es wäre angeraten, wenn sich dem Vorbild der Stadt auch andere Institutionen anschließen würden. Er sagte, wenn jemand eine Leistung erbringt, dann sollte er dafür auch entlohnt werden.

Herr Schmidt sagte, prinzipiell dafür zu sein aber was das aus der Kunst macht ist fraglich. Man würde Künstlern den Anreiz nehmen besonders gute Kunstwerke zu erschaffen. Wenn ein Künstler sich einen guten Namen erworben hat, dann wird er seine Kunst auch für gutes Geld verkaufen. Nichts anderes ist es bei Musikern.

Herr Schöder sprach sich für den Antrag aus. Es geht um professionelle Künstler, die jahrelang studiert haben und ihre Kunstwerke präsentieren möchten. Man habe auch die Pflicht, die Absolventen der Burg Giebichenstein in Halle (Saale) zu halten. Er sagte, dass die Freien Demokraten einen Antrag in den Rat einbringen werden, um zu klären, wie die Absolventen in der Stadt gehalten werden können.

Bezugnehmend auf den Wortbeitrag von Frau Gellert, sagte **Herr Lange**, dass der Beschlussvorschlag keine additive Liste aufzeigt, sondern Kriterien festlegt, woran man das bemessen kann. Und da fallen auch nicht halleische Künstler mit darunter. Er sagte, dass

sich öffentliche Einrichtungen seit Jahren mit dem Argument schmücken, dass es eine Ehre ist ausstellen zu können, ohne den Kunstschaffenden auch nur einen Cent zu zahlen. Das ist den Kunstschaffenden gegenüber ungerecht. Die Höhe der Ausstellungsvergütung von 125 Euro pro Woche ist sehr gering gehalten und das Thema so zu zerreden ist falsch. Er unterstütze den Antrag.

Herr Scholtyssek erinnerte an die finanzielle Situation der Stadt und an das Konsolidierungskonzept. Gemäß der Beanstandungsverfügung der Kommunalaufsicht zum Beschluss der Garagengrundstücksnutzung von Garagengemeinschaften heißt es, dass entsprechend dem Erlass des Innenministeriums vom 24.09.2004, Hinweise zur Haushaltskonsolidierung, Kommunen sich während des Konsolidierungszeitraumes nicht zur Übernahme neuer freiwilliger Leistungen verpflichten lassen sollen. Halle (Saale) befinde sich in der Haushaltskonsolidierung und darf keine neuen freiwilligen Leistungen übernehmen. Er fragte, wie der Oberbürgermeister mit solchen Beschlüssen umgeht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass der eigentliche Auftrag erst einmal die Erarbeitung einer Richtlinie ist, welche dann vom Rat beschlossen werden muss. Ohne diesen Beschluss ist eine Auszahlung von finanziellen Mitteln nicht möglich. Seit vielen Jahren habe man sich analog verhalten. Er werde zunächst einen ausgeglichenen Haushalt in den Rat einbringen und der Rat kann dann entsprechend Änderungsanträge stellen. Ob dies dann mit dem vorliegenden Antrag möglich ist, wird man sehen. Um Vereine und Träger zu sichern, werde man aber den ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Herr Senius sagte, dass nicht der Eindruck entstehen darf, dass Künstler selber entscheiden dürfen, in welchem Umfang und Ausmaß sie in den Verwaltungsgebäuden ihre Werke ausstellen dürfen. Die Richtlinie wird vorsehen in welchem Verfahren das erfolgt. Das sind steuerbare Leistungen, da es einvernehmliche Absprachen zwischen Künstler und Verwaltung erfordert, in welchem Umfang und in welcher Dauer Werke ausgestellt werden sollen. Vergleiche mit Straßenkünstlern sind falsch. Es geht hier erst mal lediglich um die Erarbeitung einer Richtlinie.

Frau Krimling-Schoeffler stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte, da die Argumente ausgetauscht sind und die Tagesordnung noch sehr lang ist.

Frau Müller ließ den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: einstimmig zugestimmt

Anschließend bat sie um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Ausstellungsvergütung für professionelle bildende Künstler*innen in kommunalen Einrichtungen einzuführen. Dazu ist eine Richtlinie zu erarbeiten. Hierbei sind folgende Dinge zu berücksichtigen:
 - nachzuweisende Kriterien der Professionalität können sein:
 - Abschluss eines Studiums an einer künstlerischen Hochschule oder
 - professionelle Ausstellungs- oder Publikationstätigkeit oder eine qualifizierte künstlerische Praxis oder

- Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse oder
 - Mitgliedschaft in einem der Landesverbände des Bundesverbandes Bildender Künstler*innen
 - Einzelausstellung (1-2 Künstler*innen): Die Ausstellungsvergütung beträgt 125 Euro pro Künstler*in pro Woche.
 - Gruppenausstellungen (ab 3 und mehr Künstler*innen): Die Ausstellungsvergütung beträgt 150 Euro pro Woche und verteilt sich auf die Anzahl der Künstler*innen. Bedingung ist jedoch, dass jeder Künstler*in eine Ausstellungsvergütung von mindestens 50 Euro pro Woche erhält. Daher erhöht sich im Bedarfsfall der Gesamtbetrag der Ausstellungsvergütung entsprechend.
 - Alle Beträge gelten zzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer.
2. Im Haushaltsplan wird ab 2020 ein neues Produkt „Ausstellungsvergütung bildende Künstler*innen“ aufgenommen. Ab dem Jahr 2020 wird ein jährlicher Ansatz in Höhe von 10.000 Euro in den Haushalt eingestellt.
 3. Die Ausstellungsvergütung für bildende Künstler*innen wird unter Punkt 2.2 in die Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit aufgenommen. Die Richtlinie ist dahingehend zu überarbeiten.

zu 8.4 Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle zur Vermeidung der Einbürgerung von Ausländern mit fehlender dauerhafter eigenständiger Sicherung des Lebensunterhalts
Vorlage: VI/2019/05197

- Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim hat auch einen Geschäftsordnungsantrag, bitte schön. Zum Tagesordnungspunkt 8.4? Den habe ich noch gar nicht aufgerufen. Ja, bitte schön.

Herr Dr. Meerheim

Danke Frau Vorsitzende. Die Stadtverwaltung hat in der Stellungnahme zu den nächst folgenden beiden Anträgen jeweils geschrieben, dass der Stadtrat für diese Sachverhalte, die dort bestimmt werden sollen oder beschlossen werden, nicht zuständig sind. Und bei Beschluss insofern rechtswidrig wären. Und ich würde deswegen den Geschäftsordnungsantrag stellen auf Feststellung der Nichtzuständigkeit.

Frau Müller

Herr Schreyer dazu.

Herr Schreyer

Ich darf den Hinweis geben, darauf hat auch schon das Landesverwaltungsamt uns schon mehrfach aufmerksam gemacht, dass vor der Beschlussfassung über derartige Geschäftsordnungsanträge der Einbringer die Möglichkeit haben muss, seinen Antrag zu begründen und einzubringen. Und diese Möglichkeit muss eingeräumt werden.

Frau Müller

Gut, vielen Dank. Dann gebe ich jetzt der AfD-Fraktion die Möglichkeit den Antrag einzubringen und dann stimmen wir über den Geschäftsordnungsantrag ab.

Herr Heym

Ja, Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Als ich mich entschloss einer Partei beizutreten, habe ich das getan nachdem ich ein halbes Jahrhundert ohne aus kam und das nicht ohne irgendwelchen leichtfertigen Überlegungen, sondern, weil die Diskrepanz zwischen dem, was mir von Politikern über die Ziele von Gesetzen und Verordnungen vermittelt wurde und dem, was ich vor Ort erlebte, immer größer zu werden erschien. So geht's auch um den Sachverhalt, den wir jetzt hier im Antrag behandeln. Uns sind von den Bürgern Fälle vorgetragen wurden, zum Teil konnten wir die recherchieren, die zumindest Zweifel daran begründen lassen, dass diese Richtlinien, die zur Einbürgerung vorliegen, entsprechend konsequent in Halle zur Anwendung kommen. Wir sind uns diesem Spannungsfeld, was so ein Entscheidungsträger dort aushalten müssen durchaus bewusst. Jetzt haben wir heute eine Haushaltsdebatte, die Aufforderung erhalten, an diesem Konsolidierungskonzept in Halle aktiv als Stadtrat und als gewählte Vertreter mitzuwirken. Es ist beklagt wurden dabei, dass die Ausfinanzierung auch bei den pflichtgemäß übertragenen Wirkungskreis nicht ausreichend ist. Gleichzeitig wird jetzt begründet, wir wären mit dem Antrag rechtswidrig unterwegs, nicht zuständig. Da muss man sich dann schon mal entscheiden. Möchte man uns bei entsprechenden Entscheidungen zur Unterstützung dabei haben, möchte man bestimmt Dinge, die im Vorfeld geschehen, die zu bestimmten Situationen führen, durch uns begleitet wissen, unseren Rat, unsere Anmerkung, unsere Kritik dort hören oder nicht. Es kann nicht sein, dass hier in die Sozialsysteme eingewandert wird, wir die Lasten tragen, im Haushalt auch. Der Hallenser Steuerzahler dann hinterher dafür gerade steht und mit irgendwelchen Konsolidierungsgeschichten den Gürtel enger schnallen, 30 Jahre dafür zahlt, auf der anderen Seite aber kein Einfluss nehmen kann. Und von daher nehmen wir zur Kenntnis, dass die Rechtswidrigkeit hier beschieden ist im Antrag, in der Antwort der Verwaltung. Finden das aber nicht in Ordnung und können uns damit auch nicht wirklich abfinden.

Frau Müller

Gut, vielen Dank. Damit ist der Antrag eingebracht. Ich würde dann jetzt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Meerheim abstimmen. Also, der Geschäftsordnungsantrag auf Nichtzuständigkeit des Stadtrates. Bitte? Nichtbehandlung durch den Stadtrat. Vielen Dank.

Herr Raue

Dann würde ich widersprechen.

Frau Müller

Sie können eine Gegenrede zum Geschäftsordnungsantrag. Bitte schön. Gehen Sie ans Mikro.

Herr Raue

Das war die Einbringung. Jetzt kommt die Gegenrede. Nach meiner Kenntnis haben wir laut § 2 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung: kann die einbringende Fraktion oder kann im Prinzip das Absetzen nur mit Einwilligung der einbringenden Fraktion geschehen. Die einbringende Fraktion wird der Absetzung aber nicht zustimmen und deswegen, ne ne. Und deswegen möchten wir den hier heute verhandeln und ich möchte dazu auch noch mal sprechen.

Frau Müller

Gut. Ich habe das jetzt allerdings so verstanden, dass das jetzt kein Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung war, sondern ein Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung durch den Stadtrat. Herr Schreyer, gibt es dazu noch eine Klarstellung? Das ist genau. Und diesen Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung durch den

Stadtrat. Nicht – Nichtbehandlung durch den Stadtrat, lasse ich jetzt abstimmen. Wer ist der Meinung, dass der Stadtrat diesen Antrag nicht behandelt, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltung. Bei einigen Gegenstimmen und zwei Stimmenenthaltungen wird, ist der Geschäftsordnungsantrag so angenommen und der Antrag wird nicht behandelt im Stadtrat.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Einbürgerungsbehörde der Stadt Halle aufzufordern, Einbürgerungsbegehren von Ausländern nur dann zu entsprechen, wenn die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts für sich und die unterhaltsberechtigten Angehörigen dauerhaft gewährleistet sind.

**zu 8.5 Antrag der AfD Stadtratsfraktion Halle auf regelmäßige Überprüfung der Aufenthaltsberechtigung EU-Ausländern bei der Beantragung und Verlängerung von Sozialleistungen nach SGB II
Vorlage: VI/2019/05208**

- Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Herr Dr. Meerheim, hatten Sie Ihren Geschäftsordnungsantrag, ich bin mir nicht mehr sicher, auf beide Anträge bezogen? Also, auch auf 8.5 - Antrag der AfD-Stadtratsfraktion auf regelmäßige Überprüfung der Aufenthaltsberechtigung von EU-Ausländern? Auch hier hat die Fraktion entsprechend die Möglichkeit, entsprechend des Hinweises von Herrn Schreyer, die Möglichkeit, den Antrag einzubringen. Bitte schön.

Herr Raue

Ja, geben Sie jetzt Ruhe Herr Bönisch. Sie sind gewählter Stadtrat, hören Sie sich doch die drei Minuten einfach an. Kein Problem, oder?

Die AfD-Stadtratsfraktion hat im Mai diesen Jahres einen Antrag eingebracht hier im Stadtrat, Herr Bönisch hat ihn schon gehört. Und zwar auf regelmäßige Überprüfung von Aufenthaltsgenehmigungen, wenn EU-Ausländer neue Sozialleistungen beantragen oder Verlängerungen beantragen. Ich sehe hier auf dieser Beschlussvorlage öffentliche Beratung, öffentliche Vorberatung, Sozialausschuss, Ausschuss für Finanzen, Hauptausschuss. Also, meine Damen und Herren, es kam auch da nicht zur Beratung. Es ist im Prinzip das gleiche wie im vorgenannten Antrag, dass Sie nicht willens sind, mit uns sachlich konstruktiv über Themen zu diskutieren, die langfristig und mittelfristig die Haushalte der Stadt schwer belasten. Und damit auch die Haushalte, die kommunalen Haushalte, die Bürger dazu verdammen, die Schulden, die Sie zu verantworten haben in diesem Falle, zu tragen. Und wir haben diese Situation in der Schlosserstraße, im Südpark häufig gehabt und da gibt es auch zahlreiche Beweise dafür und der Stadt liegen ja selbst die Beweise vor, dass die Aufenthalts- oder die Freizügigkeitsrichtlinien der Europäischen Union durch EU-Bürger missbraucht werden. Missbraucht, um hier eine kleine Tätigkeit aufzunehmen, einen 100 Euro Job oder irgendwo einen selbstständigen Schrottsammler abzugeben und dann darüber hinaus 100 Euro Selbstleistung und dann, was weiß ich, 2000/3000 Euro soziale

Leistungen der Steuerzahler in Anspruch zu nehmen. Und dem muss Einhalt geboten werden. Und das muss auch der Stadtrat machen. Und da ist es mir an dieser Stelle auch ehrlich gesagt egal, ob der Oberbürgermeister hier jetzt sagt, er wäre nicht, oder wir wären nicht zuständig. Ich sage, der Stadtrat ist da zuständig. Weil der Stadtrat muss in jedem Fall sein Missfallen äußern dürfen. Er muss auch die Verwaltung auffordern dürfen, die rechtlichen Rahmenbedingungen umzusetzen. Und wenn Sie dann schreiben, dass das bereits geschieht aber wir aus sicheren Quellen wissen, dass viele Leute sich dem einfach entziehen und sie dann selbst in eigener Recherche auch dazu kommen, da kann ja unser Antrag nicht so falsch sein. Und was wir wollen ist, dass die Nachweise der Beschäftigung und von Selbstständigkeiten einfach kritischer geprüft werden. Dass Leute sich nicht Ewigkeiten, Jahre, im Zweifel Jahrzehnte sich bei uns im Sozialsystem tummeln und Beschäftigung oder Selbstständigkeit vortäuschen und der einzige Zweck dieser Vortäuschung oder dieser geringen Beschäftigung ist die Erschleichung von Sozialleistungen. Das, meine Damen und Herren, kann nicht sein. Darüber wollten wir mit Ihnen diskutieren. Die Linke, die CDU, die SPD sind da überhaupt nicht bereit. Sie haben die Grenzen geöffnet. Einmal für Flüchtlinge. Sie haben der EU-Freizügigkeit irgendwann zugestimmt. Jetzt müssen aber die Konsequenzen und das ist, was wir hier fordern. Das steht bei uns im Gesetz. Wichtig ist nur, dass wir diese Gesetze anwenden. Und das wir nicht irgendwelche Handlungsspielräume ausweiten. Das wir nicht dazu uns treiben lassen, dass wir verschiedene Maßnahmen einfach nicht durchsetzen, weil sie politisch nicht genehm sind oder weil ich mir damit nicht nur Freunde mache. Wir haben hier eine Verantwortung und Sie haben auch eine Verantwortung und der müssen Sie sich stellen. Und es kann nicht sein, dass Sie immer wieder da einen Rückzieher machen, wenn es darum geht, Sozialleistungen für Leute, die hier im Land, den diese Sozialleistungen nicht zustehen, dass Sie den die Sozialleistungen immer wieder schleichend gewähren. Und das Sie sich fürchten, wenn die AfD solche Sachen thematisiert, die die Bürger ernsthaft, die die Bürger wirklich umtreibt. Und das kann nicht sein. Ja, wir sind natürlich dafür, dass Gesetze eingehalten werden. Aber Ermessensspielräume, die dürfen nicht ausgeweitet werden. Und mir scheint es so, dass es in diesem Falle so ist und deswegen fordern wir die Stadt auf, diese Ermessensspielräume so nicht mehr anzuwenden und im Übrigen beim vorgehenden Antrag war es nichts anderes. Auch dort haben wir die Umsetzung einer Gesetzeslage gefordert. Und was wir hier in der Stadt erleben ist eben genau das Gegenteil. Und ich kann das auch jederzeit beweisen. Natürlich geht das jetzt nicht in öffentlicher Sitzung, das ist mir bewusst. Da müsste ich Ross und Reiter nennen. Da müsste ich Namen nennen. Die wollen Sie sowieso nicht hören und deswegen setzen Sie es einfach von der Tagesordnung ab. Deswegen ist das in den Ausschüssen nichts anderes. Da wird dann einfach mit Mehrheit, Ihrer schönen demokratischen Mehrheit beschlossen, wir befassen uns nicht damit. Das ist nicht Demokratie.

Frau Müller

Herr Raue, Ihre Einbringungszeit ist vorbei.

Herr Raue

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren. Für uns ist es wichtig, dass wir uns damit befassen. Ich würde Sie auch bitten, zum ...

Frau Müller

Herr Raue, Ihre Einbringungszeit ist vorbei. Vielen Dank.

Herr Raue

... zum Antrag zu sprechen. Vielen Dank.

Frau Müller

Gut, der Antrag ist eingebracht. Ich habe hier noch einige Wortmeldungen gesehen. Die kann ich aber jetzt nicht zulassen, weil wir jetzt erst den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Meerheim, der Oberbürgermeister möchte gerne vorher ein Wort sagen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass wir das geltende Recht anwenden und jeder, der von uns hier sitzt und Vorgänge bekommt, gleich in welche Richtung, gleich welche Art, die in irgendeine Weise gegen gesetzliche Bestimmungen sprechen, dann ist jeder Stadtrat verpflichtet, der Verwaltung, der auszuübenden Behörde, die entsprechenden Namen auch zu nennen und darzustellen. Insoweit fordere ich jeden auf, wenn solche Vorgänge tatsächlich vorhanden sein sollen, ganz konkret zu benennen und zu beziffern, welche Personen und wer unter welchen Voraussetzungen hat welche Entscheidung getroffen. Die Anträge, die wir jetzt hier diskutieren, sind alles Gesetzeslagen, die sowieso grundsätzlich im Gesetz stehen. Aber, wenn Sie so etwas hier als Thema aufmachen, dann bitte ich Sie auch, Ross und Reiter zu nennen.

Frau Müller

Vielen Dank. Jetzt stimmen wir über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Dr. Meerheim auf Nichtbehandlung durch den Stadtrat ab. Also auf Nichtbehandlung der Beschlussvorlage 8.5. Wer stimmt dem Geschäftsordnungsantrag zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Die Stimmenenthaltungen. Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenenthaltungen ist der Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung angenommen. Damit findet das so statt beziehungsweise nicht statt.

Wir machen jetzt einen Sprung aufgrund zahlreicher Vertagungen machen wir jetzt einen Sprung zu Punkt 8.11. 8.7. Herr Wend hat auch einen Geschäftsordnungsantrag. Bitte schön.

Herr Dr. Wend

Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben. Wir wissen alle, dass Migration Probleme produziert und dessen sind wir uns bewusst. Und viele hier im Stadtrat fühlen sich für diese Stadt verantwortlich. Und wir können nicht alle Probleme auf dem Platz und sofort lösen. Und Ihr impertinentes uns permanent vorwerfen, dass wir das alles so geschehen lassen, das uns das Wurscht ist, und das wir keine Verantwortung haben, mit dümmlicher Penetranz, tragen Sie das immer wieder hier vor und zerstören den politischen Diskurs, um wirklich über diese Probleme zu reden. Und das macht die Sache kaputt. Keiner will hier, dass Steuergelder missbraucht werden. Ich würde von Ihnen gerne genau so viel Energie haben für Steuerhinterziehung, und viele andere Dinge, die die Bürger machen und die sie nicht machen sollen, weil es klare Gesetze gibt. Wir sind hier nicht dafür, dass hier irgendetwas Blödes passiert. Das wird von Ihnen immer so dargestellt. Wir sind verantwortungsvoll und wir wollen es fair diskutieren und nicht denunzierend. Danke schön.

Frau Müller

Herr Dr. Wend, das war jetzt ein bisschen irritierend. Ich war der Meinung, Sie hätten sich zu einem Geschäftsordnungsantrag gemeldet. Es war aber ein persönliches Statement. Gut, bitte in Zukunft einfach deutlicher anzeigen das Ganze. Bitte?

- Zwischenrufe -

Frau Müller

Gut. Ich würde vorschlagen, wir beruhigen uns jetzt alle wieder und machen in der ... Herr Schachtschneider, wollen Sie auch noch eine persönliche Erklärung abgeben? Gut. Dann hoffe ich, dass wir jetzt alle wieder ein bisschen runter kommen. Und wir machen jetzt in der Tagesordnung weiter, weil wir haben ...

- Zwischenrufe -

Frau Müller

Warten Sie.

- Zwischenrufe -

Frau Müller

Herr Heinrich, ich verstehe Sie nicht. Sie müssten, wenn, dann ans Mikro gehen.

Herr Heinrich

Frau Stadtratsvorsitzende, ich bitte Sie ihrem Amte nachzukommen und ungebührliche beleidigende Äußerungen an Kollegen zu rügen, wie das einer guten Amtsführung entspräche.

Frau Müller

Gut. In eine gute Amtsführung und ob ich jetzt hier jemanden rüge oder nicht, die Entscheidung überlassen Sie bitte mir selbst, die lasse ich mir jetzt hier auch nicht überhelfen. Ich bin jetzt dafür, dass jetzt hier alle wieder runterkommen und wir machen jetzt einfach ganz normal in der Tagesordnung weiter. Und da sind wir bei Punkt 8.7. Das ist der ...Nein, Herr Raue. Herr Raue, Sie können sich jetzt nur zu einem Geschäftsordnungsantrag melden. Den haben Sie jetzt nicht, wir machen jetzt beim Punkt 8.7 weiter. Und dabei bleibe ich jetzt auch.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis:

Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung:

- 1.) Bei jeder Antragsstellung und Verlängerung des Bezuges von Sozialleistungen nach dem SGB II die Berechtigung zum Aufenthalt der Antragsteller, seiner Angehörigen und begünstigten Mitgliedern von Bedarfsgemeinschaften aller sich in Halle im Zuge der EU-Freizügigkeit niedergelassenen EU-Ausländern zu überprüfen.
- 2.) Die Nachweise aus denen sich das Recht der Inanspruchnahme der Freizügigkeit für EU-Ausländer begründet sollen kritisch überprüft werden. Insbesondere sind deshalb Nachweise selbständiger oder unselbständiger Tätigkeiten, welche die Voraussetzung für eine Niederlassung nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU in Halle sind, kritisch zu hinterfragen.
Ziel ist es betrügerische Handlungen aufzudecken und den systematischen Zuzug in die Sozialsysteme zurückzudrängen.
- 3.) Dem Stadtrat ist, quartalsweise über die Zahl der in Halle lebenden Sozialleistungsbeziehenden-EU-Ausländer zu berichten.
- 4.) Den Stadtrat über die Höhe der Mittel, die Aufgrund der Sozialleistungsbeziehenden-EU-Ausländern aus dem städtischen Haushalt aufgewendet werden müssen zu informieren.

zu 8.7 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Beschluss des IT-Konzeptes für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) mit dem

**Titel „IT macht Schule“
Vorlage: VI/2019/05228**

Frau Dr. Burkert führte in den Antrag ein. Sie sagte, dass die Langversion des IT-Konzeptes zeitnah vorgelegt werden sollte, um einen Beschluss fassen zu können, sodass dann die Umsetzung erfolgen kann.

Herr Lange sagte, dass die Langfassung dem Rat zur Verfügung gestellt werden könnte, da sie existiert und als Grundlage für die Kurzfassung des IT-Konzeptes gilt.

Herr Schachtschneider sagte, dass die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen wird, da das IT-Konzept vorliegt. Herr Siebenhühner hatte im Ausschuss dargestellt, dass es eine Fassung gibt, die viele Fachbegriffe beinhaltet. Diese könnten von anderen Mitbewerbern bei ähnlichen Vorgängen kostenfrei genutzt werden. Davor hatte er gewarnt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Verwaltung für die ordnungsgemäße Vorbereitung verantwortlich ist und das, was vorgelegt wird, ist die Fassung, die dann in die Beratung kommt. Interne Papiere dienen der Vorbereitung. Er kann den Beschluss daher auch bei Beschlussfassung nicht ausführen.

Herr Wolter empfahl Akteneinsicht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung. Sie ließ das Stimmverhalten auszählen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	mehrheitlich zugestimmt
	23 Ja Stimmen
	22 Nein Stimmen
	2 Enthaltungen

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das IT-Konzept für die kommunalen Schulen der Stadt Halle (Saale) mit dem Titel „IT macht Schule“ dem Stadtrat zum nächstmöglichen Zeitpunkt nach der Beschlussfassung dieses Antrages als zu beschließende Beschlussvorlage vorzulegen. Der Beschlussvorlage ist die Langfassung des IT-Konzeptes beizufügen.

- Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion erfolgt zu dem Folgenden ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

Ich rufe jetzt den Punkt ...

- Zwischenrufe -

Frau Müller

Erklären Sie sich persönlich. Bitteschön.

Herr Raue

Also, Herr Dr. Wend, es ist jetzt das vierte Mal vorgekommen, dass Sie mich hier im Stadtrat so direkt angreifen. Auch unter der Gürtellinie. Und irgendwann muss ich das natürlich auch

mal zurückgeben. Ja. Sie treten hier auf und lügen den Hallensern so richtig frech in die Taschen. Sie sagen, Sie geben sich Mühe, sie tun was sie können. Sie müssen mit Problemen umgehen. Ich sage Ihnen was. Das sind Probleme, die Sie selber geschaffen haben. Leute wie Sie schaffen diese Probleme. Leute wie Sie, die Lobbyisten sind, verstehen Sie. Sie haben doch einen Vorteil daran. Für Sie können doch gar nicht genug Patienten ins Land kommen, die Sie auf Kosten der Sozialkassen behandeln dürfen.

Frau Müller

Herr Raue.

Herr Raue

Nein, Frau Müller, jetzt lassen Sie mich mal bitte ausreden.

Frau Müller

Nein. Herr Raue, stopp. Jetzt rede ich erstmal. Sie können sich hier persönlich erklären. Wenn eine persönliche Erklärung Ihrerseits auch mit Beleidigungen einhergehen.

Herr Raue

Das ist keine Beleidigung.

Frau Müller

Doch.

Herr Raue

Nein. Lobbyismus, Lobbyist, das ist keine Beleidigung. Es gibt tausende Lobbyisten und wenn ich sage, er ist für mich ein Lobbyist. Jetzt ist er weggerannt. Na ist schön. Dann ist er eben weg. Dann bin ich auch fertig mit meiner Erklärung, wenn er, die war ja an ihn gerichtet.

Frau Müller

Gut. Vielen Dank. Wir haben eine lange Tagesordnung.

- Ende Wortprotokoll -

**zu 8.11 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Bau eines Freibades in Halles Süden
Vorlage: VI/2019/05187**

- Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

8.11 – Antrag der SPD-Fraktion zum Bau eines Freibades in Halles Süden. Herr Krause, bitte.

Herr Krause

Dieser Antrag hat schon eine gewisse Geschichte. Aus dem alten Stadtrat kommt der noch. Sehr geehrte Damen und Herren. Ich werbe für die Zustimmung zu diesem Antrag. Für mich war interessant, es ist ein Prüfantrag, der lediglich prüfen soll, was für ein Standort käme für so ein Freibad im Süden von Halle in Frage und was würde das kosten. Was anderes beinhaltet der Antrag erst mal überhaupt nicht. Wir wollen gern die Information haben, in welcher Situation würden wir was für wie viel möglicherweise entscheiden, wenn wir uns dazu verstehen würden. Die Diskussion im Finanzausschuss hat mir allerdings gezeigt, dass ein ganzes Teil der Ausschussmitglieder überhaupt nicht verstanden hat, dass das eigentlich

ein Begehren ist aus der Bevölkerung im Süden Sachsen-Anhalts. Ich bin eigentlich ein Fan vom Maya Mare aber ich muss mal sagen, eine Familie mit drei Kindern, die kann nicht jeden Tag in den Sommerferien mit den Kindern ins Maya Mare gehen. Und da muss es eine Alternative dazu geben und die Alternative wollen wir gerne geprüft haben. Was kostet so was und was würde das für ein sinnvoller Standort. Nicht mehr und nicht weniger. Und deshalb bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen, um den Weg ein Stück frei zu machen für diese neuen Erkenntnisse. Danke.

Frau Müller

Danke. Herr Helmich.

Herr Helmich

Die Diskussion war sehr ausgiebig im Ausschuss. Wir können dieser Prüfung nach wie vor nicht zustimmen als Fraktion. Die Gründe sind bekannt. Nicht, weil es jetzt akut nicht realistisch ist, sondern weil wir auch einfach keine Illusion streuen wollen und lieber uns mit den akuten Problemlagen in der Versorgung im südlichen Teil der Stadt mit Zugang zu Freigewässern beschäftigen wollen. Ich möchte ein Beispiel nennen. Viele kennen den Rattmannsdorfer Teich, der offiziell nicht mehr zum Stadtgebiet als solcher gehört, südlich der Saaleaue liegt. Da fährt zum Beispiel seit April kein Bus mehr am Sonntag, am Wochenende hin. Also einem der Hauptausflugstage. Das sind die konkreten Probleme, mit den wir uns beschäftigen sollten, um die Freibadzugänglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger im Süden der Stadt, vielleicht auch im Blick auf die Angersdorfer Teiche, da gibt es ja mehrere Möglichkeiten, zu verbessern. Und dann auch dort Ergebnisse zu erzielen. Mit dieser Prüfung und der Diskussion über einen wirklich illusorischen Plan, zu diesem Zeitpunkt und vermutlich auch in den nächsten fünf bis zehn Jahren, machen wir keinen guten Schnitt. Deshalb lassen Sie uns an anderer Stelle mit der Bäder Halle, mit den Verkehrsbetrieben darüber reden, wie wir den Zugang für all diejenigen ermöglichen können, die sich das Maya Mare eben nicht leisten können und nicht jede Woche, sondern auch zu den anderen Freibädern, von den wir doch einige im Süden von Halle und über die Stadtgrenzen hinaus, da sollten wir aufhören zu gucken, eben haben.

Frau Müller

Frau Haupt.

Frau Haupt

Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren. In unserer Fraktion wird das Abstimmungsergebnis auch sehr unterschiedlich sein. Gründe sind dafür durch meine Vorgänger hier schon genannt wurden. Wir haben auch im Sportausschuss darüber sehr unterschiedlich diskutiert. Meine Meinung ist, einmal bin ich auch Bewohner*innen im Süden und kann sehr gut nachvollziehen, wie dieser Antrag auch zu Stande kam und das Bürger*innen und Bürger schon wissen wollen, was zum Beispiel auch so ein Bau kosten würde. Ich persönlich werde dem Antrag zustimmen, weil ich meine, wenn wir sowas in der Hand haben und so habe ich auch die Begründung eben verstanden, kann man auch mit Bürgern darüber reden. Man kann zum Beispiel eine Bürgerversammlung und so weiter argumentieren, man kann Bürgerinnen mit einbeziehen, wohlwissend, oder, wir wissen auch, dass man bei der Haushaltslage das nicht gleich morgen machen kann. Wir werden aber irgendwann auch wieder ein ISEK schreiben und dann kann man sowas auch mit einbeziehen. Also, ich sehe es wirklich als Prüfantrag.

Eine zweite Sache, die ich im Sportausschuss gesagt habe ist, dass ich durchaus auch sehe, dass man Alternativen auch prüfen kann, wie man zum Beispiel mit dem Maya Mare, ist jetzt nur so eine Vision, noch mal reden kann, dass man vielleicht so ein Tag, so ein familienfreundlichen Tag noch einführen kann oder ähnliche Dinge. Es gibt schon Angebote und ich weiß auch, dass ist damals in der Zeitung falsch geschrieben wurden, das man das nicht nur auf die Bewohner*innen der Silberhöhe beziehen kann aber, das sind für mich so

Nebenprodukte bei einer Prüfung, die man durchaus noch mal mit ins Spiel bringen könnte, wie man diese Situation verbessern kann.

Frau Müller

Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner

Ich will darin erinnern, dass der Sportausschuss dies mehrheitlich abgelehnt hat und im Sportausschuss ist das Bedürfnis nach Bademöglichkeiten in dem Teil unserer Stadt durchaus berücksichtigt wurden. Aber wir wissen, dass ein solcher Prüfauftrag Erwartungen weckt. Und nun will ich mal einfach sagen, er ist in Zeiten des Kommunalwahlkampfes formuliert wurden. Das heißt, mit diesen Erwartungen ist auch im Kommunalwahlkampf gespielt wurden. Wir haben heute intensiv über das Konsolidierungskonzept gesprochen und ich denke, wir haben auch ein Stück Verantwortung dafür, dass wir keine falschen Erwartungen wecken, sondern das wir lieber nach kreativen Lösungen suchen, wie wir die sportliche Betätigung gerade auch im Wassersport in diesem Stadtteil fördern können. Da sind eine Menge Dinge möglich, aber die sind über diesen Prüfauftrag nicht zu erledigen. Deshalb möchten wir ablehnen.

Frau Müller

Danke. Herr Wels.

Herr Wels

Ja, meine Damen und Herren, ich möchte mich den Worten von Herrn Helmich auf jeden Fall anschließen. Von Herrn Dr. Bergner ebenfalls. Wir haben einen Prüfantrag für ein Luftschloss. Das ist wirklich unsinnig. Aber ich glaube ganz fest daran, dass wir in der Quantität eine gute Bädersituation haben. Genau genommen, vier Freibäder und fünf Hallenbäder. Das ist in Ordnung. Man hätte im Vorfeld durchaus eine Bedarfsanalyse starten müssen, um zu eruieren, wie ist denn die Auslastung insgesamt bei den Bädern. Und ich habe vorgestern eine Nachricht gelesen, dass es einen Rückgang gab im Sommer. Weniger Badegäste in den Freibädern des Sommers in Halle. Das ist auch ein deutliches Indiz, dass nicht unbedingt ein neues Freibad entstehen müsste. Ich sehe aber Bedarf darin, dass man möglicherweise gerade in der anstehenden Neuverhandlung des Bäderfinanzierungsvertrages darauf drängt, Investitionen zu tätigen, wenn man schon Geld in die Hand nimmt, in bestehende Einrichtungen und da sehe ich das altehrwürdige Stadtbad. Da gibt es eine Menge zu tun. Und wenn ich sehe, dass die Schwimmhalle Halle-Neustadt mit der angrenzenden Sprunghalle Halle-Neustadt auch schon 21 Jahre alt ist, und da ich mich da sehr häufig bewege darin, gibt es deutlichen Sanierungsbedarf. Da muss man schauen, dass man diese Einrichtungen, die bestehend sind, erhält und gegebenenfalls modernisiert.

Frau Müller

Danke. Und Herr Schaper.

Herr Schaper

Sehr geehrte Vorsitzende, liebe Damen und Herren. Wir hatten zum Sportausschuss schon besprochen und grundsätzlich sagen wir als Frei Demokraten, ist das Anliegen ein sehr gutes. Aber, ich will jetzt nicht alles noch mal aufgreifen, was schon gesagt wurde. Es wurden Luftschlösser genannt, es wurden Erwartungen genannt, die wir jetzt nicht decken können. Aber was in dem Antrag drin steht und das wurde hier noch gar nicht erwähnt, es geht hier um das Thema Schwimmen lernen. Es geht um Schwimmunterricht und um den abzudecken für hallesche Schüler und Schülerinnen und der Antrag heißt: Die Errichtung eines Freibades. Also für uns ergibt sich jetzt irgendwie kein Sinn ein Freibad zu errichten, was möglicherweise zwei, drei Monate im Jahr geöffnet hat und die restliche Zeit muss es dann, oder kann es dann nicht mehr für Schwimmunterricht genutzt werden. Also, wir, ich

weiß nicht, Olaf, unsere kleine Fraktion heute, wird auch unterschiedlich abstimmen aber wir haben im Sportausschuss uns schon dagegen entschieden. Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Idee aber wir wissen jetzt erstmal grundsätzlich auch gegen das Luftschloss und die Erwartung.

Frau Müller

Danke. Und Herr Wolter.

Herr Wolter

Es ist ja selten, dass alle Ablehnung aussprechen aber das ist bei so einem Antrag, glaube ich, auch notwendig, liebe SPD, dass man sich dazu auch äußert, weil mal irgendwie glaubt, dass man ein Verständnis dafür bringt. Es klingt gut. Man möchte ein Bad. Ich will gerne noch zwei Dinge hinzufügen zu den Argumenten dagegen. Das eine ist, lieber Herr Krause, Sie haben das auch intensiv verfolgt die letzten Jahre. Die Personaldiskussion im Planungsbereich, gerade auch im Hoch- oder Tiefbau für die Stadt. Das bindet einfach Mittel, das bindet Personal und da muss man einfach wissen, warum man das einsetzt, dieses Personal. Das kostet einfach. Das ist der eine Punkt. Und der andere ist für mich viel wesentlicher. Das Konzept dieser Stadt ist die Stadt der guten Erreichbarkeit. Das ist unsere Stadt. Das ist das große Fund, was wir haben mit dem öffentlichen Nahverkehr. Wir können sozusagen von a nach b in einer extrem guten, und kurzen Wegen, öffentlichen Mitteln hier erreichen. Für alle Bürgerinnen und Bürger können wir sagen, ist das Nordbad super erreichbar. Es ist eigentlich die Saline sehr gut erreichbar. Und die Frage ist für mich eher, auch dort zu investieren und die Versorgung der bestehenden Freibäder weiter voran zu bringen. Da haben wir viel zu tun. Insofern wird auch unsere Fraktion diesen Antrag der SPD ablehnen.

Frau Müller

Ich sehe keinen weiteren Redebedarf. Dann kommen wir, bitte schön. Herr Sehrndt.

Herr Sehrndt

Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister. Der Herr Wolter hat uns ja klassifiziert. Wir verstehen was vom Bad. Das ist ganz einfach. Die AfD hat in ihrem Wahlprogramm den Punkt Freibäder. Und das ist ein ganz wichtiger Punkt. Und im Finanzausschuss war Herr Krause sehr verblüfft, dass ich da zugestimmt habe, weil das ja von der Anmutung her gar nicht so sein kann. Aber wir unterstützen das. Und wir sind der Meinung, dass es für ein zivilisiertes Leben, da heißt, Kinder, die spielen wollen im Sommer, die nicht mit dem großen Auto weit weg fahren können, da gehören Bäder einfach dazu. Und da reicht es nicht, an die Rattmannsdorfer Teiche mit kleinen Kindern zu fahren, um dann dort den ganzen Tag aufgeregt zu sein, ob sie jetzt ertrinken. Ich erinnere nur zum Schwimmlernen. In Deutschland ertrinken jedes Jahr 500 bis 600 Leute, weil sie nicht schwimmen können. So, wir werden diesem Antrag zustimmen.

Frau Müller

Danke. Jetzt Herr Wels noch mal.

Herr Wels

Ich wollte nur ganz kurz Bezug nehmen zu der Aussage Wasserfläche ist da, ist gleich, Schwimmfähigkeit ist da. Das ist Quatsch. Wasserfläche ist nur eine Voraussetzung. Warum unsere Kinder und Jugendlichen, naja, eher die Kitakinder, auch teilweise in der Grundschule nicht schwimmen können, habe ich im Sportausschuss schon lang und breit erklärt, ist die Tatsache, dass das aktuelle Prädikat Seepferdchen nicht ausreicht, um am Ende schwimmen zu können. Das sind die privaten Schwimmanbieter, die ganz kurz und knapp, doch für gutes Geld, solche Kurse anbieten. Eltern bezahlen das gerne und nehmen stark an, nach zehn Mal da, Kind war zwei Mal krank, das Kind kann schwimmen. Wasserflächen sind, glaube ich, da. Ich sehe das in der Saline, ich sehe das in Neustadt, ich

sehe das auch in allen anderen Bädern. Von daher ist das, glaube ich, ein falscher Begründungszusammenhang.

Frau Müller

Gut. Jetzt stimmen wir über den Antrag ab. Wer stimmt dem Antrag 8.12, nein 8.11 zu, den bitte ich um das Kartenzeichen. Die Gegenstimmen. Und die Stimmenenthaltungen. Damit ist er bei einigen Ja-Stimmen, einigen Stimmenenthaltungen, mehrheitlich abgelehnt.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Neubau eines Freibades in Halles Süden zu prüfen. Die Prüfung beinhaltet die Untersuchung möglicher Örtlichkeiten, die Erstellung konzeptioneller Varianten (Anzahl und Größe der Becken, Betrieb, Sprungturm, Liegefläche, Umkleidekabinen usw.), die Ermittlung der Kosten sowie die Aufstellung mittelfristiger Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten. Dem Stadtrat soll im Dezember 2019 das Prüfergebnis vorgelegt werden.

zu 8.13 Antrag der Fraktion der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale) zur Schaffung von Mehrzweckbereichen in Straßenbahnen
Vorlage: VII/2019/00123

Herr Schaper sagte, dass dem Antrag nach der Beratung im Ausschuss zugestimmt wurde. Auch die Rückmeldung der HAVAG war positiv. Er warb um Zustimmung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verdeutlichte, dass es ein Prüfantrag ist und noch kein Umsetzungsantrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) zu prüfen, inwieweit in den Straßenbahnen des Typs MGT6D, MGTK und MGTK-2 weitere Mehrzweckbereiche geschaffen werden können. Mehrzweckbereiche sind ein je nach Bedarf für Rollstühle, Rollatoren, Kinderwagen, Fahrräder und Reisegepäck nutzbarer Fahrgastbereich in dem die Sitzgelegenheiten als Klappsitze seitlich angeordnet sind.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) zu prüfen, inwieweit ein geringes, mäßiges oder großes Platzangebot für Rollstühle, Rollatoren, Kinderwagen, Fahrräder und Reisegepäck im Fahrplan für den Fahrgast ersichtlich gemacht werden kann und dies umsetzen.

Frau Müller sagte, dass die weitere Tagesordnung heute nicht mehr zu schaffen ist. Um die nicht öffentlichen Vergaben beschließen zu können, schlug sie vor, die Nichtöffentlichkeit herzustellen und den nicht öffentlichen Teil vorzuziehen, gegebenenfalls, sollte die Zeit noch da sein, die Öffentlichkeit dann wieder herstellen und die weiteren Tagesordnungspunkt der öffentlichen Sitzung abzuarbeiten. Sie ließ es dem Fernsteam von TV Halle frei, die Kameras auszuschalten oder abzubauen.

Die Sitzung wurde für eine 10-minütige Pause unterbrochen. TV Halle baute ab.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion zur Förderung des Carsharing
Vorlage: VII/2019/00300

zu 9.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion zur Förderung des Carsharing (VII/2019/00300)
Vorlage: VII/2019/00406

zu 9.1.2 Änderungsantrag der Freien Demokraten zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion zur Förderung des Carsharing(Vorlage VII/2019/00300)
Vorlage: VII/2019/00408

Herr Lange sagte, dass die Verkehrswende eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre ist und Car-Sharing ein Teil davon ist. Car-Sharing soll dort gefördert werden, wo die Menschen kostenlos parken können und dort, wo Gebühren zu zahlen sind, sollen die Anbieter von Car-Sharing maximal 25 Euro pro Monat bezahlen. Dazu soll ein Konzept erstellt werden. Pro Stadtviertel sollen bis zu 5 Car-Sharing Plätze geschaffen werden.

Zum Änderungsantrag der Fraktion Mitbürger & Die PARTEI sagte er, dass dem Punkte 2 – Free Floating nicht zustimmt werden kann. Das stationsgebundene Car-Sharing führt zu einer gute Rate. Er freue sich auf die Diskussion im Ausschuss, wo die ansässigen Car-Sharing Unternehmen einzuladen sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass dem Anliegen zugestimmt werden kann. Er verwies den Antrag in den Planungs- und Finanzausschuss.

Herr Schnabel sagte, dass er beruflich im Car-Sharing arbeitet. Er findet es nicht sinnvoll ein privatwirtschaftliches Unternehmen zu fördern. Er fragte Herrn Lange, ob ihm bekannt ist, wie viel Car-Sharing und Free Floating es in der Stadt gibt.

Herr Schnabel sagte, dass es allein im Umkreis von 500 m ca. 18 Car-Sharing Stationen gibt. Aktuell gibt es in Halle drei Car-Sharing Anbieter, die Auslastung liegt bei rund 45%. Es gibt genug Stellplätze und die Free Floater sind so gehandhabt, dass diese von den bereitgestellten Unternehmen im öffentlichen Straßenraum abgestellt werden, wo kein Park- und Halteverbot ist.

Herr Schaper sagte, dass es sehr umständlich ist, ein Auto zu holen und genau an diesen Standort zurück zu bringen. Die Freien Demokraten sprechen sich klar für die Erweiterung aus und möchten das Thema Free Floating einbringen. Das Parken in Anwohnerzonen sollte ermöglicht werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle wendet die Regelungen zur Förderung von Carsharing entsprechend dem „Gesetz zur Bevorrechtigung des Carsharing“ (CsgG) für die Verkehrsflächen der Stadt an und fördert Carsharing.
2. Auf Antrag werden Carsharinganbietern bis zu 5 Stellplätze pro Stadtteil, bzw. Stadtviertel zur Verfügung gestellt. Auf nicht öffentlich gewidmeten Verkehrsflächen, die dem motorisierten Individualverkehr kostenlos zum Parken überlassen werden, werden Stellplätze für Carsharinganbieter kostenfrei zur Verfügung gestellt. Für übrige Verkehrsflächen wird eine Gebühr von maximal 25 €/Monat erhoben.
3. Die Stadt Halle nutzt zukünftig Carsharing für den eigenen Fuhrpark und schreibt die Leistung rechtssicher aus.
4. Die Stadt Halle erarbeitet ein Konzept zur Förderung von Angebot und Nachfrage beim Carsharing. Darin enthalten sind konkrete Zielstellungen und die dazugehörigen Maßnahmen, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen. Das Konzept wird dem Stadtrat bis zum 2. Quartal

**zu 9.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion zur Förderung des Carsharing (VII/2019/00300)
Vorlage: VII/2019/00406**

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Die Stadt Halle wendet die Regelungen zur Förderung von Carsharing entsprechend dem „Gesetz zur Bevorrechtigung des Carsharing“ (CsgG) für die Verkehrsflächen der Stadt an und fördert Carsharing.
2. Auf Antrag werden Carsharinganbietern bis zu 5 Stellplätze pro Stadtteil, bzw. Stadtviertel **für nicht stationsgebundene Fahrzeuge („Free Floating“)** zur Verfügung gestellt. **Für bestehende und neue Carsharing-Angebote werden auf nicht öffentlich gewidmeten Verkehrsflächen, die dem motorisierten Individualverkehr kostenlos zum Parken überlassen werden, werden Stellplätze für Carsharinganbieter kostenfrei zur Verfügung gestellt.** Für übrige Verkehrsflächen wird eine Gebühr von maximal 25 €/Monat erhoben.
3. Die Stadt Halle nutzt zukünftig Carsharing für den eigenen Fuhrpark und schreibt die Leistung rechtssicher aus.
4. Die Stadt Halle erarbeitet ein Konzept zur Förderung von ~~Angebot und Nachfrage beim Carsharing~~ **Sharing-Angeboten verschiedener Verkehrsträger (Rad, PKW/Transporter, Roller, „Ridesharing“)**. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf **Mobilitätspunkte gelegt werden, an denen mehrere Sharing-Angebote gebündelt, im Vor- oder Nachlauf mit dem ÖPNV, genutzt werden können (Beispiel: MOBI in Dresden)**. Darin enthalten sind konkrete Zielstellungen und die dazugehörigen Maßnahmen, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen. Das Konzept wird dem Stadtrat bis zum 2. Quartal 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt.
5. **Zur Förderung einer emissionsfreien/-armen Mobilität sind mindestens 50% der stationsgebundenen Fahrzeuge und Räder mit elektrischem oder anderem alternativen Antrieb zu betreiben. Die nötige Ladeinfrastruktur ist dafür bereitzustellen.**
6. **Die Sondernutzungs- und Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) ist entsprechend anzupassen und dem Stadtrat bis zum 2. Quartal 2020 zur Beschlussfassung vorzulegen.**

zu 9.1.2 **Änderungsantrag der Freien Demokraten zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD-Fraktion zur Förderung des Carsharing(Vorlage VII/2019/00300)**
Vorlage: VII/2019/00408

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften*

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

~~1. Die Stadt Halle wendet die Regelungen zur Förderung von Carsharing entsprechend dem „Gesetz zur Bevorrechtigung des Carsharing“ (CsgG) für die Verkehrsflächen der Stadt an und fördert Carsharing.~~

~~2. Auf Antrag werden Carsharinganbietern bis zu 5 Stellplätze pro Stadtteil, bzw. Stadtviertel zur Verfügung gestellt. Auf nicht öffentlich gewidmeten Verkehrsflächen, die dem motorisierten Individualverkehr kostenlos zum Parken überlassen werden, werden Stellplätze für Carsharinganbieter kostenfrei zur Verfügung gestellt. Für übrige Verkehrsflächen wird eine Gebühr von maximal 25 €/Monat erhoben.~~

~~3. Die Stadt Halle nutzt zukünftig Carsharing für den eigenen Fuhrpark und schreibt die Leistung rechtssicher aus.~~

4. **1. Die Stadt Halle erarbeitet unter Berücksichtigung der Möglichkeiten des Gesetzes zur Bevorrechtigung des Carsharing (CsgG)** ein Konzept zur Förderung von Angebot und Nachfrage beim Carsharing. Darin enthalten sind konkrete Zielstellungen und die dazugehörigen Maßnahmen, mit denen diese Ziele erreicht werden sollen. Das Konzept wird dem Stadtrat bis zum 2. Quartal 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt.

2. Die Stadt Halle prüft, inwieweit sie Carsharing für den eigenen Fuhrpark nutzen kann und für welche Fahrzeugarten dies sinnvoll erscheint. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Stadtrat in der Dezembersitzung mitzuteilen.

3. Die Stadt Halle erlaubt das Abstellen bzw. Parken von PKW von bei der Stadt registrierten Carsharinganbietern in allen Wohngebieten in denen ein Bewohnerparkausweis nötig ist. Für die Registrierung der einzelnen PKW durch die Carsharinganbieter fallen dieselben Gebühren an, wie für die Ausstellung eines Bewohnerparkausweises für Privatpersonen. Darüber hinaus müssen die Anbieter nachweisen, dass die eingesetzten PKW über mindestens 2 sog. ISO-Fix Anschlüsse verfügen.

**zu 9.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Erarbeitung eines Sporthallenkatasters
Vorlage: VII/2019/00268**

Frau Krimmling-Schoeffler sagte, dass der IST-Zustand der Turnhallen zu erfassen ist, damit kurzfristig, mittelfristig und langfristig Inventionen geplant werden können und um den Vereinen die Nutzung der Hallen zu erleichtern. Sie bat um Zustimmung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass bereits ein Turnhallenkonzept für die nächsten Jahre aufgestellt ist. Die in Betracht kommenden Turnhallen wurden nach Priorität untersucht. Dies kann gern zur Verfügung gestellt werden.

Herr Wolter sagte, dass erst im Mai im Vergabeausschuss beschlossen wurde, eine Zustandserfassung für die Gebäude der Stadt Halle zu erarbeiten. Das die Verwaltung dem vorliegenden Antrag daher zustimmt, ist für ihn nicht nachvollziehbar, denn es besteht bereits ein Auftrag an die Verwaltung. Er bat die Antragsteller ihren Antrag zurückzuziehen und die Mitteilung von Herrn Heinz im Fachausschuss abzuwarten.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Müller** bat um Abstimmung. Sie sagte, dass dem Antrag augenscheinlich mehrheitlich zugestimmt wurde, ließ das Abstimmungsergebnis aber auszählen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

23 Ja Stimmen

27 Nein Stimmen

1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des 1. Quartals 2020 ein Sporthallenkataster zu erarbeiten. Bestandteile sind alle Turn- bzw. Sporthallen an den halleschen Schulen, Sporthallen, die Sportvereine von der Stadt Halle (Saale) gepachtet haben sowie die städtischen Sporthallen.

Bei der Bearbeitung des Katasters sind folgende Kriterien aufzunehmen:

- Baulicher Zustand der Hallen
(Beschaffenheit der Fenster, Dächer, Fassaden, Heizung, gesamter energetischer Bereich)
- Zustand der Sanitäreinrichtungen
- Sicherheitsrelevante Aspekte wie Brandschutz und Statik
- Ausstattung mit Sportgeräten

Die Vergabe von Sporthallen sollte sich an der Ausstattung der Sporthallen orientieren.

zu 9.3 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Entwicklung einer autofreien Altstadt Vorlage: VII/2019/00276

Herr Lange brachte den Antrag im Namen der Fraktion DIE LINKE ein. Er sagte, dass für eine autofreie Altstadt ein gut funktionierender ÖPNV Voraussetzung ist. Seine Fraktion habe den Vorschlag unterbreitet, dass man die Straßenbahn innerhalb des Altstadtrings kostenfrei nutzen könnte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass es einen Unterschied zwischen autofreier und autofreier Altstadt gibt. Um dies und weiteres genauer zu erörtern, verwies er den Antrag in den Planungs- und Wirtschaftsausschuss.

Frau Dr. Brock sagte, dass es ein richtiges und wichtiges Signal ist über dieses Thema in den Ausschüssen zu beraten.

Herr Schnabel sagte, dass bei der Diskussion die Händler nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Auch Besucher der Stadt möchten wohl eher mit dem Auto in die Innenstadt fahren und es nicht an Randgebieten abstellen.

Herr Schöder sagte, dass der Ansatz sehr interessant ist. Er glaube aber nicht, dass Fahrzeuge in der Innenstadt die Umwelt derart schädigen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:**verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung
sowie
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt einen Masterplan mit dem Ziel einer „autofreien Altstadt“ zu erarbeiten. Darin sollen kurz-, mittel- und langfristige Ziele und Maßnahmen aufgeführt werden, die eine schrittweise Umsetzung dieses Hauptziels zur Folge haben.

Zukünftig sollen in der Altstadt neben Anwohner*innen nur die Fahrzeuge fahren dürfen, die für die Sicherheit, Gesundheit und Versorgung erforderlich sind.

Eine der kurzfristigen Maßnahmen soll die verstärkte Kontrolle der bisher schon bestehenden Einfahrverbote sein, die in nicht zu akzeptierendem Umfang tagtäglich ignoriert werden.

Eine der mittelfristigen Maßnahmen soll die Errichtung von Zufahrtskontrollsystemen (z.B. Poller) sein, die nur den zur Einfahrt in die Altstadt berechtigten Verkehrsteilnehmern die Durchfahrt erlauben.

Eine der langfristigen Maßnahmen soll die Schaffung von Parkraumalternativen für bisher von Anwohnern zum Parken genutzte Straßenräume und Plätze sein.

**zu 9.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Beteiligung der Bürger*innen an Entscheidungsprozessen
Vorlage: VII/2019/00277**

Frau Krischok brachte den Antrag im Namen der Fraktion DIE LINKE ein. Man möchte eine frühzeitigere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger durch verlässige Regularien erzielen. Die Verbindung zwischen Verwaltung, Rat und Bürgerschaft soll weiterentwickelt und das Vertrauen zueinander gefördert werden. Durch niedrigschwellige Formate könnte das Interesse an Beteiligung erhöht werden. Ideen der Bürgerinnen und Bürger könnten so frühzeitig erhört und in Entscheidungen eingebunden werden. Sie führte weiter in den Antrag ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass im Rahmen einer Veranstaltung die verschiedenen Vorschläge zu möglichen Beteiligungsformaten gesammelt werden könnten. Spannend ist die Umsetzung, d.h. wie die Stadträtinnen und Stadträte nach Einbringung der Vorlage die Beteiligung vollziehen wollen. Hierfür könnte eine Satzung beschlossen werden. Die Verwaltung führt im Rahmen der Entstehung der Vorlagen bereits Beteiligungen durch. Um die Thematik genauer zu erörtern und zu beraten, verwies er den Antrag in den Hauptausschuss.

Frau Jacobi verwies den Antrag in den Bildungsausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Hauptausschuss
sowie
durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI
in den
Bildungsausschuss*

Beschlussvorschlag:

1. Unter Koordination der Stadtverwaltung werden in einem partizipativen Verfahren „Leitlinien zur Beteiligung der Bürger*innen der Stadt Halle (Saale)“ erarbeitet und diese dem Stadtrat zur Stadtratssitzung im Januar 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt.
2. Die Stadtverwaltung erarbeitet parallel zu dem unter 1. beschriebenen Verfahren eine Vorhabenliste zu anstehenden Planungen, Projekten und Entscheidungen auf sozialem, ökologischem, wirtschaftlichem sowie städte- und bauplanerischem Gebiet. Die Vorhabenliste beinhaltet den Namen, eine inhaltliche Beschreibung des Projektes, das betroffene Stadtgebiet, den geplanten Zeitpunkt der Umsetzung sowie die voraussichtlichen Kosten. Diese Liste wird dem Stadtrat halbjährlich zur Beschlussfassung bezüglich der Bürger*innenbeteiligung vorgelegt, erstmals im November 2019.
3. Für alle künftigen Vorhaben der Vorhabenliste, für die eine Beteiligung der Bürger*innen vorgesehen ist, sind standardisierte Beteiligungskonzepte bis zum November 2019 zu erarbeiten und vom Stadtrat zu beschließen.
4. Auf der Grundlage der erarbeiteten Leitlinien und der bereits entwickelten Beteiligungskonzepte wird eine „Satzung für die Beteiligung der Bürger*innen“ erarbeitet und diese dem Stadtrat im Juni 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt.

**zu 9.5 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Änderung der
Marktsatzung
Vorlage: VII/2019/00278**

Frau Krischok führte im Namen der Fraktion DIE LINKE in den Antrag ein. Viele Händler möchten ihre Fahrzeuge hinter ihrem Stand abstellen. Sie sagte, dass auch die Höhe der Marktgebühren auf den verschiedenen Wochenmärkten unterschiedlich ist. Zu der Begrifflichkeit „wochentags“ gehört auch der Samstag. Dies könnte entsprechend mit korrigiert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Ordnungs- und Wirtschaftsausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung
und
Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung*

Beschlussvorschlag:

Die Marktsatzung ist im § 8 in der Weise zu ändern, dass den Händler*innen durch Ermessensausübung der Stadtverwaltung ermöglicht werden kann, gegen eine angemessene Gebühr ihre Fahrzeuge hinter ihrem Stand zu parken.

**zu 9.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Schaffung eines Allparteilichen Konfliktmanagements
Vorlage: VII/2019/00283**

Herr Lange führte im Namen der Fraktion DIE LINKE in den Antrag ein. Er regte an, dass die Verwaltung an der Tagung der Städte, die so ein allparteiliches Konfliktmanagement haben, teilnimmt. Er verwies den Antrag in den Jugendhilfeausschuss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Sozial- und Hauptausschuss, um den möglichen Bedarf zu klären.

Herr Aldag verwies den Antrag in den Ordnungsausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Jugendhilfeausschuss,
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss
und
Hauptausschuss
sowie
durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung*

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine zentrale Stelle innerhalb der Stadtverwaltung zu schaffen, die für das gesamte Stadtgebiet bei Anfragen zu Konfliktlösungen im öffentlichen Raum eine erste Konfliktanalyse vornimmt und vor Ort mit einem allparteilichen Ansatz präsent ist. Diese zentrale Stelle versteht sich als Fachstelle für

nachhaltiges Konfliktmanagement im öffentlichen Raum. Die entsprechenden Kosten werden im Haushaltsplan 2020 ff. eingestellt.

2. Parallel zur Schaffung der Stelle des Allparteilichen Konfliktmanagement wird empfohlen, eine Arbeitsgruppe zu gründen. Die Arbeitsgruppe sollte aus Vertreter*innen des Fachbereiches Bildung (z .B. Streetworker*innen) und dem Fachbereich Gesundheit (z. B. Abt. Sozialpsychiatrie) des Ordnungsamtes und der Polizei sowie dem DLZ Bürgerengagement bestehen.
3. Es wird empfohlen, dass das Allparteiliche Konfliktmanagement einen Leitfaden „Konfliktlösung im öffentlichen Raum“ erarbeitet, der u.a. Handlungsempfehlungen für zu lösende Konflikte enthält und Grundlage der Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe und des Allparteilichen Konfliktmanagements ist.
4. Der Stadtrat regt an, dass die Stadt Halle (Saale) dem Netzwerk Kommunales Konfliktmanagement im öffentlichen Raum beitrifft und am zweiten Treffen des Netzwerkes am 8.November 2019 teilnimmt.

**zu 9.7 Antrag der CDU Fraktion zur Erarbeitung eines Dürreschutzkonzeptes zum Erhalt von Stadtgrün, Baum- und Gehölzbeständen, der Vegetation auf Sport- und Erholungsstätten sowie zur Sicherung ökologisch bedeutsamer Areale im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2019/00320**

Herr Dr. Bergner führte im Namen der CDU-Fraktion in den Antrag ein. Er sagte, dass in den letzten Zeit dramatische Niederschlagsdefizite zu verzeichnen waren. Es ist bemerkenswert, dass in all dieser Zeit die städtischen Unternehmen hochwertiges Trinkwasser für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zur Verfügung stellen konnten. Die kommunale Daseinsvorsorge beschränkt sich aber nicht nur auf die Trinkwasserbereitstellung, sondern auch auf den Erhalt des Stadtgrün, der Sportstätten und weiteres. Es ist daher ein Konzept nötig, wie mit den Dürreschäden umgegangen werden soll und wie auf die klimatischen Veränderungen zu reagieren ist.

Herr Aldag wies auf den Tagesordnungspunkt 9.9 hin. Dieser Antrag verfolgt eine ähnliche Intention. Beide sollten zusammen im Ausschuss beraten werden. Er verwies den Antrag daher in den Ordnungsausschuss.

Herr Rebenstorf warb für die Veranstaltung des Runden Tisches Wassermanagement am 8. Oktober.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

*durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung*

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Bilanz der Dürreschäden vorzulegen, die verursacht durch die Niederschlagsdefizite der Jahre 2018 und 2019 an der Vegetation des Stadtgebietes festzustellen sind. Verbunden damit sollen die Sonderaufwendungen insbesondere an Wasser und Arbeitskräfteeinsatz bilanziert werden, die in diesem Zeitraum zur Bekämpfung von Dürreschäden erforderlich waren. Bei dieser Aufwandsbilanz sind möglichst auch die Leistungen von Grundstückseigentümern und die Einsätze im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements zu berücksichtigen.
2. Aufbauend auf dieser Schadens- und Aufwandsbilanz und unter Berücksichtigung der Ergebnisse des geplanten runden Tisches „Wasserhaushalt der Stadt“ ist ein Konzept zu erarbeiten, in dem die Schwerpunkte zukünftiger Bewässerungs- und Vegetationserhaltungsmaßnahmen ausgewiesen und begründet werden sowie die dafür erforderlichen Ressourcen darzustellen sind. Gleichzeitig sind Möglichkeiten des Umbaus der innerstädtischen Vegetation zugunsten trockenresistenter Arten zu prüfen und vorzuschlagen.

zu 9.8 Antrag des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Erweiterung des Festgeländes am Gimritzer Damm
Vorlage: VII/2019/00321

Herr Mämecke führte in den Antrag ein. Es soll geprüft werden, inwieweit das Festgelände am Gimritzer Damm unter Inanspruchnahme der Fläche der ehemaligen Eissporthalle erweitert werden kann. Er verwies den Antrag in den Planungs- und Ordnungsausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag
der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
und
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung*

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit das Festgelände am Gimritzer Damm unter Inanspruchnahme der Fläche der ehemaligen Eissporthalle erweitert werden kann.

zu 9.9 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Sicherung des städtischen Grüns
Vorlage: VII/2019/00293

Frau Dr. Brock sagte, dass dieser Antrag analog wie TOP 9.6 im Ordnungsausschuss beraten werden soll.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis März 2020

1. einen Bericht über die Folgen der Dürrejahre 2018/2019 für die städtischen Grünanlagen und Straßenbäume vorzulegen, der die bisherigen Schäden und deren finanzielle Auswirkungen aufzeigt und
2. in einer Konzeption aufgrund der auch künftig zu erwartenden Hitze- und Trockenperioden notwendige Veränderungen bei der Pflege der städtischen Grünanlagen und Straßenbäume aufzuzeigen, die u.a. die Themen Neu- und Nachpflanzungen, Bewässerung, Mähintervalle thematisiert sowie Vorschläge für den geänderten Einsatz von Personal und finanzieller Mittel im Fachbereich Umwelt enthält.

**zu 9.10 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Einsatz von organisierten ehrenamtlichen Ersthelfergruppen (First Responder - Voraushelfer) in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00286**

Herr Raue führte im Namen der AfD-Fraktion in den Antrag ein. Er sagte, dass die Rettungszeiten in Halle und dem Saalekreis zu oft überschritten werden und außerhalb der gesetzlichen Richtlinien liegen. Rettungskräfte müssen innerhalb von 12 Minuten vor Ort sein. Gemäß dem Rettungsdienstgesetz dürfen maximal 5 % der Fälle überschritten werden. In Halle (Saale) und dem Saalekreis liegt die Überschreitung bei 25%.

Er sagte weiter, dass Halle (Saale) hier bereits reagiert und weitere Rettungszentren aufgebaut habe. Eine weitere Möglichkeit wären organisierte ehrenamtliche Ersthelfergruppen, welche nur ergänzend unterstützen. Die Verwaltung möge ein solches System zur möglichen Verbesserung der Rettungszeiten prüfen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass der Ansatz grundsätzlich gut ist. Er stellte richtig, dass der Hinweis auf die gesetzlichen Hilfsfristen nicht korrekt ist. In Halle (Saale) beginnt bereits mit dem ersten Klingelton die sogenannte Rettungszeit, während in anderen Kommunen die Zeit erst zählt, wenn der entsprechende Einsatz ausgelöst wird. Die Zeit von Entgegennahme des Anrufes bis zur Verarbeitung wird nicht gezählt. Hier können Schwankungen von zwei bis drei Minuten oder mehr auftreten. Das Innenministerium hat daher deutlich gemacht, dass ein einheitliches Messen nötig ist. Dieses soll im nächsten Jahr durchgeführt werden, um bessere Vergleichswerte zu erzielen. Er verwies den Antrag in den Ordnungsausschuss.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

*durch Geschäftsordnungsantrag
der AfD-Stadtratsfraktion Halle
in den
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung*

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat von Halle beauftragt die Stadtverwaltung,

zu prüfen, ob der Einsatz von organisierten ehrenamtlichen Ersthelfergruppen (Voraushelfer) in der Stadt Halle sinnvoll ist und in welcher Form der Einsatz und die Anbindung an bestehende Hilfsorganisationen und die Rettungsleitstellen umsetzbar ist sowie,

wenn die Prüfung positive Ergänzung der Notfallversorgung erwarten lässt, eine Regelung im Sinne des Antrages zu erarbeiten.

Dabei sollen folgende Aspekte Berücksichtigung finden:

1. Analyse des bestehenden kommunalen Rettungswesens im Hinblick auf die Überschreitung der gesetzlichen Hilfsfristen gemäß §7 Abs. 4 RettDG LSA.
2. Prüfung, ob eine Regelung wie der „Leitfaden für die Tätigkeit örtlicher Einrichtungen organisierter Erster Hilfe (Ersthelfergruppen) in Bayern“ zu einer sinnvollen Ergänzung des Rettungswesens in der Stadt Halle führen kann.
3. Erarbeitung von Regelungen und Verfahren, welche es den Rettungsdienstleitstellen ermöglichen, organisierte Ersthelfergruppen zu alarmieren und den Rahmen für das ehrenamtliche Engagement setzen.
4. Festlegung von Mindeststandards in Organisation, Ausbildungsstand und Ausrüstung von organisierten Ersthelfergruppen.

5. Die Ergebnisse und die Regelungsvorschläge der Stadtverwaltung sollen dem Stadtrat im Dezember 2019 zur Diskussion und Bewertung vorgelegt werden.

Frau Müller wies darauf hin, dass die Tagesordnung nach 22 Uhr nur fortgeführt werden kann, wenn 2/3 der anwesenden Mitglieder dem zustimmen.

Herr Bönisch bat um Klärung, ob hier der einzelne Antrag zählt oder der Tagesordnungspunkt 9 hin Gänze mit seinen 26 Unterpunkten.

Frau Müller bat um Abstimmung, ob der Rat mit einer 2/3 Mehrheit nach 22 Uhr in der Tagesordnung fortfahren möchte.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Sie rief den letzten Tagesordnungspunkt auf.

zu 9.11 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Berufung von sachkundigen Einwohnern
Vorlage: VII/2019/00287

- Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion Halle erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll. -

Frau Müller

9.11 – Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Berufung von sachkundigen Einwohnern. Dazu gibt es Redebedarf. Zunächst, nein. Entschuldigung Frau Plassa, ich würde zuerst Herrn Schmidt, weil es ist der Antrag der AfD. Bitte schön.

Herr Schmidt

So, vielen Dank. Ich möchte hierzu eine offizielle Verlautbarung unserer Fraktion verlesen, zu diesen unerhörten Vorgängen in dieser Angelegenheit.

Die von der AfD-Stadtrats - ja, da können Sie sich echauffieren, wie auch immer.

Die von der AfD-Stadtratsfraktion benannten sachkundigen Einwohner sind allesamt Mitglieder der AfD. Damit unterliegen sie der Prüfung entsprechend der Unvereinbarkeitsliste des Bundesvorstandes. Ehemaligen und aktive Mitgliedschaften in dort aufgeführten Gruppierungen, Parteien und Organisationen sind somit ausgeschlossen. Passé. Alle vorgeschlagenen Personen stehen mit beiden Beinen auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Ob ihnen das passt, oder nicht. Bei allen unserer Kandidaten handelt es sich um in der Stadtgesellschaft engagierte Mitbürger, deren Eignung für den Einsatz als sachkundige Einwohner wir intensiv geprüft und abgewogen haben. Einer unserer Kandidaten war bereits im letzten Stadtrat als Ausschussmitglied tätig. Entschieden weisen wir die Methoden der Stadträte und Fraktionen zurück, die sich in der örtlichen Presse anonym äußerten und dort in verleumderischer Art und Weise über unsere Kandidaten Gerüchte verbreiten ließen. Wir lehnen derartige Methoden in der politischen Auseinandersetzung entschieden ab. Derartige, den guten Ruf unbescholtener Bürger diskreditierende Kampagnen, um diese zu zermürben sind allenfalls aus Diktaturen, insbesondere der DDR bekannt, liebe Linke. Es handelte sich damals um die Richtlinie Nummer 1-76 zur Entwicklung und Bearbeitung operativer Vorgänge des Ministeriums für

Staatssicherheit. Besser bekannt als die Methode der Zersetzung, welche nicht selten zum Selbstmord der Betroffenen führte. Das sei hier ferne. Hier möchte man offensichtlich etwas wiederbeleben. Man geriert sich als eine Art Stasi 2.0. Diskreditiert öffentlich Menschen, um diesen ihre bürgerliche Existenz zu entziehen. Wie sich das mit Gewissen und dem Grundgesetz vereinbaren lässt, müssen die dafür verantwortlichen Stadträte und Fraktionen mit sich selbst ausmachen. Wir, die AfD-Stadtratsfraktion, werden uns an einem derartigen Politikstil nicht beteiligen. Vielen Dank.

Frau Müller

Frau Plassa, bitte.

Frau Plassa

Ja, vielen Dank für die Worterteilung. Ich bin jetzt ein bisschen überrascht, was hier gerade rausgeholt wurde. Ich beantrage zunächst erst Mal die Einzelabstimmung über die Berufung der sachkundigen Einwohner, weil wir als Fraktion drei Personen definitiv nicht zustimmen können. Sie stehen unter anderem der Identitäten Bewegung nah, falls sie nicht Mitglied sind, was ich jetzt nicht sagen kann. Es gibt einen Unvereinbarkeitsbeschluss, wie oft der schon überschritten wurde ist, glaube ich, auch bekannt. Die Identitäre Bewegung ist eine rechtsextreme Bewegung, seit Juli 2019 vom Verfassungsschutz beobachtet.

- Zwischenrufe -

Frau Müller

Lassen Sie Frau Plassa bitte ausreden. Danke.

Frau Plassa

Ich habe im Moment auch das Mikrofon, danke schön. Eine dritte Person redet regelmäßig bei den Montagsdemonstrationen hier in Halle. Die ist von einem Rechtsextremen angemeldet, der ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Aus unserer Sicht sind das sachkundige Einwohner, deren Verfassungstreue man zumindest in Frage stellen muss und wir tun das. Insofern beantragen wir die Einzelabstimmung.

Frau Müller

Gut. Herr Heym mit einem Geschäftsordnungsantrag.

Herr Heym

Wir sind erschüttert und wir ziehen unseren Antrag zurück.

Frau Müller

Gut, der Antrag ist zurückgezogen.

- Ende Wortprotokoll -

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

In Konkretisierung der Beschlussfassung Besetzung der beschließenden und beratenden Ausschüsse (VI/2019/05296) in der Sitzung des Stadtrates am 03. Juli 2019 werden wie folgt Sachkundige Einwohner berufen:

1. Herr Steffen Lehns wird als sachkundiger Einwohner für den Kulturausschuss berufen.

2. Herr David Hügel wird als sachkundiger Einwohner für den Sportausschuss berufen.
3. Herr Udo Nistripke wird als sachkundiger Einwohner für den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung berufen.
4. Herr Eckart Rahmelow wird als sachkundiger Einwohner für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung berufen.
5. Herr Jonas Jung wird als sachkundiger Einwohner für den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss berufen.
6. Frau Hanna Tabea Rösler wird als sachkundige Einwohnerin für den Ausschuss für Planungsangelegenheiten berufen.
7. Herr Thorben Vierkant wird als sachkundiger Einwohner für den Rechnungsprüfungsausschuss berufen.

**zu 9.12 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Entschärfung der Unfallgefahren für Linksabbieger im Bereich „Büschdorfer Mitte“
Vorlage: VII/2019/00288**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung gemeinsam mit der Halleschen Nahverkehrs-AG (HAVAG) am Unfallschwerpunkt „Büschdorfer Mitte“ eine Lichtsignalanlage zu installieren, die das Linksabbiegen auf den und vom Parkplatz bei herannahenden Straßenbahnen durch die Anzeige des roten Haltesignals untersagt.

**zu 9.13 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Realisierbarkeit eines Videokunstprojekt Halle im Wandel
Vorlage: VII/2019/00290**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Realisierung eines Videokunstprojekt mit dem Arbeitstitel „Halle im Wandel, vom Sozialismus in die Gegenwart“ anlässlich des 30. Jahrestages der Wiedervereinigung bis spätestens zum 03. Oktober 2020 möglich ist.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt geeignete Orte in der Stadt Halle zu suchen, an denen diese Videokunst dauerhaft auf Projektionsflächen oder Monitoren ausgestellt werden kann.
3. Die Stadtverwaltung prüft, ob Sie für die Realisierung dieses Kunstprojekts die Kunsthochschule Burg Giebichenstein gewinnen kann.

zu 9.13.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zum Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Realisierbarkeit eines Videokunstprojekt Halle im Wandel
Vorlage: VII/2019/00403

Abstimmungsergebnis: **Nichtbehandlung**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Realisierung eines Videokunstprojekts mit dem Arbeitstitel „Halle im Wandel, ~~vom~~ **von der nationalsozialistischen Diktatur in den Sozialismus bis** in die Gegenwart“ anlässlich des **75. Jahrestages der Befreiung und des 30. Jahrestages** der Wiedervereinigung ~~bis spätestens zum~~ **im Zeitraum von 08. Mai bis** 03. Oktober 2020 möglich ist.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt geeignete Orte in der Stadt Halle zu suchen, an denen diese Videokunst ~~dauerhaft~~ **regelmäßig** auf Projektionsflächen oder Monitoren ausgestellt werden kann.
3. Die Stadtverwaltung prüft, ob Sie für die Realisierung dieses Kunstprojekts die Kunsthochschule Burg Giebichenstein gewinnen kann.

zu 9.14 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Prüfung der Aufstellung von Parkbänken an den Wegen der sogenannten „Hundewiesen“ an der Rigaer Straße
Vorlage: VII/2019/00292

Abstimmungsergebnis: **Nichtbehandlung**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wo und in welcher Anzahl Parkbänke an den Wegen der in als „Hundewiesen“ (Google Maps) bezeichneten Grünanlage an der Rigaer Straße aufgestellt werden können, um diese der Naherholung dienenden Anlage für alle Nutzer aufzuwerten.
2. Das Ergebnis wird dem Stadtrat bis spätestens in seiner Sitzung am 27. November 2019 bekanntgegeben.

zu 9.16 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Aufstellung von Bänken am Heidensee
Vorlage: VII/2019/00304

Abstimmungsergebnis: **Nichtbehandlung**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat von Halle beauftragt die Stadtverwaltung,

auf dem südlichen, westlichen und östlichen Steilhang des Heidesees sowie am nördlichen Flachufer, jeweils 2 Bänke mit Rückenlehne und Freiblick auf den See, für Spaziergänger und Naturfreunde zu errichten.

**zu 9.17 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Aufhebung des Gestaltungsbeschlusses „Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft“ (VI/2014/00022) und Überarbeitung der Planung
Vorlage: VII/2019/00331**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat hebt den Beschluss Nr. VI/2014/00022 vom 26.11.2014 auf.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Planung dahingehend zu überarbeiten, dass die markante Baumgruppe (8 Großbäume) nordöstlich der Wendeschleife der Endstelle Frohe Zukunft erhalten bleiben kann. Die überarbeitete Planung wird dem Stadtrat zeitnah zur Beschlussfassung vorgelegt.

**zu 9.18 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Marktbegrünung
Vorlage: VII/2019/00329**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Konzept „Grüne Marktplatzverwerfung“ aufzugreifen, weiterzuentwickeln und umzusetzen.
2. Für die Weiterentwicklung des Konzepts und die Erarbeitung von konkreten Entwürfen lobt die Stadt Halle (Saale) einen Wettbewerb aus.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Spenden für die Durchführung des Wettbewerbs und die Umsetzung des Gewinnerbeitrags einzuwerben.

**zu 9.19 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Installation von Trinkbrunnen im Stadtgebiet
Vorlage: VII/2019/00131**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

- 1) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in folgenden Gebieten in der Stadt Halle (Saale) geeignete Standorte für die Installation weiterer Trinkbrunnen zu finden: Ziegelwiese, Würfelwiese, Pestalozzipark, Anhalter Platz, Parkplatz Waldkater/Am Heiderand, **Bereich Neustädter Passage/Skatepark.**
- 2) Der Stadtrat soll über die zu erwartenden Bau- und Betriebskosten für die Trinkbrunnen informiert werden.
- 3) Gemeinsam mit den Stadtwerken Halle sollen an den entsprechenden Standorten in den nächsten zwei Jahren (ab Beschlussfassung) Trinkbrunnen aufgestellt werden.
- 4) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für die Finanzierung der Installation sowie dem Betrieb der Trinkbrunnen neben den Stadtwerken bzw. der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH möglichst Sponsoren zu finden.

**zu 9.20 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Förderung eines Pilotprojektes ‚Fahrradhäuschen‘
Vorlage: VII/2019/00130**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Förderung und Durchführung für ein Pilotprojekt „Fahrradhäuschen“ zu erarbeiten.
2. Neben einer Bedarfsanalyse und darauf aufbauend der Auflistung möglicher Standorte für Fahrradhäuschen soll die Verwaltung eine entsprechende Förderrichtlinie erarbeiten und bereits in den Haushalt 2021 eine Fördersumme von insgesamt 10.000 Euro einstellen.
3. Die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle soll in die Konzeptionierung des Designs hallespezifischer Fahrradhäuschen eingebunden werden.
4. Mit dem Jobcenter Halle (Saale) sollen Kooperationsmöglichkeiten bezüglich der Herstellung und Montage ausgelotet werden.

**zu 9.21 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einrichtung eines 24 h-Dienstes der städtischen Ordnungskräfte an sieben Tagen in der Woche
Vorlage: VII/2019/00303**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

- 1) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen 24 h-Dienst der städtischen Ordnungskräfte an sieben Tagen in der Woche einzurichten.
- 2) Um Verstöße gegen die Stadtordnung verstärkt ahnden zu können, soll die zivile Bestreifung in den Stadtteilen erhöht werden.

- 3) Teile des Ordnungsamtes sollen künftig eine zentrale Einsatzgruppe, die bei besonderen Lagen (bspw. nächtliche Ruhestörungen) zusätzlich zum Einsatz kommen, und eine Fahrradstaffel sein.
- 4) In allen Stadtteilen sollen feste und öffentlich präsenste Dienstsitze des Ordnungsamtes eingerichtet werden.
- 5) Dem Stadtrat ist bis zu seiner Sitzung im Januar 2020 eine Beschlussvorlage vorzulegen, die die entsprechenden personellen, sächlichen, strukturellen und finanziellen Bedarfe aufführt.

**zu 9.22 Antrag der Freien Demokaten im Stadtrat von Halle zur
touristenfreundlichen Beschilderung
Vorlage: VII/2019/00330**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein, unter nachfolgend aufgelisteten Faktoren, überarbeitetes Parkleitsystem zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Abstimmung vorzulegen.
Die Stadt soll hierbei in Zonen nach Farben mit entsprechenden Hinweisen auf das kulturelle Angebot unterteilt werden. Den Besuchern der Stadt soll es somit möglich gemacht werden ohne weitere Ortskenntnisse einer Farbe zum nächstgelegenen Parkplatz/Parkhaus folgen zu können. (Beispielbilder 1-3)
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt an zentralen Punkten Stadtpläne mit den Hinweisen auf kulturelle Einrichtungen aufzustellen. (Beispielbild 4)
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt das Wegeleitsystem für Fußgänger und Radfahrer für Ortsunkundige zu optimieren und dem Stadtrat zur Abstimmung vorzulegen. (Beispielbilder 5-6)

**zu 9.23 Antrag der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zum
touristenfreundlichen ÖPNV
Vorlage: VII/2019/00328**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) und gegebenenfalls mit dem Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt (NASA) die Ankunfts- und Abfahrtszeiten der Busse, Straßenbahnen, S-Bahnen und Regionalzüge in das System von Google Maps einzupflegen, wie es bereits in anderen Städten üblich ist.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Halleschen Verkehrs-AG (HAVAG) und gegebenenfalls mit dem Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV)

und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt (NASA) den Ticketkauf für den ÖPNV über die App der Deutschen Bahn (DB Navigator) zu verhandeln und zu ermöglichen.

zu 9.24 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion Halle (Saale) zur Umbesetzung im Aufsichtsrat der EVH GmbH
Vorlage: VII/2019/00354

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der EVH GmbH die Abberufung von Herrn Tobias Schwab als Mitglied des Aufsichtsrates bindend vor.
2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) schlägt der Gesellschafterversammlung der EVH GmbH Herrn Johannes Streckenbach für eine Wahl in den Aufsichtsrat der EVH GmbH für den Rest der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitgliedes, Herrn Tobias Schwab, bindend vor.
3. Der Oberbürgermeister wird angewiesen, alle zur beschlussgemäßen Umsetzung notwendigen Erklärungen abzugeben und Maßnahmen einzuleiten.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 10.1 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Integration von Migrant*innen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00269

zu 10.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Neuausrichtung des "Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität- für Toleranz und Integration"
Vorlage: VII/2019/00270

zu 10.3 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Nahverkehrsplan
Vorlage: VII/2019/00275

zu 10.4 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur öffentlichen Anwohnerversammlung zum Thema "Lärmbelästigung am Bebelplatz"
Vorlage: VII/2019/00284

zu 10.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
Vorlage: VI/2018/04548

zu 10.6 Anfrage der CDU-Fraktion zum Wiederaufbau der Wörmlitzer Kirche
Vorlage: VII/2019/00306

zu 10.7 Anfrage der CDU-Fraktion zur Einsatzorganisation der Feuerwehr

Vorlage: VII/2019/00307

- zu 10.8 Anfrage der CDU-Fraktion zur Erfassung von Verstößen und zur Wirksamkeit von Kontrollen von Gewerbeanmeldungen zur Verhinderung von Sozialbetrug
Vorlage: VII/2019/00308**
- zu 10.9 Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zum Alkoholverzehr im öffentlichen Raum - Nachfrage zu VII/2019/00096
Vorlage: VII/2019/00309**
- zu 10.10 Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Anwohnerparksituation am ERDGAS Sportpark
Vorlage: VII/2019/00310**
- zu 10.11 Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zu Bußgeldern
Vorlage: VII/2019/00311**
- zu 10.12 Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zur Gefahrenabwehrverordnung
Vorlage: VII/2019/00312**
- zu 10.13 Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zum Planfeststellungsbeschluss zum Bau eines neuen Gimritzer Dammes
Vorlage: VII/2019/00313**
- zu 10.14 Anfrage des Stadtrates Steve Mämecke (CDU-Fraktion) zu sogenannten Umweltdelikten
Vorlage: VII/2019/00314**
- zu 10.15 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU-Fraktion) zum Zustand der Brücken in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00099**
- zu 10.16 Anfrage des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU-Fraktion) zur Auslandsunterbringung (HzE)
Vorlage: VII/2019/00315**
- zu 10.17 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU-Fraktion) zu Verkehrsunfällen mit Straßenbahnen vor der Büschdorfer Mitte
Vorlage: VII/2019/00316**
- zu 10.18 Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Abwasserentsorgung in Planena
Vorlage: VII/2019/00317**
- zu 10.19 Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Förderung der Fassadenbegrünung
Vorlage: VII/2019/00318**
- zu 10.20 Anfrage des Stadtrates Johannes Streckenbach (CDU-Fraktion) zur Errichtung von Fußwegen im Stadtteil Ammendorf
Vorlage: VII/2019/00319**
- zu 10.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Fahrgastzahlen der**

HAVAG in der Ludwig-Wucherer-Straße
Vorlage: VI/2019/05198

- zu 10.22 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Brunnengalerie in Halle-Neustadt**
Vorlage: VII/2019/00295
- zu 10.23 **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umgestaltung des August-Bebel-Platzes**
Vorlage: VII/2019/00298
- zu 10.24 **Anfrage des Stadtrates Wolfgang Aldag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu Baumfällungen und Baumpflanzungen im Stadtgebiet in 2018/2019**
Vorlage: VII/2019/00073
- zu 10.25 **Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Werbekampagne "Ab an die Saale ihr Wasserratten"**
Vorlage: VII/2019/00301
- zu 10.26 **Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zur Errichtung einer Großmoschee in Halle-Neustadt**
Vorlage: VII/2019/00305
- zu 10.27 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Einsatz der finanziellen Mittel zum Unterhalt von Radwegen und Fußwegen im Haushalt 2019**
Vorlage: VII/2019/00125
- zu 10.28 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Einsatz von ESAS 2002 „Empfehlungen für das Sicherheitsaudit von Straßen“ in Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2019/00126
- zu 10.29 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Markierung und Entfernung von Fahrrädern im Bereich des Hauptbahnhofs und zu Einnahmen durch Versteigerungen**
Vorlage: VII/2019/00127
- zu 10.30 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Unfällen unter Beteiligung von Radfahrerinnen und Radfahrern in der August-Bebel-Straße**
Vorlage: VII/2019/00128
- zu 10.31 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Unfällen unter Beteiligung von Radfahrer(inne)n in der Ludwig-Wucherer-Straße**
Vorlage: VII/2019/00129
- zu 10.32 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Datenerfassung und Datensicherheit bei Anrufen in der städtischen Leitstelle/Funkzentrale**
Vorlage: VII/2019/00294
- zu 10.33 **Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Gesprächen der Stadtverwaltung zum Konsolidierungskonzept der Stadt Halle (Saale) (Vorlage VII/2019/00170) mit dem Landesverwaltungsamt**
Vorlage: VII/2019/00296

- zu 10.34 **Anfrage der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zum Konzept der Märkte**
Vorlage: VII/2019/00327
- zu 10.35 **Anfrage der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zur Baumaßnahme Osendorf - Fritz-Kießling-Straße/Wilhelm-Grothe-Straße**
Vorlage: VII/2019/00326
- zu 10.36 **Anfrage der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zur Stromversorgung von Elektrotankstellen**
Vorlage: VII/2019/00325
- zu 10.37 **Anfrage der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zur Hundesteuer**
Vorlage: VII/2019/00324
- zu 10.38 **Anfrage des Stadtrates Johannes Menke (FREIE WÄHLER) an die Verwaltung der Stadt Halle (Saale) zur Ausstattung der Berufsfeuerwehr und der freiwilligen Feuerwehren der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2019/00332
-

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

zu 11 **Mitteilungen**

- zu 11.1 **Quartalsbericht I/2019 Stadtbahnprogramm Halle der Maßnahmeträgerin HAVAG**
Vorlage: VI/2019/05282
-

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

zu 12 **mündliche Anfragen von Stadträten**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

zu 13 **Anregungen**

- zu 13.1 **Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Stärkung der Städtepartnerschaften und -freundschaften der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2019/00302
- zu 13.2 **Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)) zur Bewässerung von Grünflächen auf Sportanlagen**
Vorlage: VII/2019/00299

- zu 13.3 **Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale))
zur Haltestelle in Dölau an der Sparkasse (in Richtung Kröllwitz)
Vorlage: VII/2019/00384**
- zu 13.4 **Anregung der Stadträtin Dr. Silke Burkert (SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale))
zur Verwendung trockenresistenter Bäume/Pflanzen
Vorlage: VII/2019/00392**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

- zu 14.1 **Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion Hauptsache Halle in den Vertrag
zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Rennclub e.V.
Vorlage: VII/2019/00343**
- zu 14.2 **Antrag auf Akteneinsicht der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) in die
Unterlagen zum Bäderfinanzierungsvertrag**
- zu 14.3 **Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion DIE LINKE zur Interessenbekundung
zum Halleschen Weihnachtsmarkt 2019 –Vergabe des Hallmarktes**
- zu 14.4 **Antrag auf Akteneinsicht der Fraktion MitBürger & Die PARTEI in
Unterlagen zu Einwendungen im Planfeststellungsverfahren für den 2.
Bauabschnitt der Stadtbahnmaßnahme Ausbau Dessauer Straße und
Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft**

Abstimmungsergebnis: Nichtbehandlung

Frau Müller beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Für die Richtigkeit:

Katja Müller
Vorsitzende des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer